

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 21. September 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando:
Eierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einselne Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit mehrerer Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungen 30 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Unser Parteitag.

Wir haben die Berichte, die von den Verhandlungen des Parteitags aus München zu uns gelangten, mit großer Genugtuung gelesen. Es erweckt Empfindungen des Stolzes und großer Zuversicht, da wir die arbeitsreiche Parteivorkonferenz und uns gestellten Aufgabe stand, daß der Kriegsrat, der gehalten wurde, zu wertvollen und weite Ausblicke eröffnenden Ergebnissen gelangte.

Die Zeitungen der uns gegnerischen Parteien haben sich zum großen Teil reichlich, wie es sich gebührt, mit dem Parteitag beschäftigt. Sie haben verhältnismäßig ausführliche Berichte veröffentlicht, die allerdings oft sehr tendenziös zugespitzt waren, zuweilen geradezu Fälschungen enthielten; so wurde — um das hier nebenbei zu streifen — in dem Bericht zahlreicher bürgerlicher Zeitungen eine Fülle häßlicher Schimpfwörter, die gegen einen unserer Redner gebraucht sein sollen, verzeichnet; wir konnten feststellen, daß dies nichts als gehässige Erfindung war. Die politische Kritik der Gegner beschränkte sich auf die Versuche, die Debatte über „Neue Zeit“ und „Socialistische Monatshefte“ auszubuten. Die einen mähnten sich, aus dieser Auseinandersetzung wieder einmal den Vorwurf zu pressen, daß die Socialdemokratie die freie Meinungsäußerung erschwere; die andern, daß die Socialdemokratie innerlich zerpalten sei. Weiderlei Gerede ist schon darum überaus lächerlich, da es einerseits von den Blättern der schamhaften Reaktion kommt, denen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit politische Hauptaufgabe ist, andererseits von den liberalen Parteien, die selbst in inneren Gegensätzen zerrissen sind und jede Geschlossenheit vermissen lassen.

Die deutsche Arbeiterklasse zieht aus dieser Zeitschriften-Debatte andre Schlüsse als Gegner, die nicht die Fähigkeit und nicht den Willen haben, den Sinn jener Vorgänge zu begreifen. Die Zeitschriften-Debatte könnte als ein wenn auch nur schwacher Nachhall der Auseinandersetzungen vorhergehender Parteitage über den sogenannten „Bernsteinstreit“ erscheinen. In Wirklichkeit bedeutete sie jedoch nicht auch nur eine verminderte und verminderte Fortsetzung dieses Streites, vielmehr zeigte sie, daß in unserer Partei der lebhafteste Wunsch besteht, auch den Rest der üblen Folgen jenes Streites zu beseitigen.

Kautsky hatte durchaus recht, daß der Ausschuss der „Soc. Monatshefte“ im wesentlichen nicht auf die persönliche Art der Redaktion zurückzuführen sei, sondern sich nur verstehen läßt als Folge des theoretischen Zwistes in der Partei. Nachdem sich aber längst die Ueberzeugung in der überwiegenden Mehrheit der Partei befestigt hat, daß die „zwei Richtungen“ jenes Zwistes auf oft nur unbedeutende Meinungsverschiedenheiten in Einzelheiten zusammenschmücken, wie sie in einer großen politischen Partei geradezu selbstverständlich sind, warum — so mußte die Frage unter unsren Genossen entstehen — soll denn die eifrige Trennung in der wissenschaftlichen Zeitschriften-Litteratur bestehen und fortwähren?

Es giebt keine erfreulichere Bestätigung der von uns stets in diesen Dingen vertretenen Auffassung, als daß in München die Genossen der sogenannten „radikalen Richtung“ ihren Unmut dagegen richteten, daß die angeblichen „Opportunisten“ den „Monatsheften“ eines Privatunternehmers ihre schriftstellerischen Arbeiten zuwenden, anstatt der eifrigen Besprechung der „Opportunisten“, der offiziellen Parteizeitschrift, der „Neuen Zeit“. Nichts kann die in Gegenseiten umgehende Legende der „tiefen Gegensätze“ heiterer beleuchten als diese erfreuliche Thatsache. Was hat dieser Vorgang um so mehr erfreut, als in den Spalten des „Vorwärts“ die — es sei uns gegönnt, dies nebenbei zu sagen — beiden „Richtungen“ stets einträchtig neben und mit einander gearbeitet haben.

Nur einem Moment aus dieser Debatte sei noch ein Wort gewidmet. Einige Genossen haben in München Aeußerungen, die wiederum gegnerischer Mißverständnis dahin deutete, als mache sich in unserer Partei eine Stimmung bemerkbar, welche die „graue Theorie“ der Wissenschaftsforschung mißachte. Wäre dies der Fall, so wäre es der beklagenswerthe Vorfall von dem, was unsere Partei groß gemacht hat, was Laster in dem Worte: „Die Wissenschaft und die Arbeiter“ als Ideal der deutschen Arbeiterbewegung aufstellte und was stets der Stolz unserer Partei war. Wir wissen jedoch, daß jene Genossen sich allein gegen die verbitternde Art werden wollten, in der hier und da der theoretische Meinungsstreit geführt wurde. Befreit sich dieser Meinungsstreit stets mehr von diesen Schladen, so werden die Zeiten wiederkehren, wo niemand mehr unsere Theoretiker auch mit dem leisesten Spott des engherzigen Kirchenväters tums zeihen darf, wo die Arbeiterklasse zu ihrem wissenschaftlichen Führer wieder in uneingeschränkter Hochachtung aufblickt, wo die Lust am theoretischen Disput wieder die weitesten Kreise der Partei ergreift.

Hatte die Zeitschriften-Debatte dem Parteitag unerwartet erhebliche Zeit genommen, so hat er andererseits Zeit gewonnen durch das noch mehr unerwartete Ausbleiben einer Debatte über die Stellungnahme der bayerischen Genossen zur Wahlreform. Wir erachten es nicht als ein Unglück, daß diese Debatte ausblieb. Die Meinungen hierüber sind vor dem Parteitag in der Presse reichlich zum Ausdruck gebracht worden. Unser bayerischen Genossen haben gesehen, daß in weitesten Parteikreisen anherhalb Bayerns ihre Zustimmung zur Wahlrechts-Resolution für verfehlt gilt. Es bedarf nicht stets besonderer Parteitagebeschlüsse, um Genossen zu überzeugen, daß sie einen Fehler begangen.

So kommt denn die gesamte übrige Zeit des Parteitages positiv fruchtbarer Werte gewidmet werden. Es bedarf hierüber an dieser Stelle keiner weiteren Besprechung, diese umfassende und gründliche Arbeit spricht für sich selbst. Die Kritik, die Rollenbahn an die deutsche Verfassungs-Gesetzgebung legte, und die Dar-

stellung der Grundlinien einer socialdemokratischen Gemeinde-politik durch Lindemann sind als wahre Muster- und Meisterleistungen sachmännischer Kenntnis und klaren Urteils zu rühmen; von diesen Referaten aus wird eine Fülle von Anregungen hinausgehen in die weiteren Kreise der Partei.

Ganz dem aktuellen Kampfe unserer Tage galt Bebel's Vortrag über die Reichstagswahlen. Bebel entrollte in großen Zügen ein imponantes Bild der gegenwärtigen politischen Situation, er besprach die Zolltariffrage und ihre Ausichten, die Reichsfinanzfrage, die Militär-, Marine- und Kolonialangelegenheiten, die auswärtige Politik. Diese Rede, durchglüht von der hinreichenden Begeisterung des mächtvollen Anklägers unserer verrotteten Zustände, bedeutet die eigentliche Eröffnung des Reichstags-Wahlkampfes durch die Socialdemokratie.

In der Beratung mannigfacher Anträge und Resolutionen kam das rege Leben zum Ausdruck, das unsere Partei erfüllt. Die Debatten, die sich an diese Anträge sowie an den Geschäftsbericht des Parteivorstandes und den Bericht der Reichstagsfraktion knüpften, bestätigten die für unser Parteileben kennzeichnende Thatsache, daß bei uns nicht einzelne alles lenken und entscheiden, sondern daß breite Schichten politisch gewedter und teilnehmender Arbeiter wirkungsvolle Anregungen und Einflüsse üben.

Dies trat besonders auch in der Debatte über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion hervor. Die Ausführungen der Genossen zu diesem Bericht bedeuteten eine einmütige Vertrauens- und Gebung für die Thätigkeit unserer Reichstagsabgeordneten. Aber zugleich erneuerten sie das Bewußtsein, daß nicht die parlamentarische Vertretung für sich die großen Fragen zu lösen vermag, sondern daß die Vertreter, die Massen des Volkes es sind, deren Machtgewicht entscheidet und deren wichtige Kraft darum stets von neuem gewacht, gesammelt und auf den politischen Kampfplatz geführt werden muß. So sehr sich dieser Thatsache gerade die Genossen der Fraktion bewußt sind, so sehr begrüßen sie es als unumgängliche Voraussetzung ihres Kampfes, daß vornehmlich in dem Augen um den Achtstundentag die Massen selbst wieder und wieder aufgebodet werden. Möge der Appell, den vornehmlich Genossen Zeitin hinausdrück in die Massen der Arbeiterklasse, weiterhin und andauernd wirken! Möge in den bevorstehenden Wahlkämpfen nicht nur die Protowahlerlösung erschallen, sondern zugleich die große Kulturfrage der Arbeitszeitverkürzung, des Achtstundentages die Massen zum Kampf führen! Gegenüber der kraftvollen Durchsetzung dieser Kampfpunkte ist der kleine Streit über die Formulierung der Achtstundentagsforderung für den Reichstag gänzlich gleichgültig.

Schließlich ist hier der besonderen Konferenz der Genossinnen, die dem Parteitag vorausging, ein Wort zu sagen. Unsere Frauen haben sich auf ihrer Konferenz sehr eingehend mit der Frage der Heranbildung geeigneter Agitationskräfte beschäftigt. Zweifellos eine wichtige Frage. Es ist, daß die Frau leichter von der Frau für unsere Ideen gewonnen werden kann als vom Manne, so schwierig ist es auch, gerade Frauen zu öffentlicher agitatorischer Arbeit heranzuziehen. Der ewig unterdrückten, der politisch und bürgerlich rechtlosen Frau ist es unendlich schwer, sich über die ihr durch eine rüchständige Gesetzgebung gezogenen Schranken hinwegzusetzen. Nur wenigen ist das bisher gelungen, und wenn auch ihre Zahl im Wachsen ist, so ist sie doch noch viel zu klein. Viele Kräfte sind nötig, um die Millionen der weiblichen Proletariat für unsere hohen Ziele zu gewinnen. Beschlüsse wurden von der Frauenkonferenz zu dieser Frage nicht gefaßt und es kommt auch in der That nicht auf solche an, es kommt allein auf das Wirken im Leben an. Kein Beschluß und kein noch so schöner Leitfaden kann herbeiführen, was nur das Ergebnis einer langen mühsamen Arbeit der Pioniere und einer langen Schulung im Leben, im Kampfe selber sein kann. In diesem Scheinbar äußerlich ergebnislos verlaufenen Verhandlungsgeschehen sehen wir dennoch den Kernpunkt einer bevorstehenden Frauenkonferenz neben dem socialdemokratischen Parteitag, auf dem ja die Frau gleichberechtigt ist. Die lebhafteste Aussprache darüber hat neue Anregungen gegeben, und nun gilt es, sie nutzbar zu machen und mit neuem Eifer zu wirken.

Die Wünsche, die wir vor Wochenfrist an dieser Stelle dem Parteitag zuriefen, sie haben sich vollaus erfüllt. In München ward gute Arbeit gethan, in München wurde trefflich und wichtig gerichtet zu den schweren Kämpfen, denen die Partei, denen die deutsche Arbeiterklasse entgegengeht! —

Politische Ueberfahrt.

Berlin, den 20. September.

Die „Kreuz-Zeitung“ und die russische Revolution.

In unserer vorgestrigen Nummer nagelten wir den schamlosen Versuch der „Kreuz-Zeitung“ fest, Kalajew deshalb zu einem „Verbrecher“ zu stempeln, weil sich russische Gerichtskollegen gefunden hätten, die ihn zu siebenjähriger Verbannung nach Sibirien verurteilt hätten. Sei aber Kalajew ein „Verbrecher“, so sei auch gegen seine auf dem Wege der Abschiebung über die Grenze erfolgte Auslieferung an Rußland nichts einzuwenden.

Als wir vorgestern diese plump verlogene Folgerungsweise der „Kreuz-Zeitung“ entriest mit dem Hinweis darauf zurückwiesen, daß auch der „Kreuz-Zeitung“ bekannt sein müsse, daß den russischen Justizbediensteten jeder politische Justizmord zuzutrauen sei, ahnten wir nicht, daß die „Kreuz-Zeitung“ selbst zwei Tage später diese allen kultivierten und anständigen Westeuropäern geläufige Thatsache in der denkbar schärfsten Form bestätigen würde. Diese Bestätigung der von Grund aus

korrupten russischen Justiz findet sich in dem Leitartikel der „Kreuz-Zeitung“ der Nummer 441. In demselben wird zur Charakteristik der russischen Justiz folgender Fall erzählt:

Ein ehemaliger Kutscher war, getragen von Weiber-gunst und Frechheit, auf Grund gefälschter Hochschulzeugnisse erst Friedensrichter, sodann Bauernkommissar und zuletzt Kreischef der Insel Oesel geworden. In diesen seinen Eigenschaften hatte er eine Menge von Ungeheuerlichkeiten, namentlich Exzessen verübt. Die Bauern von Oesel verklagten ihn wiederholt beim Gouverneur. Der Gouverneur warf ihre Klagen unter den Tisch. Endlich riß deren Geduld; sie wollten ihren Bauernkommissar sei es verprügeln, sei es totschlagen. Er rettete sich jedoch rechtzeitig, es wurden sofort Soldaten beordert und die „Ausrührer“ festgenommen. Dieselben wurden dann hinterher zu 1-3 Jahren Arrestantencompagnie (gleich Zuchthaus) verurteilt; er aber wurde Kreis- und Bauernkommissar wurde zufälligerweise ein ehrlicher Mann, den die Bauern nun mit ihren Klagen bestürmten. Derselbe zauderte lange, endlich legte er dem Gouverneur dokumentarische Beweise über die Heldenthaten ab. Der Gouverneur warf sie gleichermäßen unter den Tisch. Den Zeitungen wurde verboten, etwas gegen ihn zu berichten. Da drang die Geschichte in ausländische Zeitungen, Kaiser Nikolaus II. erhielt selbst darüber Kenntnis. Nun wurde eine Untersuchung angeordnet. Man schickte nach Oesel einen Untersuchungsrichter, der ebenfalls zufälligerweise ehrlich war. Derselbe stellte sofort die Unparteilichkeit fest und zog ihn ein. Der Prozeß zog sich einige Jahre hin, mittlerweile wurde der ehrliche Nachfolger ab, weil er gegen ihn geklagt, von den anderen Kollegen aus dem Dienst gedrängt und mußte darben. Endlich die Gerichtsverhandlung in Riga; er kam, weil er sich als „tüchtiger Russifizator“ erwiesen hatte, anstatt mit 6-10 mit bloß 1 1/2 Jahren Gefängnis davon; der Justizminister hat aber kurz darauf die volle Begnadigung abgedrückt. Man wird das unerbört, unbegreiflich finden. Thatsächlich ist die Erklärung ungeheuer einfach; alle Eingeweihten behaupten, daß Fälle von Rechtsverletzungen wie bei K. keine Ausnahme in der russischen Beamtenpraxis bilden, sondern eher die Regel.

Will die „Kreuz-Zeitung“ nun immer noch behaupten, daß Kalajew ein „Verbrecher“ sei, weil ihn russische Richter verurteilten? Oder ist sie nicht vielmehr der Ueberzeugung, daß Kalajew ein politischer Märtyrer ist, dessen Ueberlieferung an die zaristische Schergen eines der dunkelsten Blätter der preussischen Polizeigeschichte bilden wird?

Die „Kreuz-Zeitung“ wird sich um so mehr unsere Auffassung zu eigen machen müssen, als es in ihrem Leitartikel weiter heißt:

„Nebenbei wird nirgends so viel Unfug mit den Begriffen „unzuverlässig“, „verdächtig“ und „revolutionär“ getrieben, wie in Rußland. Als „revolutionär“ gilt vielfach das bloße Verlangen nach Gerechtigkeit, nach einer strengen Beobachtung der bestehenden Gesetze, denn eine strenge Durchführung der Gesetze würde ja die Allgewalt der Tschinownik beschränken.“

Ja sogar die Thaten Espjagius und seiner Nachfolger erscheinen angefaßt der skandalösen russischen Mißwirtschaft, die ehrsüchtige und anständige Menschen in den Kerker wirft und ausgemachte Schurken in Ehrenstellen aufrücken läßt — vergl. den obigen von der „Kreuz-Zeitung“ erörterten Fall —, dem Leitartikel des konservativen Blattes beinahe entschuldbar:

„Die Ermordung Espjagius und Bogoshepow war thatsächlich, und das ist das Schlimme, in weiten Kreisen populär. Die Mörder wären mit großer Wahrscheinlichkeit freigesprochen worden, wenn man sie vor ein Geschworenengericht gestellt hätte. Bezeichnend war die eifrige Kiste, mit der fast alle russischen Zeitungen über die Ermordung Espjagius zur Tagesordnung übergingen.“

Nach alledem darf man also erwarten, daß die „Kreuz-Zeitung“ ihre infame Beleidigung Kalajew's ruhig zurücknehmen und mit aller Schärfe in unsere Kritik der Auslieferung einstimmen wird. Das dürfen wir um so mehr erwarten, als immer unangenehmere Dinge über deutsche Polizei-Pandlangerdienste gegenüber Rußland bekannt werden. So geht uns folgende Meldung zu:

Eine auffällige Erscheinung über die an der schlesisch-russischen Grenze gelübten Ausweisungsmethoden bringt das „Oberschles. Tageblatt“. Anschließend an die Mitteilung von der Verhaftung eines Geiselschreibers schreibt das genannte Blatt:

„Man sagt in Myslowitz ohnehin über den Eifer gewisser Ordnungsborgane, sich dienstlich hervorzuthun. Der Gendarm B. hat schon einmal einen russischen Unterthan, der, von Oesterreich kommend, angeblich aufrührerische Schriften bei sich führte, ohne ihn erst der Myslowitzer Polizeiverwaltung oder seiner vorgesetzten Behörde vorgeführt zu haben, an das russische Gendarmenkommando ausgeliefert. Der Beamte erhielt von der russischen politischen Aufsichtsbehörde 25 Rubel als Prämie und danach vom Baron eine silberne Medaille „für Eifer“ am Stanislausbande. Von seiner eigenen Behörde aber wurde ihm bedeutet, daß sein Verfahren nicht korrekt war.“

Derselbe Gendarm B. hat aber den Studenten Kalajew von den russischen Gendarmenbeamten besichtigen lassen! —

Die Zolltarif-Besprechung der konservativen Fraktion an der sich auch der „Wilde“ Dietrich Hahn beteiligte, hält ihre Beschlüsse einstweilen geheim. Nach der „Kreuz-Zeitung“ sollen sie einstweilen „durchaus vertraulich“ bleiben. In der Sitzung der freikonservativen Fraktion wurden nach der „Post“ die in der Generaldiskussion geäußerten Wünsche auf weitergehenden Säug der landwirtschaftlichen Interessen als aus-sichtslos zurückgestellt, das Festhalten an den Kompromißbeschlüssen der ersten Lesung der Kommission

einmütig beschlossen und im übrigen festgestellt, daß die Reichspartei einmütig für den Gang der nationalen Arbeit in der Landwirtschaft und in der Industrie und für die Solidität der Interessen beider Produktionszweige eintritt. Ferner beschloß die Fraktion, den Centruntsantrag auf Herbeiführung von Witwen- und Waisenversicherung nur in Form einer Resolution zuzustimmen.

Belgien.

Ein künftiges Familienbuch. Die Königin von Belgien, Marie Henriette, die Tochter des Erzherzogs Joseph von Oesterreich und die Mutter der durch ihre Familienverträge bekannten Prinzessin Luise von Sachsen-Koburg-Gotha und der ehemaligen Kronprinzessin Stefanie, ist am Freitagabend gestorben. Ihre Ehe mit König Leopold war gleichfalls eine Tragödie. Und ihrer Ehe entsprang auch deren Lösung durch den Tod. König Leopold verließ, während das Ende der Gattin täglich zu erwarten war, ruhig in einem Sprennenbad. Die letzten Nachrichten von dem hoffnungslosen Zustand seiner Gemahlin beantwortete er durch die Ankündigung, daß er den Aufenthalt in den Sprennen bis in den Oktober hinein ausdehnen werde! —

Türkei.

Aus Konstantinopel meldet die „Frankfurter Zeitung“: In Monastir wurde der zwei Monate dauernde Prozeß gegen bulgarische Insurgenten jetzt beendet. Von 45 Angeklagten wurden 13 zum Tode und 4 zu lebenslänglichem Gefängnis, der Rest zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt.

Amerika.

New York, 20. September. Der „Association Press“ wird aus bester Quelle aus London telegraphiert, daß die britische Regierung eine Note an die Signatarmächte des Berliner Vertrages vom Jahre 1878 gerichtet habe, in der unter Hinweis auf die Circularnote der Vereinigten Staaten die Aufmerksamkeit auf die Lage der Juden in Rumänien gelenkt wird. Die britische Regierung stelle die Frage, welche Ansicht die anderen Mächte über die Angelegenheit haben, und suche festzustellen, ob vielleicht irgend eine gemeinsame Aktion von den Vertragmächten beschloffen werden könnte. Das Londoner Telegramm legt Gewicht auf die Thatsache, daß die Note Großbritanniens auf die der Vereinigten Staaten folgt und sie ergänzt. —

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Heine (persönlich): Kautsky meinte, die Frage nach dem Redaktionschef der „Neuen Welt“ sei von denen angeht, welche die Gehälter der Redacteure zu hoch fänden. Ich bin der, der gerade mit dem Ausdruck Redaktionschef diese Frage aufgeworfen hat. Also geht auch Kautsky's Anzuspornung gegen mich. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ habe ich gesagt, das Deficit der „Neuen Welt“ erkläre sich daraus, daß sie einen viel zu hohen Redaktionsetat hat, nachdem sie Wochenchrift geworden ist, daß sie sich mit häßlichen Mitarbeiter belastet hat, die, was ich für sehr verständlich halte, anständig bezahlt werden. Ich habe also das Honorar der drei Herren nicht für zu hoch erklärt, sondern das Gehalt gesagt. Der Zweite, gegen den ich eine persönliche Bemerkung machen muß, ist Bunn. Er hat meiner scherzhaften Benennung Bloch als einen unausgezeichneten Menschen die Wendung gegeben, als hätte ich Bloch eines unanständigen Ansehens bezichtigt wolle. Er hat vom Wählendamm gesprochen. Mit Rücksicht darauf, daß Bloch sich leider nicht selbst verteidigen kann, halte ich es für angebracht zu erklären, daß ich meine Ausführungen nicht so verstanden habe und daß niemand sie so auffassen konnte. Das ist mir eine der beliebten Verdrehungen gewesen, um gegen Bloch Stimmung zu machen. Ich habe nur sagen wollen, daß Bloch seine Pflicht als eifriger Redacteur that, um Mitarbeiter zu gewinnen. Das dritte, worauf ich eingehen muß, ist folgendes. David hat einen Artikel erwähnt und ist dabei, mit Recht, wie ich glaube, von näheren Ausführungen zurückgehalten worden; weil aber dieser Artikel sich auch gegen mich richtet, ist der Glaube entstanden, als ob David in Uebereinstimmung mit mir vorgegangen sei. Um einen Irrtum auszuschließen, möchte ich erklären, daß ich eine Antwort auf diesen Artikel für unter meiner Würde gehalten habe. (Beifall und Lärme.)

Grünwald-Grfurt (persönlich): Den einleitenden Witz, den sich Genosse Sidelum gegen mich erlaubte und der für ihn sehr charakteristisch war, hat er ja selbst widerlegt und das genügt mir. Was das Uebrige betrifft, das Sidelum gegen mich vorbrachte, so war, um es so wie geschehen anzulegen, eben seine Taktik notwendig. Ich habe lediglich die Methode klarstellen wollen, durch die hier die Debatte über die persönlichen Verhältnisse der leitenden Kräfte der „Neuen Welt“ provociert wurde, und dabei bemerkt, sie wäre genau so, als wenn wir etwa danach fragen sollen, was Sidelum als der Chefredacteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und in seinen weiteren Eigenschaften für Einkommen beziehe. Ob er dabei verdient oder verliert, läßt für die Methode der Fragestellung gar nicht in Betracht. Ich habe ja auch gerade betont wollen, daß die leitenden Kräfte der „Neuen Welt“ in bürgerlichen Verlagen das Dreifache an Gehalt bekommen würden, also in allem so ziemlich das Gegenteil gesagt von dem, was Sidelum gütlich herabgeschändelt hat.

David (persönlich): Heine irrt, wenn er glaubt, ich wolle dem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ eine längere Rede widmen. Es war nicht meine Absicht, mehr darüber zu sagen, als ich gesagt habe. Hierauf wird zur Abstimmung geschritten, deren Resultat die Ablehnung des Antrags 47 ist.

Zur Debatte werden gestellt die Anträge 48 und 49.

Dehmann-Breslau

begründet den Antrag 49. Durch den Inhalt der Inseraten-Beilage fühlen sich viele Parteigenossen verletzt. Ich meine aber, wir sollten doch nicht gar so zimperlich sein. Die „Neue Welt“ kann unter keinen Umständen mehr ohne die Inseraten-Beilage auskommen und es wird den Partei-Zeitungen recht angenehm sein, daß sie jetzt die „Neue Welt“ um 3 M. billiger beziehen können.

Fischer-Hannover

begründet den Antrag 48: Wir sind in einer gut besuchten Versammlung zu dem Entschluß gekommen, diesen Antrag zu stellen, und zwar weil die Beilage Inserate enthält, die sich an solche Leute wenden, die nicht alle werden. So sind 3 V. auf das Inserat von Budapest, in dem 300 Artikel für 3 M. angeboten werden, eine ganze Reihe von Parteigenossen herbeigefallen. Auch bei uns in Hannover hat sich ein Genosse die Sendung kommen lassen, und als sie ankam, mußte er nicht 3, sondern 8 M. zahlen. Nebenbei ist es mit den Cigaretten-Inseraten. Wenn unser Antrag abgelehnt wird, dann soll die Geschäftsstelle wenigstens eine bessere Auswahl der Inserate treffen.

Die Diskussion über die Anträge wird eröffnet.

Verard-Hamburg

bedauert, daß der Parteitag auch diesmal wieder sich mit einem so überflüssigen Antrag wie er Nr. 48 sei, zu beschäftigen habe. Denn es sei doch selbstverständlich, daß Parteilätter Schwundel-Inserate nicht bringen dürfen. Man habe eine neue Maschine angeschafft, und um für diese Futter zu haben und das Blatt verbilligen zu können, entschloß man sich zur Einführung der Beilage. Diese ist an ein großes Inseratenbureau verpackt, doch haben wir uns das Recht vorbehalten, alle Inserate zurückzuweisen, die sich nicht mit der Tendenz unserer Blätter vertragen. Das ist auch in umfangreicher Weise geschehen. Man kann aber oft genug nicht sofort feststellen, ob ein Inserat schwindelhaften Inhalt hat. Ähnliches passiert auch unseren Tagesblättern. Ich kann versprechen, daß in Zukunft Inserate wie die benannten nicht mehr aufgenommen werden. Was den Antrag 49 betrifft, so könnte es mir recht sein, wenn er angenommen würde, weil dadurch die Inseratenbeilage der „Neuen Welt“ sanktioniert wird. Aber es ist fraglich, ob wir sie nächstes Jahr weiter führen können, denn der Pächter hat dieses Jahr sehr schlechte Geschäfte damit

gemacht. Wenn wir den jetzigen Bezugspreis beibehalten wollen, müssen wir auch die Inseratenbeilage weiterführen, da wir sonst trotz der Verbilligung der Papierpreise wieder Deficit machen.

Es ist ein Antrag eingegangen, die Anträge 48 und 49 dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen.

Weinschid-Offenbach:

Weil man nicht unterscheiden kann, ob ein Inserat schwindelhaften Inhalts ist oder nicht, sind die Offenbacher der Meinung, daß wir beide Anträge ablehnen sollen. Da die „Neue Welt“ auch bei den Frauen Interesse erregen soll, wäre es gut, wenn mehr als bisher Artikel über Hauswirtschaft, Krankenpflege, Kindererziehung u. dergleichen gebracht würden. Auch ein guter Teil der Bilder, die jetzt kommen, könnte ganz gut weglassen werden. Die Illustrationen der „Neuen Welt“ sollen doch eine Art Anschauungsunterricht sein und so würde es sich empfehlen, Abbildungen von Brückenbauten, Maschinen und dergleichen zu bringen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und der Antrag, die Anträge 48 und 49 dem Parteivorstande zur Erwägung zu überweisen, zum Beschluß erhoben.

Sodann wird der Antrag 51 zur Debatte gestellt.

Danisch-Randow-Weisenhagen

bemerkt zur Begründung dieses Antrages, wer profitlich im Buchhandel tätig sei, müsse finden, daß die Parteilitteratur im Vergleich zu den Publikationen bürgerlicher Verleger viel zu teuer sei. Das sei besonders beim Arbeiter-Kalender der Fall, dessen Preis man ganz gut herabsetzen könnte, da ihn der „Vorwärts“ an die Kalporture für 40 Pf. liefere. Was letztere dann einbilden, wird ihnen durch größeren Absatz ersetzt. Einzelne Gewerkschaftsverbände geben ähnliche Kalender heraus, die sie für 60 Pf. verkaufen, sobald infolge dieser Konkurrenz der Absatz unseres Kalenders immer mehr abnehme. Die Inseratenblätter stören in der Mitte und sollen deshalb an den Schluß des Kalenders gehetzt werden.

Es wird beantragt, den Antrag 51 dem Vorstand zur Erwägung zu überweisen.

Fischer-Berlin:

Mehr Unrichtigkeiten wie der Vorredner kann man eigentlich kaum in einer Rede vorbringen. Der Arbeiter-Kalender soll im Vergleich zu ähnlichen Publikationen aus bürgerlichen Verlagen zu teuer sein. So weit ich unterrichtet bin, gibt es keinen bürgerlichen Kalender in ähnlicher Ausstattung unter einer Mark (Sehr richtig!), unserer kostet nur 60 Pfennige; die Auflage ist nicht gekürzt, sondern, wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, von Jahr zu Jahr gestiegen, die Inserate kommen dem Leser auch nicht in die Quere, sondern befinden sich am Schluß des Kalenders. Vor einer Stunde haben wir lange darüber debattiert, wie das Deficit der „Neuen Welt“ aus der Welt zu schaffen sei, und jetzt beraten wir darüber, wie wir dem Kalender zum Deficit verhelfen können. (Heiterkeit.) Der Antrag würde zur Folge haben, daß wir auf jedes Exemplar 5 Pf. daraufzahlen; unsere Parteilitteratur frant aberhaupt an den billigen Preisen, so daß wir den Kalporturen nicht soviel bieten können. (Sehr richtig!) Die notwendige Konsequenz davon ist, daß die Parteilitteratur mehr und mehr einschränken, nur noch das beziehen, was die Genossen bei ihnen direkt bestellen und sich Artikeln zuwenden, an denen sie mehr verdienen. Wollen Sie eine größere Verbreitung der Parteilitteratur erzielen, so müssen Sie Anträge auf Preiserhöhung stellen, damit die Kalporture mehr verdienen. (Zustimmung.) Die Kalender verschiedener Gewerkschaften kosten allerdings nur 50 Pf., sie sind aber keine Konkurrenzunternehmen gegen die Arbeiter-Kalender, sondern auf meinen Vorschlag herausgegeben. Daß die Genossenschaften ihre Kalender billiger abgeben können, liegt auf der Hand; für sie sind die Kalender ein Agitationsmittel, das seinen Zweck erfüllt, wenn es in die Massen der Unorganisierten hinausdringt, um für die Organisation Propaganda zu machen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Hiermit schließt die Debatte, der Antrag wird abgelehnt.

Die Anträge 53 bis 55 werden gemeinsam beraten, Antrag 53 wird nicht begründet, Antrag 54 begründet.

Kimmel-Hamburg:

Die künstlerische Ausstattung der diesjährigen Waizeitung hat wohl allgemein enttäuscht. Gerade bei der Waizeitung, die doch in die Massen dringen soll, müssen wir auf die künstlerische Ausstattung den höchsten Wert legen. In Hamburg hat man in diesem Jahre Waize darüber gerissen. Man glaubte, der Löwe habe den Schwanz bekommen infolge der schlechten Witterung. (Heiterkeit.) Der Verlag sollte sich in Zukunft Mühe geben, nur wirklich künstlerische Ausstattung der Zeitung zu bewirken.

Tikretter-Ludwigshafen:

begründet den Antrag 55. In einer Zeit, wo man bestrebt ist, den Arbeitern das Kunstverständnis beizubringen, müssen wir dafür sorgen, daß unsre Ergänzungen wirklich wertvoll sind. Leider bleiben dieselben aber hinter dem zurück, was sonst als Grundlag aufgestellt wird, daß nämlich für die Arbeiter gerade das Beste gut genug ist. Unre Wai- und Märznummern beweisen vielfach das Gegenteil. Die Ausstattung unsrer illustrierten Feilschriften ist durchaus keine gute. Gewiß kann der Verlag es nicht allen recht machen, aber wenn er sich Mühe gibt, wird er auch geeignete Künstler finden und so das Kunstverständnis unter den Arbeitern fördern. Ich bitte Sie, alle diese Anträge dem Parteivorstand zu Berücksichtigung zu überweisen und ich habe den dringenden Wunsch, daß er sie auch wirklich berücksichtigt und nicht beiseite legt.

Fischer-Berlin:

Wenn ich nicht Fischer wäre, würde ich auch so geredet haben wie Kimmel (Heiterkeit!) Ich gebe von vornherein zu, daß die Äußerer Gestaltung der Wai- und Märzzeitung dieses Jahres dem Bedürfnis der Genossen nicht entsprochen hat und auch dem meinen nicht, aber so dürfen die früheren Wai-, Weihnachts- und 18. März-Nummern nicht charakterisiert werden, wie es Tikretter gethan hat, als fänden sie weit unter dem, was bürgerliche Verlage auf dem gleichen Gebiet leisteten. Unter den Publikationen des Verlags Vorwärts sind Leistungen, die sich dem Besten, was die moderne Kunst giebt, getrost an die Seite stellen können. (Sehr richtig!) Nun ist behauptet worden, der Verlag gebe sich nur nicht die rechte Mühe, und Schriftsteller und Künstler heranzuziehen. Nun, ich kann wohl sagen, daß ich mondmal die Rolle Bloch's, dessen hier so liebend gedacht wurde, gespielt, unsre Parteilitteratur um Beiträge gedrängt und ihnen auf den Weg gestiegen bin. Von den Malern rede ich gar nicht, die Zahl derer, die für uns in Betracht kommen, ist nicht sehr groß. Variationen desselben Gedankens, den ein Künstler einmal behandelt hat, muß er schon seines Ansehens wegen ablehnen, immer Neues und Besseres soll gefunden werden. Ist etwas Vortreffliches geleistet worden, so sucht man darüber hinauszu kommen und dabei gerät man manchmal in die Brüche. Ich bestreite, daß der künstlerische Wert der Zeichnungen gegen früher zurückgegangen sei. In der Kunst sind ja verschiedene Meinungen möglich, die einen sehen in der Siegesallee den Gipfel der Geschmackslosigkeit, die andern die Einleitung zu einer neuen Renaissance. (Heiterkeit.) Die einen sehen in Anton v. Werner einen neuen Lizian, die andern einen Mann, der da malte, wie man Stiefel schmiedet. (Große Heiterkeit.) Für diejenigen, die da meinen, daß das beste Vorbild der Wai- und Märzzeitung eine unklarerische Leistung sei, habe ich das Original der Zeichnung mitgebracht. (Das Bild wird aufgestellt.) Sie werden mit mir einig sein, daß hier einer unsrer schönsten Gedanken seinen vollendetsten malerischen Ausdruck gefunden hat, das Schöne und Nüchtern der Menschheit nach Freiheit und ihr Vertrauen in die Freiheit, wenn sie dann endlich in den Kerker eintritt und die Ketten löst. (Zustimmung.) Da sollte man nicht so generaliter aburteilen, wie es hier geschehen ist. Die Einwände Kimmels dagegen sind berechtigt; auch in socialdemokratischen Parteigeschäften geht es nicht immer so, wie es gehen sollte; hier haben Sie den ersten Probedruck und hier ist das Bild, wie es schließlich gebracht wurde; der Unterschied ist so auffällig, daß ich vor der Frage stand: soll ich die „Wai- und Märzzeitung“ zurückweisen und einen Prozeß wegen Entschädigung gegen die Druckerei anstrengen,

die uns eine lange Reihe von Jahren vortrefflich bedient hat. Die Platten hatten sich unersparlichweise gleich bei Beginn des Druckes stark abgenutzt, die Anzahl, die sie geliefert und die das Beste sonst leistet, erklärt auf unsre Anfrage, sie habe das Beste gethan, was sie thun konnte, aber manchmal sei die Komposition des Textes derart, daß es keinen starken Druck aushalten könne. Die zweiten Galvanos, die wir sofort bestellten, fielen ebenso aus. Schließlich wurde das Original genommen, das auch verdoeben wurde. So litt die Herstellung der diesjährigen Wai- und Märzzeitung unter einer Reihe von Mißgeschicklichkeiten, die keiner voraussehen und keiner ändern konnte. Von Ihrer Parteisolidarität erwarte ich, daß Sie alle diese Umstände berücksichtigen und danach Ihr Urteil fällen werden. (Beifall.)

Grünwald-Hamburg:

Die letzte Nummer der „Wai- und Märzzeitung“ war unter aller Kritik. Fischer hätte nur das dicke Urteil in unserer Mitglieder-Verammlung hören sollen. Die Frauengestalt, die die Freiheit vorstellen soll, sieht ganz so aus wie ein Weib mit langem Vort. (Heiterkeit.) Das „Goldene Kalb“ auf dem Bilde kann man für eine Art Gernie halten. (Heiterkeit.) Künftig werden die Hamburger die Ware erst besehen, bevor sie sie kaufen.

Stiefel-Berlin:

Nachdem Freund Fischer selber erklärt hat, daß er mit der Ausführung der „Wai- und Märzzeitung“ auch nicht einverstanden sei, ist die Sache eigentlich erledigt. An solchen Wigen über das Bild hat es in Berlin auch nicht gefehlt. Die Mittelfigur sieht aus wie ein Stahl mit einem Kopfe darauf. (Heiterkeit.) In früherer Zeit hat sich Fischer alle erdenkliche Mühe gegeben. Wir hatten wunderbare Zeichnungen zum ersten Mal, die von den Genossen als Modell für lebende Bilder benutzt werden konnten. Die Arbeiter sind auch die alten Wahren gewöhnt. Die neue Kunst begreifen sie nicht ohne weiteres: sie darf daher nicht sofort in großem Umfang eingeführt werden.

Ein Schlußantrag: den Reichstag begründet und Ledebour bekämpft, weil er nachweisen wolle, daß die Schuld für das letzte Wai- und Märzbild nicht auf das Konto der modernen Kunst komme, wird angenommen.

Singer: Die Anträge 53, 54 und 55 wollen daselbe, sie drücken den Wunsch aus, daß die Kunstgegenstände unsrer Verlage in möglichster Vollendung geliefert werden. Ich schlage vor, in diesem Sinne zu beschließen und so die drei Anträge zu erledigen.

Der Parteitag beschließt dementsprechend. Die weiteren Verhandlungen werden auf nachmittag vertagt.

Singer verliest das Protokoll der Feststellung des Wahlergebnisses für den Parteivorstand und die Controleure.

Abgegeben wurden 177 Stimmzettel, von denen 10 für die Kontrollkommission unglücklich waren, weil mehr als neun Namen verzeichnet waren, für den Parteivorstand wurden abgegeben: Bebel 176, Singer 175 als Vorsitzende, Gerlich als Kassierer 175, Pfannsch 177 und Auer 174 als Sekretäre. Außerdem haben erhalten Rosa Luxemburg und Mehring als Vorsitzende je 1 Stimme, J. Braum und H. Fischer als Kassierer je 1 Stimme und Paul Hoffmann 1 Stimme als Sekretäre. Als Controleure wurden gewählt: Dr. Meißner mit 162 Stimmen, Raben 155, Eychart 147, Völkhe 146, Bod 143, Känen 139, Jettin 133, Ged 100 und Hare 103 Stimmen. Ferner erhielten Stimmen als Controleure v. Bollmar 84, David 72, v. Elm 41, Meiß, Hoffmann und B. Müller je 3 Stimmen, Antwid, Ledebour und Zubeil je 2 Stimmen, Kollenbühr, Segig, Bohne, Leydenbender und Lindenmann je 1 Stimme.

Singer ermahnt die Kontrollkommission sich sofort zu konstituieren und ihrerseits bekannt zu geben, wen sie als Beisitzer für den Parteivorstand wähle, eine Wahl, die auf Grund des Organisationsstatuts vorzunehmen ist.

Eine Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Beginn 2 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer. **Singer** teilt mit, daß die Kontrollkommission sich konstituiert und Pfeijer zum Vorsitzenden gewählt hat. Als Beisitzer für den Parteivorstand sind von der Kontrollkommission **Eberhardt-Charlottenburg** und **Wengels-Berlin** gewählt. Der Parteitag tritt in die Tagesordnung. Zur Beratung kommt zunächst der Antrag 54.

Emmel-Mülhausen

begründet den Antrag. Das deutsche Reichs-Preßgesetz ist zwar im allgemeinen im Utsah eingeführt, aber die Bestimmung, daß Kautionen für politische Blätter gestellt werden müssen, ist beibehalten. Man will dadurch die Entstehung von Arbeiterblättern hindern. Eine Unterdrückung auf Grund des Diktaturparagrafen ist jetzt nicht mehr möglich. Die Gefahr, auf diese Weise ein Blatt zu ruinieren, ist also beseitigt. Es handelt sich bei unsrem Antrag nicht um eine Subvention im gewöhnlichen Sinne, sondern darum, daß wir einen Ausnahmezustand bekämpfen. Der Kampf gegen Ausnahmebestimmungen darf nicht nur theoretisch geführt werden, sondern hier muß die Partei uns praktisch unterstützen, damit wir den übrigen Vorkämpfern Utsah-Vorkämpfens gleichgestellt werden. Es wurde gesagt, daß die Geldstrafen, Prozeßkosten usw. von der Kaution in Abzug gebracht werden. Das ist richtig, aber bisher hat doch die Partei die Genossen, die zu Geldstrafen usw. verurteilt waren und sie nicht selbst aufbringen konnten, noch nie im Utsah gelassen. Auch die Verhaftung, aus der Kaution werde sich mit der Zeit eine Subvention entwickeln, kann nicht als sich selbst gelte. Die unterdrückte „Volkszeitung“ in Mülhausen, die seiner Zeit dem Diktaturparagrafen abgemontiert, hat einen ganz anständigen Abonnentenstand gehabt. Wenn wir, wie zu hoffen ist, dieselbe Abonnentenzahl erreichen, so können wir wohl existieren. Nun ist es ja für den Parteitag schwierig, über so große Summen zu beschließen. Ich habe deshalb nach Rücksprache mit mehreren Genossen den Antrag so gestellt, daß unser Wunsch dem Parteivorstand zur erneuten Erwägung überwiegen werden möge.

Gerlich:

Der Wunsch der Mülhäuser Genossen ist an sich sehr begründlich. Die Gesamtpartei hat aber früher vielfach schon Opfer gebracht, um in Mülhausen ein Blatt aufrecht zu erhalten. Es ist aber nicht gelungen, dort ohne Subvention eine Zeitung zu erhalten. Jetzt bestehen nun in Utsah-Vorkämpfens zwei Blätter, in Mülhausen und Stralburg, die wahrscheinlich beide subventioniert werden müssen. Es würde sich für die beiden Blätter um 40 000 M. handeln. Wir können nicht so große Summen festlegen, ohne darüber disponieren zu können. Nicht die niedrige Verzinsung, sondern nur die Unmöglichkeit, über diese Summen zu verfügen, zwingt uns, an Sie das Ersuchen zu stellen, den Antrag runderweg abzulehnen. Der Antrag wird abgelehnt.

Domit ist die Gruppe der auf die Presse bezüglicher Anträge erledigt. Es folgen die Anträge zur

Agitation.)

Antrag 28 wird der Parteileitung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Antrag 29 sowie alle übrigen auf die Agitation gegen das Centrum bezüglichen Anträge werden durch das Referat Bebel's zur

*28. Parteigenossen in Bromberg: Den Wahlkreis Bromberg in jeder Beziehung agitatorisch mehr als bisher zu unterstützen.

29. Parteigenossen in Solingen: Der Parteivorstand möge durch Vereinfachung von Mitteln dafür Sorge tragen, daß eine regere und wirksamere Agitation gegen das Centrum in den Rheinlanden entfaltet werden kann.

30. Parteigenossen des II. Kassauer Wahlkreises, Wiesbaden: Der Parteivorstand möge in Gemeinschaft mit der Fraktion gleich nach dem Parteitag mit aller Energie den Wahlkampf eröffnen, besonders durch Entsendung von Rednern in die einzelnen Wahlkreise.

31. Parteigenossen in Breslau: Für die nächsten Reichstagswahlen ist eine Liste sämtlicher socialdemokratischer Kandidaten

Reichstagswahl und die daran anschließende Diskussion für erledigt erklärt. Antrag 90 wird ebenfalls durch die früher gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Antrag 81 wird von Hermann-Breslau zurückgezogen in der Erwartung, daß der Vorstand den Antrag in den Kreis seiner Erwägung ziehen werde. (Heiterkeit). Antrag 86 findet nicht die genügende Unterstützung, ebensowenig Antrag 67. Antrag 68 wird durch die anderen Beschlüsse für erledigt erklärt, die Anträge 69, 70 und 71 handeln von einem sozialdemokratischen Handbuch für Reichstagswähler.

Singer: Soweit ich mich entsinne, sind vor jeder Reichstagswahl solche Handbücher erschienen. Es fragt sich nur, ob die nötige Zeit dazu bleibt, andererseits haben wir in dem Schiffschiffers Handbuch geistiges Material. Der Vorstand hat die Frage bereits ventiliert; wenn irgendwo die Möglichkeit vorhanden ist, wird das Handbuch herausgegeben werden. Ich empfehle alle diese Anträge dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen.

Schmidt-Frankfurt a. M. beantragt, die Anträge dem Vorstande und der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. So wird beschloffen.

Antrag 90 wird ohne Debatte abgelehnt. Damit sind die auf die Organisation bezüglichen Anträge erledigt.

Singer: Wie kommen zur Gruppe derjenigen Anträge, die sich auf die Alkoholfrage?

beziehen. (Große Heiterkeit). Es sind dies die Anträge 88a, 40, 41, 43, 105, 120 und 121. Die Unterstützungsfrage wird gemeinsam gestellt, alle Anträge werden genügend unterstützt. Die Resolution 121 ist dahin abgeändert, daß nicht Uebertragung zur Tagesordnung beantragt, sondern daß die die Alkoholfrage betreffenden Anträge für erledigt erklärt werden. Auf Vorschlag von Singer werden alle diese Anträge von einem Redner begründet.

Wolf-Bochum:

München ist vielleicht nicht der geeignete Boden für die Beratung der Alkoholfrage. Aber wir müssen der Frage doch mindestens insoweit näher treten, als wir die Presse veranlassen, ihr mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Wir alle wissen, welcher Schaden der übermäßige Alkoholgenuß der Arbeiterklasse zufügt und wie schwer es ist, die Arbeiter in den Gegenden, wo der Alkoholgenuß stark verbreitet ist, aufzuklären. Solche Abstinenz predigen wir nicht. Die

im Reiche herauszugeben. Dieselbe soll ungefähr drei Monate vor dem Wahltermin erscheinen und in späteren Auflagen ergänzt werden.

56. Parteigenossen in München: Es sei baldmöglichst die Herausgabe einer Broschüre zu besorgen, in welcher die Landtags-Wahlgesetze der verschiedenen deutschen Bundesstaaten, einschließlich der Reichslande und Hansestädte, enthalten sind. Desgleichen soll an der Hand von praktischen Beispielen das Wahlverfahren in den einzelnen Staaten geschildert werden; sowie die verschiedenen Abänderungsanträge bezüglich der Wahlgesetze, wie sie von unsren Genossen eingebracht wurden, angeführt sein. Zum Schluß soll in gedrängter Form das System der Proportionalwahl, wie wir es in unserem Punkt 1 unseres Programms fordern, dargestellt werden.

67. Parteigenossen in Köln a. Rh.: Vor den nächstjährigen Reichstagswahlen rechtzeitig ein kleines, handliches A.-B.-C. Wählerchen herauszugeben. In dem Wählerchen sollen nur die für den Wahlkampf (z. B. bei der Agitation am Wiertisch und der Flugblattverbreitung etc.) notwendigen Zahlen, Daten und Citate nach die Materie leicht faßlich kennzeichnenden Stichworten alphabetisch geordnet enthalten sein. Der Preis des Wählerchens soll bei Massenbezug 80 Pf. nicht übersteigen.

68. Parteigenossen in Düsseldorf: Zur nächstjährigen Reichstagswahl wieder ein Handbuch für Reichstagswähler analog dem 1898 erschienenen herauszugeben, unter besonderer Berücksichtigung des Centrums.

69. Parteigenossen in Jserlohn: Wiederum ein Handbuch für sozialdemokratische Wähler herauszugeben, wie bei den Reichstagswahlen 1898, wovon jeder Ort 9 Exemplare gratis erhält.

70. Parteigenossen in Löhde: Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler zur nächsten Reichstagswahl so frühzeitig herauszugeben, daß es Genossen, welche agitatorisch wirken, ermöglicht wird, genügende Einsicht in dasselbe zu nehmen, um es bei der Reichstagswahl auch in wirksamer Weise verwerten zu können.

71. Parteigenosse Karl Reist, Köln: Ein parlamentarisches Handbuch zur besonderen Benutzung bei der bevorstehenden Reichstagswahl herzustellen. Dasselbe ist zu einem möglichst billigen Preise abzugeben.

90. Die Section Süden des sozialdemokratischen Vereins München.

Der Parteitag wolle festsetzen: „Welche Schritte können unternommen werden, um die Staatsangehörigkeit in den verschiedenen Staaten Deutschlands zu erleichtern.“

*40. Parteigenossen in Schleswig: Der Parteitag empfiehlt der Parteipresse, der Alkoholfrage mehr als bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden, und beständig in geeigneter Weise auf die Gefährlichkeit des Alkoholgenußs für die klassenbewußte Arbeiterklasse hinzuweisen.

*41. Parteigenossen in Triberg: Der Parteitag empfiehlt der Parteipresse, der Alkoholfrage mehr als bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden und beständig in geeigneter Weise auf die Gefährlichkeit des Alkoholgenußs für die klassenbewußte Arbeiterklasse hinzuweisen.

43. Parteigenossen von Berlin VI, Elise Danbold und sechs Genossen aus Arnstadt, Karl Frey und zwölf Genossen in Gotha, Oskar Pfau und 166 Genossen in Stuttgart, Parteigenossen in Berlin II, Felix Kränkel und 27 Genossen in Berlin, Joh. Wellmann und 20 Genossen in Berlin, Parteigenossen in Stettin, Parteigenossen in Breslau, W. M. Mielke in Charlottenburg, Parteigenossen des I. Württembergischen Wahlkreises, Dr. med. Georg Wersheim in Steglitz bei Berlin, Parteigenossen von Rey in Lothr.: Der Parteitag empfiehlt der Parteipresse, der Alkoholfrage mehr als bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden und beständig in geeigneter Weise auf die Gefährlichkeit des Alkoholgenußs für die klassenbewußte Arbeiterklasse hinzuweisen.

120. Resolution.

In Erwägung der Thatfache, daß neben den sozialen Quellen des Alkoholgenußs auch die Trinksitten und die mangelhafte Aufklärung der Massen über die Wirkung der geistigen Getränke als Ursachen derselben anzusehen sind, empfiehlt der Parteitag der Parteipresse und den Parteigenossen das Studium der Alkoholfrage und besonders der neueren medizinischen Forschungen über die Alkoholverwirkungen. Der Parteitag geht dabei von der Ueberzeugung aus, daß jede schon heute mögliche Zurückdämmung des Alkoholgenußs eine Stärkung der Kampfesfähigkeit des Proletariats in sich schließt.

Deiner Wahlle.

121. Resolution zu den Anträgen betr. Alkoholfrage. Der Parteitag erkennt rückhaltlos die Gefahren an, die aus einem übermäßigen Genuß alkoholischer Getränke für den Kampf um die politische und wirtschaftliche und damit die physische und geistige Befreiung der Arbeiterklasse entspringen;

der Parteitag ist aber nicht in der Lage, die Agitation für die völlige Abstinenz von alkoholischen Getränken als eine der Aufgaben der Partei oder die Verpflichtung zur Abstinenz als Voraussetzung für die Parteizugehörigkeit zu erklären;

die deutsche Sozialdemokratie ist eine politische Partei, die ihre politischen und wirtschaftlichen Grundzüge in ihrem Programm niedergelegt hat, daher muß es der Parteitag ablehnen, über Fragen ein Urteil zu fällen, die, wie die Frage der absoluten oder relativen Schädlichkeit des Alkohols, in das Gebiet der Spezialwissenschaften gehören.

In der Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie es von jeder als ihre Aufgabe betrachtet hat, die Arbeiterklasse nicht bloß körperlich, sondern auch geistig und sittlich zu heben und sie so zur Führung ihres Befreiungskampfes immer mehr zu befähigen, geht der Parteitag über die Anträge betreffend die Alkoholfrage zur Tagesordnung über.

Fischer-Berlin und 24 Genossen.

Thatfache, daß der Parteitag im vorigen Jahre den Antrag den Alkoholgenuß auf die Tagesordnung zu setzen, abgelehnt hat, hat viele Arbeiter, die dem Falsch ergeben waren, noch darin bekräftigt.

Blas-Leipzig:

Damit auch jemand etwas dagegen sagt, will ich trotz der vorgerückten Zeit einige Worte sprechen. Ich glaube nicht, daß der Vortrager hier in München eine Weisheit geschossen hat. Dazu waren seine Ausführungen nicht angethan. Ich möchte auf die Konsequenzen aufmerksam machen, die eine Annahme dieser Resolution haben könnte. An sich sehen die Anträge und Resolution ganz harmlos aus. Es scheint so, als wollte man nur die Parteiredacture verpflichten, hier und da einen Leitartikel über die Schäden des Alkoholgenußs zu schreiben. Die wahren Absichten, um die es sich handelt, aber gehen z. B. aus dem Korrespondent der Abstinenz hervor, den man sich alljährig unter unsere Papiere befördert hat. Es hat auf mich einen merkwürdigen Eindruck gemacht, daß die Agitation gegen den Alkoholgenuß plötzlich mit gar so fäccherlichem Eifer betrieben wird, gerade als hätten wir gegenüber dem Kapitalismus und Militarismus nichts anderes mehr zu thun. Es ist auch historisch noch gar nicht erwiesen, daß der Alkoholgenuß in unserer Zeit zugenommen hätte. (Sehr richtig!) Es ist ja so billig, wenn die Alkoholgegner nach berühmtem Muster jeden Widerspruch als unwissenschaftlich bezeichnen. Es sieht aber auch nicht gerade wissenschaftlich aus, wenn man hier neue Hellige zu schaffen sucht und einzelne Parteigenossen als Vorbild für ihren Lebenswandel empfiehlt. Es kann uns ganz gleichgültig sein, ob ein Parteigenosse dem Alkohol ergeben ist oder nicht. Wir wollen es in dieser Sache wie bei der Religion halten und wollen auch den Alkoholgenuß zur Privatangelegenheit erklären. (Sehr gut!) Wenn man von vornherein gemeint hat, die Kritik könne nur in schlechten Wigen bestehen, so ist das ein großer Irrtum. Wir alle sind ja der Meinung, daß der Alkohol im Uebermaß genossen, Schaden anrichtet. Aber das Uebermaß ist hier ein sehr relativer Begriff. (Sehr richtig!) Man möchte doch eine Grenze bestimmen, bei der die Gefährlichkeit eigentlich beginnt. Es wird auch sehr viel von sogenannten Trinklimiten und einem Trinkzwang gesprochen. Etwas Derartiges besteht meines Wissens nur bei dem deutlichen Studententum. Doch unter den klassenbewußten Arbeitern ein Biercomment existierte, habe ich in meiner dreißigjährigen Parteithätigkeit noch nicht bemerkt. (Sehr richtig!) Der Zusammenhang zwischen dem Alkoholgenuß und den wirtschaftlichen Verhältnissen ist einleuchtend, und wenn immer darüber gesprochen wird, daß die Arbeiter so viel geistige Getränke konsumieren, so beweisen die Haushaltungsbücher, daß die Arbeiter für den Alkohol verdammt wenig übrig haben. So schlimm wie es dargestellt wird, ist die Sache nicht. Ich möchte aber auf die Konsequenzen aufmerksam machen. Im Korrespondent der Abstinenz heißt es in einem Aufsatz über die Bekämpfung der G-alkoholkrankheiten, daß da nur die völlige Abstinenz hilft und daß diese nur durchgeführt werden könne in enger Verbindung mit der Enthaltung vom Alkoholgenuß. Sehen Sie, das wäre schon ein anderer Weg auf dieser Bahn. Es würde dadurch in die persönliche Freiheit des einzelnen eingegriffen wie sonst in keiner anderen Partei. Es bedeutet das einen Rückschritt in die Zeiten der Mittelalter des Mittelalters, die den Kampf für Armut, Keuschheit, Mäßigkeit und den Kampf gegen die Abergläubigen auf ihre Fahne geschrieben hatten. Die Empfehlung von Trinklimiten und dergl. wird die Resignation ermuntern, auf der Bahn reaktionärer Maßnahmen fortzuschreiten. Man bilde sich doch nicht ein, daß sich auf diesem Gebiet durch Zwang etwas erreichen läßt. Das kann man jedem einzelnen überlassen. Wir dürfen aber auch unsere Redacture nicht zwingen, gegen ihre Ueberzeugung für diese Sache Propaganda zu machen. (Sehr wahr!) Denken Sie einmal, daß bei uns im Süden, wenn der Herbst kommt und die Winterfeste stattfinden, wo alt und jung heiter ist und wo auch der Aeußerste sich ein Vergnügen leisten kann, da kommt es natürlich vor, daß auch mal ein über den Durst getrunken wird, aber ein Vertreten ist das nicht, da kann alles veranlagt sein, nur der Parteistyl muß nach Hause gehen und eine Postenpredigt über Alkoholgenuß schreiben. (Heiterkeit.) Der arme Teufel kann mir Loh thun. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Pfannkuch:

Genosse Meister lächelt mich so freundlich an, er denkt, daß ich nach meinem Rat beim Fest im Gassdränker, fleißig zu trinken, nicht der richtige Mann für diese Frage sei. Das soll mich aber nicht abhalten, den Antrag Fischer zu verteidigen. Dieser schon hat die Sozialdemokratie durch ihre Wirksamkeit vielfach zur Verbesserung der Sitten im Lande beigetragen. (Sehr richtig!) Ihre öffentliche Thätigkeit wirkt wesentlich auf eine Verminderung der Rohheit und der Roheitsdelikte ein. Das erkennen auch die Gegner an. In den Gegenden, wo die Sozialdemokraten dominieren, ist ein wesentlicher Rückgang aller Arten von Verbrechen zu verzeichnen. So hat die Sozialdemokratie auch eingewirkt auf die Eindämmung des unheimlichen Genußs alkoholischer Getränke. Was hat mit Recht hervorgehoben, daß das Bestreben der Alkoholgegner darauf ausgeht, um die Abstinenzbewegung aufzubalden. (Sehr richtig.) Dazu führt die deutsche Sozialdemokratie weder Verur noch Reue. Die Alkoholfrage ist keine Parteifrage, sondern Privatangelegenheit. Wir erkennen an, daß der übermäßige Alkoholgenuß schädlich ist und so wie wir ihn bisher bekämpft haben, wollen wir ihn auch weiter bekämpfen. Es handelt sich um eine hygienische Frage, die auf einen Kongreß von Fachleuten gehört. Die ursprüngliche Schärfe ist der Resolution Fischer dadurch genommen, daß man über die Anträge zur Tagesordnung übergegangen, sondern daß sie für erledigt erklärt wird. Mit diesem Entgegenkommen sollten sich die Abstinenz zufrieden geben. (Bravo!)

Eberhard-Fors:

schließt sich dieser Ansicht an und bedauert, daß manche Abstinenzten auf die Partei schimpfen und behaupten, daß sich die Partei mit der Alkoholfrage nicht befassen wolle. Von niemand wird der übermäßige Alkoholgenuß so bekämpft wie von der Sozialdemokratie. In der Lanfziger Webergegend, wo an den blauen Montag und Dienstag vor 6-8 Jahren noch sehr viel Schnaps getrunken wurde, ist jetzt, wo die Arbeitszeit beschränkt ist und die Sozialdemokratie Boden gewonnen hat, der Schnapsgegnuß sehr zurück gegangen. In der geistigen Abstinenzversammlung wurde bereits angeregt, auch die Tabakfrage auf die Tagesordnung zu legen. (Hört!)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den Braun-Nürnberg begründete und Ehrhart-Ludwigsbafen bekämpfte, wird angenommen.

Die Abstimmung über die Resolution Fischer erfolgt auf Antrag Reil-Stuttgart abschnittsweise. Die Resolution wird in Absatz 1 und 4 mit übergroßer, in Absatz 2 und 3 mit etwas geringerer Mehrheit und schließlich als Ganzes mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Es folgen die sonstigen Resolutionen. Resolution 84 wird zu Gunsten der Resolution 100 Wehl zurückgezogen. Weiterhin wird Resolution 85 zu Gunsten der Resolution 128 Luxemburg zurückgezogen, Resolution 87) Erb-Hamburg wird dem Parteivorstand überwiegen als Material zur Vorbereitung der Vorlage über die Gemeinde-

*87. Parteigenosse John Erb, Hamburg: Zur Hebung der sanitären Verhältnisse des Deutschen Reichs erklärt der diesjährige Parteitag es für eine absolute Notwendigkeit, daß folgende Forderungen durch reichsgesetzliche Bestimmungen nach einheitlichen Plänen geregelt werden:

1. Das Bau- und Wohnungswesen.
2. Die Reinhaltung der Wasserläufe (Flüsse usw.).
3. Die Reinhaltung der Abwässer, Kloaken, zum Vorteile der Landwirtschaft, insbesondere des Waldbestandes.
4. Die Errichtung einheitlicher Sanatorien (Krankenhäuser).
5. Diese Sanatorien sollen Abteilungen erhalten:
a) für alle vorliegenden Krankheiten;
b) besonders für Kranken unter successivem Wegfall der Trennanstalten;
c) Abteilungen, um in erster Linie durch die Naturkräfte (Sonnenehit, Luft, Wäer, Wohl der Diät), in zweiter Linie durch die technischen Hilfskräfte (Chirurgie, Orthopädie, Electricität, Gymnastik, Massage) zweckentsprechende Heilerfolge zu erzielen;

*87. Parteigenosse John Erb, Hamburg: Zur Hebung der sanitären Verhältnisse des Deutschen Reichs erklärt der diesjährige Parteitag es für eine absolute Notwendigkeit, daß folgende Forderungen durch reichsgesetzliche Bestimmungen nach einheitlichen Plänen geregelt werden:

1. Das Bau- und Wohnungswesen.
2. Die Reinhaltung der Wasserläufe (Flüsse usw.).
3. Die Reinhaltung der Abwässer, Kloaken, zum Vorteile der Landwirtschaft, insbesondere des Waldbestandes.
4. Die Errichtung einheitlicher Sanatorien (Krankenhäuser).
5. Diese Sanatorien sollen Abteilungen erhalten:
a) für alle vorliegenden Krankheiten;
b) besonders für Kranken unter successivem Wegfall der Trennanstalten;
c) Abteilungen, um in erster Linie durch die Naturkräfte (Sonnenehit, Luft, Wäer, Wohl der Diät), in zweiter Linie durch die technischen Hilfskräfte (Chirurgie, Orthopädie, Electricität, Gymnastik, Massage) zweckentsprechende Heilerfolge zu erzielen;

*87. Parteigenosse John Erb, Hamburg: Zur Hebung der sanitären Verhältnisse des Deutschen Reichs erklärt der diesjährige Parteitag es für eine absolute Notwendigkeit, daß folgende Forderungen durch reichsgesetzliche Bestimmungen nach einheitlichen Plänen geregelt werden:

1. Das Bau- und Wohnungswesen.
2. Die Reinhaltung der Wasserläufe (Flüsse usw.).
3. Die Reinhaltung der Abwässer, Kloaken, zum Vorteile der Landwirtschaft, insbesondere des Waldbestandes.
4. Die Errichtung einheitlicher Sanatorien (Krankenhäuser).
5. Diese Sanatorien sollen Abteilungen erhalten:
a) für alle vorliegenden Krankheiten;
b) besonders für Kranken unter successivem Wegfall der Trennanstalten;
c) Abteilungen, um in erster Linie durch die Naturkräfte (Sonnenehit, Luft, Wäer, Wohl der Diät), in zweiter Linie durch die technischen Hilfskräfte (Chirurgie, Orthopädie, Electricität, Gymnastik, Massage) zweckentsprechende Heilerfolge zu erzielen;

politik, die einem der nächsten Parteitage vorgelegt werden soll. Es stehen zur Debatte die genügend unterstützten Resolutionen 98, 100, 116, 125 und 128.

Die Resolution 96 begründet

Paul Hoffmann - Hamburg:

Es ist in den letzten Jahren eine Vereinsmeierei entstanden, die der Partei nicht nur Geld oder Kräfte entzieht, vor allem gilt das für Clubs und Landsmannschaften. Man hat sogar Clubs der Arbeitsscheuen gegründet (Heiterkeit), um den zu suchen, der die Arbeit erfunden hat. Andre Vereine bilden sich zur Bekämpfung des Alkohols, zur Propaganda des Vegetarismus u. dgl. Dem muß mal entgegengetreten werden. Bei uns in Hamburg wurden zur Zeit des Sozialistengesetzes weit höhere Summen aufgebracht, als heute, wo die Arbeiter für alle diese Vereine Beiträge leisten. Zu Partisanen will ich die Genossen natürlich nicht machen, sondern sie nur an ihre Parteipflicht erinnern.

Windhoff-Düsseldorf

bittet den Antrag abzulehnen, da sonst auch Genossen aus Arbeiter-Gesangsvereinen, Turn- und Radfahrervereinen austreten müßten. Diese Vereine schädigen die Bewegung nicht, es wäre sogar zu wünschen, daß in jeder Straße eine Anzahl kleiner Vereine sind, denn auch da werden unsere Ideen propagiert.

Meißner-Hamburg

erwidert Hoffmann, daß der Club der Arbeitsscheuen in Hamburg nur ein Ullverein ist. Er ist in einer Bierlaune von einigen Kaufleuten gegründet worden.

Hoffmann-Hamburg bemerkt, daß es ihm natürlich fernliege, den Club der Arbeitsscheuen mit Arbeitergesangs- und Turnvereinen auf die gleiche Stufe zu stellen.

Hiermit schließt die Debatte. Die Resolution wird abgelehnt.

Zur Begründung der Resolution 100 bemerkt Frau Wehl-Berlin: Die Forderung der Resolution ist so selbstverständlich, daß ich auf die Begründung verzichten und Sie um einstimmige Annahme bitten kann. (Bravo!)

Die Resolution gelangt einstimmig ohne weitere Debatte zur Annahme.

Die Resolution 116 begründet Schmidt-Frankfurt a. M.: Unsere Fraktion hat recht daran getan, daß sie bei der Beratung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung gegen die fakultative Einführung der Proportionalwahl für die Gewerbegebiete stimmte und die obligatorische Einführung forderte. Es giebt eben in unsren Reihen noch Gegner des Proportional-Wahlsystems. Ich halte es für unzulässig, daß einzelne Genossen gegen die Proportionalwahl eifern. Das muß der Parteitag mißbilligen und gleichzeitig bürgerlichen Angriffen gegenüber das Verhalten der Fraktion billigen. In Frankfurt haben wir das Proportional-Wahlsystem für die Gewerbegebiete eingeführt, wir werden dadurch einige Arbeitererwerb-Sitze verlieren, aber Arbeitererwerb-Sitze gewinnen. Stimmen Sie der Resolution zu, damit unsere Gegner nicht jagen können, wir behalten unser Programm in der Tasche.

Pfannkuch: Ich weiß nicht, ob es zweckdienlich ist, das, was schon in unserm Programm ausgesprochen ist, noch einmal in einer Resolution zu fordern. Das halte ich für überflüssig, wir haben unsere Kraft zunächst daran zu setzen, das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht in den Einzelstaaten und den Gemeinden zu fordern. Später wird man dann die Einführung des Proportional-Wahlrechts in die Wege leiten können. Wo dies Wahlrecht sich unmöglich macht, wird unsere Partei sich den natürlich nirgends widersetzen. (Sehr richtig!) Auch ich halte mit Schmidt-Frankfurt die Vertretung der Minoritäten für ein völlig berechtigtes Verlangen. Wegen die obligatorische Einführung des Proportional-Wahlsystems bei den Gewerbegebieten wäre selbstverständlich kein Wort zu verlieren gewesen, aber wir brauchen nicht nachgiebig und großherzig beiseite zu stehen, wo andere Parteien auf Grund des Proportional-Wahlsystems Nutzen haben würden. Wir verlangen das Proportional-Wahlsystem für all und jeden, dazu ist aber im Augenblick die Zeit noch nicht gekommen. Ich bitte Sie, die Resolution 116 abzulehnen.

Engler-Freiburg bittet um Annahme der Resolution. Es ist eben nicht bei allen Genossen selbstverständlich, daß sie für die Forderungen unseres Programms eintreten. (Pfannkuch ruft: das ist sehr schlimm!) In vielen Arbeiterkreisen herrscht noch sehr wenig Verständnis für das Proportional-Wahlsystem. Auf der andren Seite wird es oft sehr schwer empfunden, daß wir trotz sehr starker

- a) Bevorzugung derjenigen Berufe, welche sich dem besonderen Studium der kombinierten Heilbehandlung der angeführten Heilfactoren widmen und Gegner von zweck- und nutzlosen Experimenten (Vivisektion, Impfung) sind;
- b) In jedem Sanatorium ist die Vorkehrung zu treffen, daß jeder Kranke jeder Zeit mit seinen Angehörigen brieflich verkehren kann, daß das Briefgeheimnis gegenüber kranken Personen gewahrt wird.

6. Jede Gemeinde ist verpflichtet, eine Jury einzusetzen von drei oder mehreren vorurteillosen Personen aus dem Volke, welche als Rechtsbeistand eines jeden Kranken fungieren und demgemäß alle Klagen, Beschwerden des Kranken und seiner Angehörigen prüfen und so weit angängig Abhilfe schaffen. In jedem Falle muß die Person des Kranken respektiert werden und sein Wille nach Möglichkeit Berücksichtigung finden.

7. Jede Gemeinde ist ferner verpflichtet, für die in dem Gemeindegelände geborenen oder schicksalhaft Krüppel und schwer Kranken insofern zu sorgen, daß selbige einer sofortigen Heilung entgegengeführt werden, daß ferner für Krüppel, wenn notwendig, die praktischen künstlichen Glieder usw. durch die Gemeinde angeschafft werden.

8. Die Korrigierung, Erneuerung solcher Apparate bestimmt das Arztcollegium des vorhandenen Sanatoriums; ist eine Gemeinde zu arm, so ist Rücksch auf Reich zu gewahren.

96. In Erwägung, daß sich in letzter Zeit das Bestreben kund giebt, die Genossen zu allerhand Vergnügungs- und Unterhaltungsclubs heranzuziehen, dadurch aber den Genossenschaften, sowie der Partei die Mittel entzogen werden, spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die Genossen allerorts sich derartiger Bestrebungen, bezw. Teilnahme daran, enthalten. Paul Hoffmann.

100. Resolution.

Der Parteitag wolle beschließen: den ganzen Lande Volks-Verammlungen abzuhalten, welche sich mit dem Fleischwucher beschäftigen und gegen die Politik der Lebensmittelverteuerung zu protestieren haben.

Ferner: die sozialdemokratische Fraktion zu ersuchen, bei Eröffnung des Reichstags eine Interpellation über die Fleischnot und Viehpyre an die Regierung zu richten; des Weiteren die sozialdemokratischen Gemeindeglieder zu ersuchen, die Abschaffung bezw. Sifizierung des Octroi auf Fleisch und Fleischwaren zu beantragen. Klara Weill, genügend unterstützt.

116. Resolution.

Der Parteitag erklärt: Da unser Parteiprogramm mit in erster Linie auch die Einführung des Proportional-Wahlsystems für alle Wahlen fordert, so ist es Pflicht aller Parteigenossen, für die baldige Durchführung dieses Systems für alle Wahlen in Reich, Staat und Gemeinde nach Möglichkeit zu wirken. Unter keinen Umständen aber ist es zulässig, sich der allgemeinen Einführung dieses Systems zu widersetzen.

Schmidt-Frankfurt.

125. Unterzeichnete Genossen beantragen, den Reichstag des Parteitages in Erfurt vom 21. Oktober 1901, soweit er sich auf Herrn Wildberger bezieht, außer Wirksamkeit zu setzen. Wilhelm Fischler, Emil Pannwert, Eugen Ernst, Schubert, Franz, Wels, W. Hermann, Basner, Trautz, Jucht, Hadelbusch, E. Wittner, A. Dieleler, C. Voelke, Jubel, Freiwald, Arthur Stadthagen, Ehrhart, Antik, Auer, Bräune, Leo Arons, Klara Weill, Pfannkuch, Singer, Wehl, Meißner, Greifenberg.

Minoritäten keine Vertretung in den Gemeinde-Körperschaften haben. Die Einführung dieses Wahlsystems für die Gemeinden wird den Arbeitern nach und nach vertraut machen mit der Forderung dieses Systems auch für andre Körperschaften.

Krause-Gemüth: Ich stehe persönlich auf dem Standpunkt, daß diese Resolution abzulehnen ist. Wenn aus Frankfurt und Süddeutschland betont wird, daß wir das Proportional-Wahlsystem einführen müßten, so geschieht das, weil man dort mehr als anderswo den Standpunkt der Parität eingenommen hat. Es mag dem Antragsteller bei seiner Resolution vorgeschwebt haben, daß man in Berlin das Proportional-Wahlsystem abgelehnt hat, das ist aber nicht maßgebend.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Schöpplin-Leipzig befürwortet, von Eduard Schmid-München belämpft, wird angenommen.

Die Resolution 116 wird abgelehnt. Es folgt die Beratung der Resolution 128. (Im zweiten Absatz Zeile 7 sind die Worte „wie ein Mann erhoben wird“ ersetzt durch „einstimmig zusammenfindet“.)

Singer: Die Antragsteller haben es mir nahegelegt, den Parteitag aufzufordern, diese Resolution als Manifestation gegen die zariistische Brutalität zur Ehre und Bewunderung unserer russischen Genossen einstimmig ohne Debatte anzunehmen. (Lebhaftes Bravo!) Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall, ich konstatiere die einstimmige Annahme der Resolution. (Lebhaftes Zustimmung!) Vor Eintritt in die Beratung des Antrags 125 erklärt **Singer:** Der Antrag trägt im Gegensatz zu unserer sonstigen Gesinnung die Unterschriften aller Antragsteller. Das ist deshalb gefachelt, damit die Genossen sehen, daß er von den in Berlin domicilierenden Partei-Instanzen sowohl wie von der Kontrollkommission in Uebereinstimmung mit den Berliner Genossen gestellt ist.

Zur Begründung erhält das Wort

Wolderöft-Berlin:

Ich bitte Sie um Annahme des Antrages; es handelt sich zwar um eine spezielle Berliner Lokalangelegenheit, aber da es ein Parteitag, der zu Ernst wird, wo der Ausschluß Wildbergers erfolgte, so muß auch die höchste Instanz eines Parteitages diesen Beschluß wieder aufheben, wenn der richtige Zeitpunkt dazu gekommen ist. Ueber 10 Jahre sind nun seit dem Ausschluß verfloßen. Wildberger, der außerhalb der Partei gesteht, hat sich immer mit ganzem Herzen mit der Partei identifiziert. Im Streit der Meinungen sind damals die Entgleisungen geschehen, der Selbstbehauptungsstreb der Partei machte damals ein rücksichtsloses Vorgehen nötig. Inzwischen hat eine Reihe von Parteigenossen, die nach Erfurt beiseite traten, wieder Frieden mit der Partei gemacht. Jetzt sollten wir auch Wildbergers Rückkehr nicht erschweren. Seine Familienangehörigen empfinden es als eine Lechtung, daß er ausgeschlossen ist. Stimmen Sie deshalb unsern Antrag zu. (Lebhaftes Zustimmung.)

Schmalfeld-Bremerhaven:

Der Antrag weckt bei uns Erinnerungen, die nicht gerade erfreulicher Natur sind. Eben war das Sozialistengesetz gefallen, die Partei formierte sich aufs neue und sofort legte eine bedeutende Opposition ein. Da war die Erregung der Partei mehr als natürlich. Hunderte und Aberhunderte von Menschen hatten sich während des Sozialistengesetzes zu Polizeipostdiensten hergegeben und für Judaslohn ihre Gefährten verraten. Da hatte die Partei alle Ursache, auf der Hut zu sein. Da ist es erklärlich, daß die Opposition der sogenannten „Jungen“ nicht mit der Ruhe behandelt wurde, wie wir sie heute behandeln würden. Den „Jungen“ muß es unter allen Umständen zu gute gerechnet werden, daß sie das Gute für die Partei wollten und daß böse Absichten bei ihnen nicht vorgelegen haben. Für die Partei aber galt es, die Truppen zu sammeln und es durfte keine Störung geduldet werden. In ungelegener Zeit hob die Opposition ungerichtetste Angriffe gegen die Partei. Auch wir litten damals an hochgradiger Nervosität, die nicht nur die Jungen, sondern auch andere Parteigenossen, wenn sie Opposition machten, sofort zu spüren bekamen. Auch mir erging es so. Kaum war ich aus Erfurt zurückgekommen, da wurde im Hamburger Parteivorstand die Frage erörtert, ob ich wirklich noch in der Partei bleiben könne. Was das heißt, wird jeder fühlen, der innig mit der Partei ver wachsen ist, mit allen Jüngern an ihr hängt, und alles für sie geopfert hat. Ihm kann nichts Schlimmeres passieren, als wenn er infam aus der Partei ausgeschlossen wird. Inzwischen hat sich manches gemildert. Die Partei der Bruderkrieg sollte auch die Partei sein, die vergehen und vergehen kann. (Bravo!) Elf Jahre stehen die damals Ausgeschlossenen außerhalb der Partei und das ist eine schwere Strafe gewesen. Deshalb sollten wir nicht bloß Wildberger wieder aufnehmen, sondern reine Arbeit liefern und den Beschluß vom 21. Oktober 1891, so weit er sich auf die Jungen bezieht, aufheben. Damit wäre die Bahn auch für die übrigen freigemacht. (Bravo!) Dieses Beschlußes haben wir uns nicht zu schämen, es ist ein hochherziger Beschluß, der uns allen zur Ehre gereicht. (Lebhaftes Bravo!)

Hierauf wird der Antrag Schmalfeld ohne weitere Debatte mit großer Mehrheit angenommen. (Bravo!)

Es folgt die Beratung derjenigen Anträge, die sich auf die

Tagesordnung des nächsten Parteitages

beziehen; die Anträge 77-79 sind bereits durch den in der Mosbrosfrage gefassten Beschluß erledigt, Antrag 80 wird nicht unterstützt, Antrag 107 ist zurückgezogen. Es bleiben noch übrig die genügend unterstützten Anträge 118 und 124.* Den Antrag 118 begründet

Schulz-Magdeburg:

Die Notwendigkeit des Antrages ergibt sich aus dem Schicksal der Resolutionen Wollenbutz und Lindemann auf diesem Parteitag. Es handelt sich bei den Referaten meist um Fragen, über die die Ansichten nicht geklärt sind. Wer sich informieren will, der kann das nicht, wenn die Resolutionen erst auf dem Parteitag verteilt werden. Die Resolutionen müssen aber im Wortlaut veröffentlicht werden. Große Arbeit erwächst den Referenten daraus nicht, denn sie haben doch ihre Reflektionen gewöhnlich schon lange vor dem Parteitag fertig. Daß oft die Ansichten erst auf dem Parteitag selbst geklärt werden, trifft nicht ohne weiteres zu, denn der Referent, da er kein Material durchgearbeitet hat, ist sich doch auch klar über das, was er will. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen. Sollten Sie den weitergehenden Antrag 124 annehmen wollen, so bin ich bereit, meinen Antrag zu Gunsten des Antrags 124 zurückzuziehen.

Pfaunfuch-Berlin:

Wir erkennen den Grundgedanken der Anträge 118 und 124 als berechtigt an. Aber die Annahme dieser Anträge würde nichts Wesentliches an den bestehenden Zuständen ändern können. Die Resolutionen zu den einzelnen Referaten müssen der Parteileitung, dem Parteivorstand und der Kontrollkommission vorher unterbreitet werden. Diese Körperschaften aber können doch nicht zu jeder beliebigen Zeit zusammentreten. Es geht also unter Umständen nicht alles so glatt, wie sich die Antragsteller es denken. Noch schlimmer als mit dem Antrag 118, dessen Forderungen soweit möglich schon jetzt erfüllt werden, steht es mit dem Antrag 124 von Lily Braun. Die Unmöglichkeit dieses Verlangens

118. Die Berichterstatter über die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Parteitages haben Resolutionen und Anträge, die sie dem Parteitag zur Annahme vorzuschlagen beabsichtigen, dem Parteivorstand so zeitig einzureichen, daß sie gleichzeitig mit den übrigen Anträgen schon vor dem Parteitag veröffentlicht werden können.

124. Der Parteitag möge beschließen, daß in der Regel ebenso wie der Geschäftsbericht des Parteivorstandes und der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit bereits 4 Wochen vor dem Parteitag gedruckt vorliegt, auch die Referate über die übrigen Punkte der Tagesordnung, soweit sie prinzipielle oder organisatorische Fragen von dauernder Bedeutung betreffen, vorher erscheinen, damit die Delegierten sich genügend orientieren und vorbereiten können, und der Diskussion ein breiter Raum bleibt.

Lily Braun und 20 Genossen.

will ich an einem konkreten Beispiel erklären. Sie haben mit Recht dem ausgezeichneten Referat Wollenbutz die höchste Wertschätzung erwidert und beschlossen, es im Druck erscheinen zu lassen. Wollenbutz ist neben seiner parlamentarischen Tätigkeit, die ihn außerordentlich in Anspruch nimmt, auch durch seine Agitationsstätigkeit sehr beschäftigt. Es würde ihm gewiß die Zeit gemangelt haben, sein Referat vorher druckfertig ausgearbeitet und uns einzuliefern. Wir müßten damit zufrieden sein, daß wir die Resolution mit dem Grundgedanken seines Referates von ihm eingeleitet erhielten. Neben dem ist er auch in anderen Fällen liegen. Wenn die Anträge 118 und 124 der Parteileitung zur Beachtung empfohlen werden, so glaube ich, wird auch den Antragstellern Genüge geschehen sein.

Singer bemerkt, daß Antrag 124 jetzt noch nicht zur Debatte steht. Antrag 118 wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Den Antrag 124 begründet

Frau Lily Braun:

Den Ausführungen des Genossen Schulz kann ich mich vollständig anschließen, der Verwirklichung meines Antrages stehen keine Schwierigkeiten entgegen. Ich will ja nur, daß Referate, die prinzipielle Fragen betreffen, vorher gedruckt werden, wie es auf wissenschaftlichen Kongressen und bei unserer italienischen Bruderpartei der Fall ist. Alle Referate können natürlich nicht vorher gedruckt sein, aber bei wissenschaftlichen Fragen von prinzipieller Bedeutung ist das wohl möglich. Ich will meinen Antrag dahin abändern, daß ich von der Veröffentlichung des Wortlautes der Referate absehe und mich mit der Veröffentlichung der Grundzüge begnüge.

Pfaunfuch:

Der Begriff, was eine prinzipielle Frage ist, ist nicht immer festzustellen und organisatorische Fragen von dauernder Bedeutung giebt es überhaupt nicht. Ich glaube, Sie können sich damit begnügen, den Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Schmidt-Frankfurt a. M.

tritt für den Antrag ein. Die vorherige Veröffentlichung der Grundzüge der Referate werde zu einer Diskussion in der Presse Veranlassung geben und eine Klärung der Ansichten herbeiführen. Damit schließt die Debatte. Der Antrag 124, in der von der Antragstellerin in ihrer Begründung angeregten abgeänderten Fassung wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgen die Anträge über Zeit und

Ort des nächsten Parteitages.

Hierzu liegen vor die Anträge 88a (Parteitag des nächsten Jahres in Mitteldeutschland) und 94. Nur der erstere findet die nötige Unterstützung.

Dr. Vorchardt-Charlottenburg begründet 88a. Nachdem der vorige Parteitag in Norddeutschland und der diesmalige in Süddeutschland stattgefunden haben, glauben wir, daß nun Mitteldeutschland an die Reihe kommen muß. (Zustimmung.) Im besonderen wären wir für Sachsen, vorausgesetzt, daß keine polizeilichen Schwierigkeiten vorhanden sind, sonst bringen wir Magdeburg in Vorschlag.

Evert-Bremen wendet sich gegen den Antrag. Die Hauptsache sei, daß der vorgeschlagene Ort alle Einrichtungen besitze, um die Geschäfte des Parteitages glatt erledigen zu können.

Siefert-Mannheim tritt für Mannheim ein, wenn nicht diesmal dann das nächste Mal. (Heiterkeit.)

Singer stellt nunmehr auch die Anträge 72 bis 76, 104, 117 und 129 zur Debatte. 72 Rottbus, 83 Stettin, 104 Viefefeld finden nicht die erforderliche Unterstützung; 74 empfiehlt Bremen, 75 Mannheim, 76 Dresden, 117 Jena und 129 Leipzig.

Yeber-Jena: Nach Bremen können wir im nächsten Jahre nicht gehen, nachdem erst der vorjährige Parteitag in Lübeck stattgefunden hat. Was Dresden anlangt, so weiß ich nicht, ob wir dort so ungehindert wie es notwendig ist, tagen können. Wir haben nun den Gedanken gefaßt, daß der Parteitag auch einmal in Jena stattfinden könnte. Jena ist nicht mehr das Philisternest wie früher. (Heiterkeit.) Für Quartier usw. wird genügend gesorgt sein.

Zubelt-Berlin: Wir sind der Meinung, daß wieder einmal das Centrum Deutschlands an die Reihe kommen muß, wohin auch die ärmere Kreise wegen der weniger langen Eisenbahnfahrt Delegierte entsenden können. Die Bedenken, daß in Dresden polizeiliche Eingriffe zu befürchten seien, kann ich nicht teilen. Die Zeiten haben sich geändert. Bedenken Sie, daß wir früher auch in Bayern keinen Parteitag abhalten konnten. Jetzt würde selbst Mecklenburg und seine Schwierigkeiten nicht dazwischen kommen.

Evert-Bremen: Ich bitte Sie dringend der Einladung der Bremer Genossen Folge zu leisten, wir haben Sie schon mehrmals eingeladen, leider vergebens. Wir haben ja in Bremen heute eine geordnete Parteibewegung, aber doch einen sehr schwierigen Stand. Deswegen ist uns jede Unterstützung unserer Agitation willkommen. Der Beschluß, den nächsten Parteitag in Bremen abzuhalten, würde die Bremer Genossen veranlassen, alles zu thun, um bei der nächsten Reichstagswahl das Mandat wieder zu erobern, sodas zum Parteitag die rote Fahne über Bremen weht. Auch die geographische Lage Bremens ist durchaus nicht ungunstig. Bremen hat als der bedeutendste Auswanderungshafen (Große Heiterkeit) vorzügliche Eisenbahnverbindungen. Von Bremen aus werden die Genossen die beste Gelegenheit haben, den internationalen Kongreß in Amsterdam zu besuchen. (Heiterkeit.) Auch polizeiliche Eingriffe haben wir in Bremen nicht zu befürchten.

Sindermann-Dresden

tritt für Dresden ein. Vereinsgesetzliche Schwierigkeiten seien nicht zu befürchten, Dresden liege geographisch sehr günstig, so daß es auch aus dem Osten besichtigt werden könne. Die Genossen hätten in diesem Jahre die Vorgänge des Münchener Bieres kennen gelernt, sie könnten auch die des Bismarckens kennen lernen. (Heiterkeit.)

Yeber-Leipzig

empfiehlt Leipzig. Im nächsten Jahre seien 40 Jahre seit Gründung des Allgemeinen Arbeitervereins verfloßen, man feiere also in Leipzig eine historische Erinnerung. Leipzig sei gut gelegen, an Lokalen fehle es nicht, die Stadt besitze eine Reihe von Vorzügen. Die Nichtstimmung gegen Leipzig sei unberechtigt.

Schöpplin-Leipzig

schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und weist namentlich auf die historische Bedeutung von Leipzig hin.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag 88 a wird zurückgezogen. Die Wahl erfolgt durch Auszählung. Es entfallen auf Bremen 29, auf Mannheim 17, auf Dresden 101, auf Leipzig 53 und auf Jena 9 Stimmen. Der nächste Parteitag findet also in Dresden statt. (Verfall.)

Die Geschäfte des Parteitages sind damit erledigt.

Singer:

Die Geschäfte des Parteitages sind beendet. Ich bin mir sicher, daß ich aus dem Herzen jedes einzelnen Mitglieds des Parteitages spreche, wenn ich den Münchener Genossen unseren allerwärmsten Dank für ihre Tätigkeit ausdrücke, die sie dem Parteitag gegenüber entfalteten haben. (Lebhaftes, allgemeines Zustimmung.) Nicht nur, daß sie thätig vor und nach dem Parteitag uns in unfern Arbeiten unterstützt haben, sie haben uns eine Reihe froher Tage bereitet. (Bravo!) und uns in so großartiger Weise Gastfreundschaft erwiesen, daß wir alle hocherfreut und in brüderlicher herzlichster Uebereinstimmung mit den Münchener Genossen befunden haben. Die Tage in München werden unvergessen bleiben, die Tage in München werden uns immer in der Erinnerung bleiben als eine Woche ernster Arbeit, aber auch fröhlichen Humors. Die lobbare Mischung von Ernst und Humor, die sich gerade bei den Münchener Genossen findet, hat auch die Verhandlungen unseres Parteitages wesentlich gefördert. Wir können also den Münchener Genossen nicht dankbar genug sein. Jeder einzelne von uns wird wünschen, daß, wenn der Parteitag einmal in die Stadt kommt, in der er wohnt, es den Münchener Delegierten dort ebenso gut gefallen möge, daß sie sich dort ebenso heimlich und wohl fühlen mögen, wie wir uns jetzt in München gefühlt haben.

Ich danke ferner der Kommission, die fleißig für den Parteitag gearbeitet hat, der Kommission für die Prüfung der Mandate und der Geschworenen, die ihre Arbeit geleistet hat und sich selbst dadurch ausgeschlossen hat von der Teilnahme an den Verhandlungen. Dies Opfer hat sie gebracht im Interesse des Parteitages.

Wenn ich sage, daß die Münchener Tage in der Partei nicht vergessen werden, so bezieht sich das nicht nur auf den Gegenstand, den ich eben hervorgehoben habe, es bezieht sich auch auf die Arbeiten, die wir hier geleistet haben. Manche von uns, vor allem aber die Gegner und ihre Presse, haben geglaubt, daß hier in München ein Parteitag stattfinden würde, auf dem die Zersplitterung, die Spaltung der Partei, den Hoffnungen der Gegner entsprechend, endlich einmal zur That wird. Ich habe nicht die Hoffnung, die Gegner in dieser Beziehung irgendwie bekehren zu können. Die Gegner haben die Partei schon so oft auseinander fallen lassen, daß es einmal mehr oder weniger nicht ankommt. (Heiterkeit und sehr gut!) Wer aber objektiv, ohne sich selbst Illusionen zu machen, die Verhandlungen des Parteitages verfolgt hat, der muß anerkennen, daß trotz der Meinungsverschiedenheiten in Einzelheiten bei uns doch alle sich einig wissen in derjenigen Tätigkeit, die zunächst unsere allererste und ernsteste Aufgabe ist, in der Tätigkeit die Befestigung so zu gestalten, daß die Arbeiterklasse bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erlangt, in der Tätigkeit, die darauf hinausgeht, politische Zustände in Deutschland zu schaffen, die es ermöglichen, Deutschland wirklich einen Kulturstaat zu nennen. Da wissen wir uns alle einig, und einstimmig kämpft da der eine mit den andern, es herrschen keine Meinungsverschiedenheiten. (Lebhaftes Verfall!) Das sollten die Gegner endlich einsehen.

Wir haben auf diesem Parteitag, wie auf allen unfern Parteitagen, Arbeiten geleistet, die, wie wir hoffen und glauben dürfen, der Partei zum Vorteil gereichen. Wir haben wichtige Gegenstände verhandelt, wir haben die Arbeiter-Versicherung, die bei den gefeggebenden Verhandlungen der nächsten Zeit eine Hauptrolle spielen wird, vorbereitet. Die Partei hat hier in München die Grundzüge festgelegt, nach denen wir die Arbeiterversicherung ausgearbeitet zu sehen wünschen, und es wird Aufgabe aller Genossen sein, diese Grundzüge in der Presse und in Versammlungen zu propagieren, damit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages die nötige Unterstützung zu teil wird. Wir haben auf dem wichtigsten Gebiet der Gemeindepolitik den Anfang damit gemacht, allgemein gültige Grundzüge für das ganze Reich festzustellen, und wenn diese Arbeit auch noch nicht zu Ende geführt ist, so wird das doch der Sache nicht zum Schaden gereichen. Der Berichterstatter, Genosse Lindemann, dessen gutes und sicheres Referat die Grundlage für die weiteren Arbeiten bilden wird, ist der erste, der anerkennt, daß eine Frage von solcher Wichtigkeit nicht kurzer Hand erledigt werden kann, wenn, wie es der Fall ist, Meinungsverschiedenheiten über einzelne Forderungen vorhanden sind.

Wir haben aufs neue unsere Stellung zur der internationalen Sozialdemokratie bekundet; durch den einstimmig gefassten Beschluß, zahlreich in Amsterdam zu erscheinen, haben Sie gezeigt, daß die Bruderparteien aller Länder zu jederzeit auf die deutsche Sozialdemokratie rechnen können. (Zustimmung.) Wir haben vor allem den Punkt der Tagesordnung, der uns zu allererst in die praktische Arbeit führen wird: die bevorstehenden Reichstagswahlen, in einer Weise erledigt, daß unsere Gegner darüber klar werden müssen, daß der samose Gedanke vom Kartell der sogenannten Opposition, von den Nationalliberalen bis hinüber zur Sozialdemokratie, bei keinem einzigen unfern Genossen auch nur einen Anflug von Verteiligung findet. (Zustimmung.) Wir haben in unserem Beschluß erklärt, daß wir unser Ziel nur erreichen können, gestützt auf die eigene Kraft. Wir werden den Kampf führen in der prinzipiellen Weise wie bisher alle unfern Kämpfe. Wir haben den Genossen im Lande die Mächtsprüche gegeben, auf daß ich zweifeln nicht daran, unsere Weisungen allerorts und allerorts respektiert werden. Wir gehen einem arbeitsreichen Jahre entgegen, einem Jahre reich an Kämpfen, aber, wie ich überzeugt bin, auch reich an Erfolgen.

Und wenn wir heute zurückblicken auf die Vergangenheit, so dürfen wir uns sagen, daß wir unsere Schuldigkeit gethan haben. 25 Jahre sind bei der nächsten Wahl seit Erlass des Sozialistengesetzes verfloßen, des Gesetzes, das bestimmt war, die Sozialdemokratie zu vernichten. Aber die Sozialdemokratie war es, die dies Gesetz seinem Vater, dem Fürsten Bismarck, zerrissen vor die Füße geworfen hat. Was ist unter dem Sozialistengesetz, was ist nach dem Sozialistengesetz aus der Partei geworden? Die zahlreichste Beschäftigung unfern Parteitages, die Presse, die Vereine, die Agitation und vor allen Dingen die Wahlen haben deutlich bewiesen, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands zwar von der Macht der Reaktion einmal geschädigt, berührt worden kann, daß man ihr allerlei Hindernisse in den Weg legen, daß man ihre Vorkämpfer ins Gefängnis werfen kann, daß aber die befreiende Idee des Sozialismus, die befreiende Tätigkeit der Partei in keiner Weise eingeeignet werden kann durch Polizeimaßregeln, mögen sie den Einzelnen noch so schwer treffen. Die 25 Jahre haben den Beweis geliefert, was die deutsche Sozialdemokratie zu leisten im stande ist. Betroßt dürfen wir darauf rechnen, daß auch das nächste Jahr, welches uns vor die Reichstagswahlen und vor eine Reihe anderer Wahlen stellt, nicht nur ein Jahr der Arbeit, sondern auch ein Jahr des Ruhmes, ein Jahr des Sieges sein wird. (Lebhaftes Zustimmung.)

Unser Erfolge werden um so größer sein, je mehr jeder einzelne von uns sich seiner Pflicht bewußt, alles aufbietet, diese Erfolge herbeizuführen. Ich brauche von dieser Stelle aus die Genossen nicht an ihre Pflicht zu erinnern. Ich weiß, daß Sie fest entschlossen sind, ihre Pflicht zu erfüllen. Aber angesichts des kommenden Jahres wollen wir dennoch von neuem geloben, alles aufzubieten, um bei den nächsten Reichstagswahlen die Macht der Partei zu zeigen, die Partei zu härten. Wir wollen alles aufbieten, um auch innerhalb der heutigen Gesellschaft in die gefeggebenden Körperschaften eine so stattliche Anzahl von Sozialdemokraten hineinzubringen, daß man ohne die Sozialdemokratie in Deutschland nichts mehr machen kann, auch keine Gesetze mehr. Und wenn wir auch innerhalb der heutigen Verhältnisse die Gesetze noch nicht so gestalten können, wie wir es wünschen, so werden wir doch jedenfalls dazu im stande sein, sie besser zu gestalten, als unsere Gegner es wünschen.

Mit diesen Vorträgen gehen wir an die Arbeit. Die Banner hoch! Vorwärts zur Arbeit! Vorwärts zum Siege! Wie immer, wenn wir auseinander gehen, so fassen wir auch heute all unser Hoffen und Sehnen, alle unsere Wünsche und alle unsere Entschlossenheit zusammen in den Ruf, der zwar jetzt noch als Sturmruf die Welt durchhallt, der aber einst der Siegesruf sein wird:

Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Versammelten stimmen dreimal in den Ruf ein und singen stehend den ersten Vers der Arbeiter-Marschlied.

Singer erklärt die Sitzung für geschlossen.

Schluß 6 Uhr.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Panik in einer Kirche.

Frankfurt a. M., 20. September. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus New York gemeldet: Bei einem Kongreß der Regener-Baptisten-Gemeinschaft „Ethos“ in Birmingham (Alabama) entstand in der Baptistenkirche eine entsetzliche Panik, bei der gegen 80 Personen getötet, ebensoviel schwer und über 100 leicht verletzt wurden. Während einer Rede des farbigen Schulmannes und Pöbelisten Crooker Washington, der etwa 2000 Personen angehörten, gerieten in der dicht gedrängten Menge zwei Regener in eine Schlägerei. Einige Personen riefen darauf „fight, fight“, was von Zerschlagenden als „fire, fire“ gedeutet wurde. Sämtliche Anwesende drängten infolgedessen den Ausgängen zu. Es kam zu schrecklichen Szenen. Männer und Frauen sprangen auf die Bänke; viele Personen fielen beamtet und wurden von Hunderten mit Füßen getreten. Im ersten Ansturm kamen fast alle Kinder ums Leben.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

Fünfter Verhandlungstag. Nachmittags-Sitzung.

München, 19. September.

Beginn 8 Uhr. Den Vorsitz führt Genosse Singer.

Die Stimmzettel für die Wahl sind abgegeben.

Die Wahl wird für geschlossen erklärt.

Die Debatte über die bevorstehende Reichstagswahl wird eröffnet.

Welter-Wiesbaden

unterbreitet einige Wünsche des 21. nationalsozialistischen Reichstagswahlkreises in Bezug auf die Entscheidung von Rednern in diesen Wahlkreisen. Der Prophet gilt nicht viel im Vaterlande. Redner will den Antrag 30 begründen, wird aber vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Antrag gefordert zur Verhandlung gelangt. Und hat die Erfahrung gelebt, daß es zum Kampfe gegen das Centrum nicht genügt, sich auf politischen und sozialen Boden zu stellen. Die Kirche ist das Haupthindernis im Befreiungskampfe der Menschheit. Sie ist das Volkwerk des Alten. Wollen wir dieses Volkwerk erschüttern, so müssen wir uns auf die religiöse Aufklärungsarbeit verlassen. Das ist notwendig in protestantischen, ganz besonders aber in katholischen Gegenden. Gewiß leistet auf diesem Gebiete die socialdemokratische Presse viel, aber das kommt doch nur deren Feiern zu gute. Deshalb muß man auch auf andern Wege, durch Flugblätter den Kirchenglauben zu erschüttern suchen, ferner durch die Kleinarbeit in den Werkstätten, am Bierisch u. Ohne geistige und religiöse Freiheit ist auch die politische Freiheit unmöglich. (Rufe: Schluß mit dem Unfug!) Redner empfiehlt schließlich eine Resolution, die empfiehlt, die religiöse Aufklärungsarbeit besonders in den Centrumskreisen zu betreiben und zu unterstützen.

Die Resolutionen wird zur Unterstützung gebracht; es erheben sich zwei Hände, die Unterstützung reicht nicht aus.

Geyer-Leipzig

bespricht die Frage des Zolltarifes und die Stellungnahme der verschiedenen Parteien dazu. — Wenn die Genossen Material in dieser Frage haben wollen, so brauchen sie nur die Berichte der Zolltarifkommission zur Hand zu nehmen, dann haben sie Material genug. (Sehr wahr!) Und was die Bekämpfung des Centrumes anbelangt, dann braucht man nur die wirtschaftlichen Verhältnisse ins Auge zu fassen, dann findet man ebenfalls genügend Agitationsstoff. Zu der Frage des Zolltarifes hat das Centrum die Führung aller bürgerlichen Parteien übernommen und selbst die lauteften Schreier unter den Agrariern haben sich dieser Führung anvertraut. Dabei denkt das Centrum gar nicht daran, die agrarischen Ueberforderungen zu erfüllen, hat es doch mit der Rebellion im eigenen Lager zu kämpfen. Auch zwischen den Agrariern ist ja schon ein Streit entbrannt, aus dem wir sehen, daß sie ein Kompromiß mit dem Centrum schließen wollen. Die Folge wird sein, daß man sich schließlich auf die Regierungsvorlage zurückzieht. Wenn das Centrum ähnlich auch den Beschluß gefaßt hat, auf den Beschluß der ersten Lesung stehen zu bleiben, so ist dieser Beschluß doch nicht unabänderlich. Es wird jetzt nur darauf bedacht sein, den Rückzug bis zur zweiten Lesung vollständig zu machen; man will zu keinem Konflikt mit der Regierung kommen. Betrachtet man sich den Streit, der zwischen den Jöllnern in der Kommission entbrannt ist, so findet man dafür verschiedene Gründe. Es ist vor allem der Parteineid, die Landbändler wollen dem Centrum Terrain streitig machen und haben deshalb Ueberforderungen gestellt. Was die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung betrifft, so glaube ich nicht daran. Das Centrum hätte dabei zu viel zu verlieren und wird es deshalb nicht so weit kommen lassen, besonders wenn wir Socialdemokraten so wie bisher auf dem Posten sind. Es wird dem Centrum somit nichts anderes übrig bleiben, als sich auf den Regierungsvorschlag zurückzugeben. Wir hoffen, daß der Zolltarif zu Fall kommt. Aber ehe er zu Fall kommt, hat uns die Partei noch alle Register zu ziehen, und wenn es zu Neuwahlen kommt, dann müssen wir auf dem Platze sein. (Beifall.)

Hengsbach-Köln

Webel hat in seinem vortrefflichen Referate das Thema der Centrumspartei angefaßt. Mit dieser Partei werden wir uns allerdings in der Hauptfrage bei den bevorstehenden Reichstagswahlen auseinandersetzen haben. Darin, daß die Resolution Welter nicht genügend unterstützt ist, zeigt sich, daß es uns mit dem Punkte unseres Programms, worin die Religion zur Privatangelegenheit erklärt wird, ernst ist. Wohin sollte es führen, wenn man sich in der Bekämpfung des Centrumes auf eine so schiefte Ebene begeben wollte? (Sehr richtig!) Wir im Rheinland dürfen wohl eine genaue Kenntnis des Centrumes für uns in Anspruch nehmen. Wir kennen das volkrevertarische Treiben des Centrumes, aber wir wissen auch, daß es daran noch immer nicht zu Grunde gegangen ist. Das Centrum ist so vorzüglich organisiert, daß der Kampf gegen diese Partei nicht so einfach ist. Man darf auch nicht so optimistisch sein zu glauben, daß die Zolltarif-Vorlage dem Centrum so vollständig den Wind aus den Segeln nehmen wird, wie vielfach geglaubt wird. Wir haben ähnliche Erfahrungen schon oft gemacht. Auf die christlichen Arbeiter können wir uns in keiner Weise verlassen. Alle persönlichen Zwistigkeiten in den Wahlkreisen müssen jetzt zurückgestellt werden und alle einzig sein zum Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner. Die Organisationen müssen schon jetzt ausgebaut und schon jetzt die Parteifinzen der einzelnen Kreise gestärkt werden, damit nicht immer auf den großen Parteifäden spekuliert wird. Bei den Stichwahlen werden wir wohl meistens Stimmeneuthaltung üben müssen.

Rittler-Heilbronn

Ich warne gleichfalls davor, den religiösen Boden zu betreten. Im Kampfe gegen das Centrum stehen uns ganz andre Mittel zu Gebote. Fragen wir die Herren nur immer, was sie für das Volk gethan haben und thun. Das Centrum besitzt eine Art Handbuch. Darin finden die Centrumsdagitatoren ihr Material gegen uns. Das sind Sätze aus den Reden unserer Abgeordneten, die aus dem Zusammenhang gerissen sind, Stellen aus Broschüren, deren Sinn ins Gegenteil verkehrt werden. Dagegen sollten unsere Agitatoren gewappnet sein. Das Handbuch für die socialdemokratischen Reichstagswähler wird ja sicherlich wieder erscheinen. Vielleicht läßt sich in einem Anhang das Material für die Nichtigstellungen der Centrumsbekämpfungen geben.

Frau Jettin

Webel hat in meisterhafter Weise dargelegt, aus welchen wirtschaftlichen Gründen das Proletariat seine Kräfte mit schärfster Energie gegen den Zolltarif einsetzen muß. Der Zolltarif ist aber zu bekämpfen nicht nur mit Rücksicht auf das Massenelend, das er im Gefolge haben dürfte, sondern auch vom Standpunkt des Kampfes um die politische Macht aus. Das Zentrum will den Zolltarif nicht nur durchdrücken dem Vortrage auf die Taschen des Proletariats zu Liebe, sondern auch um seine politische Machtstellung im Staat und Gesellschaft zu stärken und womöglich zu verewigen. Im Kampfe gegen die Herrschaftsgelüste des Zentrumes hat das Zentrum aus bürgerlichen Kreisen heraus auf keinen zuverlässigen Bundesgenossen zu hoffen. Der mächtigste Teil der Bourgeoisie hat sich bereits mit den agrarischen Zollwucherern verbündet. Bis tief in die Reihen des Nationalliberalismus, ja bis in die Reihen der süddeutschen Volkspartei hinein finden sich verächtete Zollwucherer, und der sogenannte Freisinn leistet der politischen Machtstellung des Zentrumes Vorschub. Als die Frage des bevorstehenden Zollwuchers zum erstenmal im Reichstag angesprochen wurde, warf der Freisinnige Georg von Siemens die Frage auf, ob nicht vielleicht trotz aller wirtschaft-

lichen Schädigung die Lasten dem deutschen Volke aufgebürdet werden müßten, um den Adel als herrschende Klasse zu erhalten. Unsere ganze deutsche Geschichte ist aber ein einziger Beweis dafür, daß unser Adel nicht nur unfähig, sondern auch unwürdig ist, die herrschende Klasse zu sein. Indem das deutsche Bürgerthum durch einen seiner Vertreter damals diese Frage aufwarf, ohne sie sofort zu verneinen, hat es sich von vornherein zum Verrat an dieser Sache bereit erklärt. Die Konsequenzen dieses Verhaltens zeigten sich denn auch bereits bei den Wahlen in Remel-Hehdekrug, in Aulmbach-Borsheim usw. Die Bourgeoisie hat auf die Durchführung seiner historischen Aufgabe, die politische Macht des Zentrumes zu brechen, verzichtet, und bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein hat das Zentrum mehr oder weniger schlecht geschminte Anhänger. Die Bourgeoisie verzichtet auf diesen Kampf, weil sie sich des Zentrumes als des politischen Hausmeckers gegen das Proletariat bedienem will. Sie greift zur Politik der Hochschätzung als Konsequenz ihrer reaktionären Politik der Arbeiterklasse gegenüber. Die Politik der gepanzerten Front der Arbeiterklasse gegenüber, die Hausbau-Vorlage, der Stillstand der Socialreform — das alles drängt mit Notwendigkeit zur Hochschätzungspolitik gegenüber dem Ausland. Wir können nur alle bürgerlichen Parteien in derselben Weise behandeln. Die bürgerlichen Parteien erklären bereits jetzt: die Parole darf nicht lauten: „Gegen den Zolltarif“, sondern: „Für Handelsverträge!“ In dieser Parole tritt uns der vollzogene Rückzug aus dem Kampfe gegen das Zentrum klar entgegen. Das Centrum wird im Kampfe die ausschlaggebende Rolle spielen; es wird wieder mit allen schädlichen Mitteln der Lüge und der Verdrehung hervortreten. Ich möchte deshalb den Antrag empfehlen, daß der Redaktion des „Vorwärts“ alle gegnerischen Flugblätter, zumal aus Centrumskreisen, zugesandt werden, daß sie gesammelt werden und daß dann die gehörige Antwort darauf erfolgt. Auch ich bin durchaus pessimistisch in Bezug auf die Zerbröckelung des Centrumes. Der geistunterdrückenden Macht des Centrumes gegenüber müssen wir nicht nur unsere politischen Forderungen, sondern auch alle die hohen geistigen und sittlichen Kulturwerke des Socialismus, die so herrlich sind, wie sie das Christentum nie herrlicher entfaltet hat, ins Feld führen. Auf in den Kampf und vorwärts zum Siege! (Lebhafte Beifall.)

Lehndorfer-Höft

Es wäre sehr nötig gewesen, den Kampf mit dem Centrum als besonderen Punkt zu behandeln. Der Vorstand und der Parteitag scheinen die Centrumsgefahr zu unterschätzen. (Wannsch: O nein!) Jedenfalls müssen wir unsie Waffen gegen das Centrum schärfen. Es möchte ihm viel mehr auf die Finger gepökt werden. Das Centrum und dessen Agitatoren verstehen es vortrefflich, unsere Agitatoren zu verleumden. Da sollte der „Vorwärts“ und die Provinzpresse sich besser darum kümmern. Kräfte und Geld sollten nur auf die ansichtslosen Kreise verwandt werden.

v. Volkmar-München

Das Wenige, was sich über die Wahlbeteiligung sagen läßt und was darüber zu sagen ist, hat Webel in einer Weise vorgetragen, daß ich nichts mehr hinzuzufügen habe, und über den Rest können wir heute nicht sprechen; das wird der Kampf selbst ergeben. So sehr einerseits die Ausführungen Welters gezeigt haben, daß er da wieder anfangen will, wo wir vor ungefähr 25 Jahren aufgehört haben (Lebhafte Zustimmung), so hat seine Resolution doch das Gute gehabt, uns Gelegenheit zu geben, zu äußern, wie wir über die Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit denken. Darüber, daß wir religiöse Aufklärungsarbeit zu betreiben und was sonst Schönes in dieser Beziehung gesagt ist, will ich kein Wort mehr verlieren. Das haben uns vor einem Jahrzehnt schon und länger Dr. Rittler und ähnliche Herren gesagt. (Sehr richtig!) Damit wollen Sie das Centrum bekämpfen? Wollen Sie dem Centrum einen großen Gefallen thun, so machen Sie es nur so. Wir, die wir jahrzehntlang das Centrum in allen Erscheinungsformen studieren, die wie tagtäglich mit ihm zu thun haben, wir wissen am genauesten, daß diese Partei, wenn man sie sachlich verfolgt, sehr bald am Ende ihres Latens ist und dann jedesmal zur lieben Religion greift. (Sehr richtig!) Wären die Freireligiösen ihre Kulturkampfspauereien und Pfaffenstehereien doch in ihren freireligiösen Gemeinden betreiben! (Sehr richtig!) Aber unsere Partei, unsere politische und wirtschaftliche Bewegung mögen sie damit ungehört lassen. (Lebhafte Beifall.) Leider ist auch unsere Parteipresse in den letzten Jahren nicht von ähnlichen Anwendungen frei geblieben; ich weise auf die bekannten Schriften von Lohmeyer hin, die zum Teil den oberflächlichsten Aufklärer darstellen. Hoffentlich wird die Kritik, die diese Schriften in einem großen Teile unserer Presse gefunden haben, hinreichen, um uns vor einer Wiederholung ähnlicher Dinge zu warnen. Die Resolution Welter ist ja erzieht, aber es muß doch gesagt werden, daß sie absolut nicht unserm Parteiprogramm entspricht. Der Punkt des Programms über die Religion ist genau so bindend wie jeder andre, er ist nicht aus taktischen Gründen aufgenommen, sondern es ist uns ernst mit unserer Stellung zur Religion. Und was würde daraus, wenn wir betrieblige Kulturkampfer treiben würden? Nach unserem Programm ist Religion Privatangelegenheit, d. h. jeder hat vollkommene Meinungsfreiheit in religiösen Dingen, seine religiöse Meinung hat mit politischen und wirtschaftlichen Dingen nichts zu thun. Dieser Satz giebt natürlich jedem das Recht, seine eigene private religiöse oder antireligiöse Meinung auszusprechen, aber auf der andern Seite muß der Socialdemokrat in Bezug auf diese Frage möglichst zurückhaltend sein. Gebe ich jemand das Recht, seine private Meinung, das Freigemeindebium, den Atheismus, das Antikirchentum zu propagieren, so muß ich naturgemäß auch demjenigen, der positive Religion hat, das Recht geben, seine Meinung zu propagieren. Wir können sonst zu ähnlichen Zuständen kommen wie in England, und darunter würde das Parteinteresse leiden. Also hier heißt es: Zurückhaltung üben und sich beschränken auf das, was den Inhalt unserer Existenz ausmacht, die sozialen, die wirtschaftlichen und politischen Dinge. Hier heißt es, sich konzentrieren. Wenn Sie zeigen wollen, daß die Religion vom Centrum oder einer andern Partei mißbraucht wird, so ist das etwas andres. (Sehr richtig!) Aber das Gebiet der religiösen Vorstellungen hat mit unserem Kampfe nicht das geringste zu thun, und der hier anders vorgeht, der unterstützt nur unsere Gegner. Ein Agitator, der nicht ganz sicher ist, sollte sich lieber zurückhalten und sich vergegenwärtigen, daß unser Programm die volle Neutralität bedeutet gegenüber dem religiösen Gefühl als Herzenssache, daß dagegen, soweit die Religion zur Unterdrückung benutzt wird, gegen die, die das thun, in erster Linie das Centrum, energig vorgegangen werden muß. Mit einem einzigen Punkt, den Sie von den Unthaten des Centrumes auf sozialpolitischem Gebiet herausgreifen, werden Sie hundertmal mehr erreichen, als wenn Sie in einer thörichten Aufklärungsweise vorgehen. (Lebhafte Beifall.)

Ein Schlußantrag, den Reumann begründet und Leber bekämpft, wird abgelehnt.

Krohn-Konstanz

Auch bei uns haben wir mit dem Centrum zu kämpfen. Ich teile ganz die Ansichten Volkmars und freue mich, daß der Antrag Wiesbaden gar keine Unterstützung gefunden hat. Gut wäre es, wenn das Material gegen das Centrum zusammengestellt würde, damit dieser Partei ihre Arbeiterfeindlichkeit sofort unter die Nase gerieben werden kann. Doch im vorigen Wahlkampfe Geld verpulvert worden ist, muß ich entschieden bestreiten. Hoffentlich wird die Rebelle Warnung vor überflüssigen Flugblättern nicht falsch verstanden, so daß der Opfermut der Genossen nicht erloscht. Die Stichwahltafel ist sehr kompliziert. Enthalten wir uns der Stimme bei der Stichwahl in unserm Wahlkreise, so steigt der Centrumsmann. Das Centrum aber hat gar keine Sympathie, und viele Genossen würden es mit Freuden begrüßen, wenn es gelänge, ihm 5 bis 10 Mandate

zu nehmen. Kommt dadurch ein Nationalliberaler mehr hinein, so hindert das ja nicht den Zusammenbruch dieser Partei. Ich möchte also Webel erlauben, den einzelnen Wahlkreisen etwas mehr Spielraum zu lassen, damit die besonderen Verhältnisse berücksichtigt werden können.

Ein Schlußantrag, den Eigeroth begründet, Hoffmann-Berlin bekämpft, wird abgelehnt.

Singer: der nächste Redner ist Ledebour, ihm folgt Hoffmann. (Große Heiterkeit.)

Ledebour

In der Frage der Bekämpfung der Centrumspartei hat Volkmar das notwendige gesagt. Ich möchte nur einiges zur Beleuchtung der politischen Situation beitragen und einige allgemeine Lehren daraus ziehen. Webel erinnerte an Orensfermas Wort vom dem geringen Verstand, der dazu gehört, die Welt zu regieren. Es liegen Anzeichen vor, als ob sich diese Eigenart der Regierenden noch verschärft hätte. Es ist das ein beständiges Zeichen des Verfalls. In der Zeit der Defäkance vermindert sich die Intelligenz der regierenden Klassen, und so ist es keineswegs ein Zufall, wenn vor einiger Zeit die Schorfmaierpresse zur Bekämpfung der Socialdemokratie Forderungen an die Qualität der Minister stellte, die sich zusammenfassen lassen in dem Wort: dumm, aber stark. (Heiterkeit.) Dieses Ideal der modernen Staatsweisheit ist bisher nur teilweise erreicht worden. Sie werden mir zugeben, daß ein Minister, der in beständiger Angst lebt, daß ihm mit dem „Lautenmal“ vor den Bauch gestochen wird, zu den starken Männern jedenfalls nicht gehört. Man könnte es zunächst befremdlich erscheinen, daß Herr von Bobbielst den Hut aus seiner Hüfttasche herausgeholt hat, in solchen nach dem Stall duftenden Worten gegen den Kausal zu opponieren. Wie es zu geschehen pflegt, wenn man parabolischen Erscheinungen gegenüber steht, kam mir die Erinnerung plötzlich, und zwar, als wir am Mittwoch über den Starnberger See fuhren. Als da die Abendsonne ihre zitternden Flimmerlichter über den See taugen ließ, da kam mir die Erinnerung, weshalb Herr von Bobbielst den Hut zu seiner Ausrüstung gefunden hat. Ich glaube nicht, daß ich die Intelligenz dieses Ministers überschätze, aber klüger ist er jedenfalls als viele Freisinnige und liberalisierende Männer, die unsere Situation so absolut falsch beurteilen, daß sie Kera Ballin für möglich halten. Er ist klug genug, den Theaterdonner des Jügendarturles richtig einzuschätzen und zu wissen, daß die in Deutschland wirklich regierenden Mächte, wenn es mit einer Kera Ballin verhandelt werden sollte, zu solchen Maßregeln greifen würden, wie sie als latente Korrektur des Absolutismus in allen absoluten und scheinparlamentarisch regierten Ländern vorhanden sind.

Diese Situation ist überaus günstig für die Socialdemokratie. Damit wir sie aber ausnützen, dürfen wir uns nicht flau machen lassen (Sehr richtig!) durch Bedenken und Bedenkenerreger. Selbst Plamodereien, an denen es auch in unserer Partei nicht gefehlt hat (Sehr richtig!), sind durch die thatsächliche Entwicklung vollständig in ihr Nichts aufgelöst worden. Ich glaube nicht, daß noch irgend jemand jetzt bei uns vorhanden ist, der vor dem großen Entscheidungskampfe mit Plamodern kommen wollte. Wirde heute noch jemand die Befragung von Kiantichou nicht als schlechtesten Streich der Bismarck'schen Politik bezeichnen? Das hat der citonetrode Minister v. Bülow sich im Reichstag natürlich gleich an die Nütze gesteckt. Wird noch jemand wagen, der deutschen Socialdemokratie die Methode der englischen Arbeiterbewegung nach der moralischen Niederlage anzuraten, wo sie sich ins Schlepptau der bürgerlichen Parteien begaben? Jetzt schließen unsere Liberalen, Bahndirektoren mit nationalliberalen und reaktionären Parteien. (Sehr richtig!) Ein solcher Gedanke würde mit Hohngelächter von der ganzen Partei begeben werden. (Sehr richtig!) Die gesamte Partei ist sich vollständig klar über die Situation und will den entscheidendsten Kampf auf Grund der revolutionären Prinzipien der Partei. Was ich bei diesen Auseinandersetzungen am allermeisten bedauere, sind nicht die Verhandlungen dieser Tage, auch nicht die Polemiken von Lübeck. Das gefährlichste Moment, das allerdings überwunden worden ist, war die Gefahr, daß die große Masse der Arbeiterkraft sich wirklich hätte flau machen lassen. (Lebhafte Widerspruch.) Ich sage ja, daß das absolut nicht eingetreten ist. (Rufe: Natürlich nicht!) Glücklicherweise nicht, weil es nicht genügt hat. Unsere Gegner haben selbst hierzu beigetragen durch die ungläublichen Regierungsmethoden, deren sie sich bedienen. Unsere Minister hielten Halbesreden, Herr von Rheinbaben feht seine Löhring-Aktion in Scene usw. So ormellig wie in einem Ministergehien steht es in einem Arbeitergehien wirklich nicht aus. Wenn die Arbeiterklasse mit dem nötigen Selbstbewußtsein in den Wahlkampf eintritt, so muß sie unbedingt den Sieg gewinnen. (Beifall.)

Es ist ein Antrag Singer und Genossen eingegangen: Der Parteitag solle beschließen, daß von den Organisations-, Vertrauenspersonen usw. alle Wahlflugblätter, bemerkenswerte Artikel, Flugchriften der Gegner, dem Centralorgan zugesandt werden, damit von ihm eventuell durch eine besondere Wahlkorrespondenz die feindlichen Wähligen in möglichst vollständiger gefammelt und widerlegt werden können.

Adolf Hoffmann-Berlin

Die Antwort, die Volkmar dem Genossen Welter gab, veranlaßt mich, das Wort zu nehmen. Wenn ich auch die Meinung teile, daß man die Religion als Privatangelegenheit betrachten hat, so sollte Volkmar doch auch den Freireligiösen, den Freidenkern gegenüber Toleranz üben. (Volkmar ruf: Selbstverständlich!) Volkmar hat in seiner Antwort auf Welters Rede alles in einen Kofp geworfen, was überhaupt mit dem Freidenkertum zusammenhängt. Dagegen muß ich mich verwahren. Volkmar sagt, in unserm Programm stehe: Religion ist Privatangelegenheit. Das steht nicht darin, sondern nur die Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Wäre sie schon Privatangelegenheit, so brauchten wir nicht mehr darüber zu reden; sie soll es aber erst werden. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit daran, welche Stellung Genosse Dieß“ im alten Rircher „Socialdemokrat“ zu dieser Frage eingenommen hat. Die alten Parteigenossen werden wissen, iver damals unter diesem Namen im „Socialdemokrat“ geschrieben hat. Nach seiner Ansicht sollten wir der Kirche liberal da entgegenzutreten, wo sie sich zum Schleppträger der herrschenden Gesellschaft macht. Denselben Standpunkt haben wir auch heute noch zu vertreten. Wir wollen Aufklärung auf allen Gebieten schaffen. Dabei sollte man auch die Arbeit der Freidenker dankbar anerkennen. Ich sehe nicht auf dem Standpunkt Welters; ich hätte gewünscht, Welter hätte erst in der Partei gelernt und wäre dann auf einem Parteitag aufgetreten. Man wird nicht dadurch Socialdemokrat, daß man in einen Wahlverein eintritt und dann auf den nächsten Parteitag geht und in einer ungeklärtesten Weise Freidenker-Ideen vertritt, wie es uns mehr schaden als nützen kann.

Welter-Wiesbaden

Der intelligentere Teil des Proletariats weiß, daß unser Kampf ein Kampf gegen Windmühlen ist, so lange man die Kirche mit Glacéhandschuhen anfakt. (Widerspruch.) Diese Ansicht vertritt auch Webel in dem Vorwort zur neuesten Auflage seiner Schrift über Christentum und Socialismus. Wie wertvoll für die herrschende Klasse die Abhängigkeit der Massen von der Kirche ist, sehen Sie daraus, daß neben jedem Purpur der Zalar zu finden ist, und daß noch mehr neue Kirchen gebaut werden als Kasernen. Wo die Kirche mächtig ist, stehen die Erwachlenen völlig unter ihrem Bann. Wollen wir die Religion zur Privatangelegenheit machen, so genügt nicht eine Trennung des Staates von der Kirche, sondern wir müssen die Macht der Kirche über die Gemüter brechen; wir müssen der Vergevaltigung der Kinder durch Staat, Kirche; Schufe und Eltern ein Ende machen. Eröffnen Sie den Kampf auf der ganzen Linie, nicht nur den Kampf gegen die Kirche, sondern auch den Kampf gegen die objektive Gewissenlosigkeit der Eltern, die das religiöse Leben ihrer Kinder vergevaltigen durch Ueberweisung der-

Selben an eine Religionsgemeinschaft, bevor sie lernen zu unterscheiden, was rechts und links ist. Ecrasez l'infame! (Einzelnliches Gelächter.)

Eberhardt-Charlottenburg stellt einen **Schlussantrag** und begründet diesen mit der Bemerkung, die Ausführungen der letzten Redner hätten gezeigt, daß Sachliches nicht mehr vorzubringen sei. Der Antrag wird **angenommen**. Einzelne Delegierte bezweifeln, ob sich die wirkliche Mehrheit für Schluss der Debatte entschieden habe.

Singer: Ich muß doch bitten, meine Objektivität nicht zu bezweifeln. Glauben Sie denn, daß das Bureau etwas davon hat, Ihnen eine falsche Auskunft zu geben? (Weiterkeit.)

Lehndorfer-Höchst wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen Krohn-Konstanz und empfiehlt diesem, sich an den Parteivorstand zu wenden, wenn er wissen wolle, welche Kreise bei den Wahlen mündig Geld verpulvert haben.

Personlich bemerkt ferner

Vollmar: Gegenüber dem Genossen Hoffmann möchte ich bemerken, daß es mir nicht im Traum eingefallen ist, die freireligiöse Bestimmung anzupreisen; ich stelle es jedem frei, auch diese Überzeugung zu vertreten, aber nicht innerhalb der Partei und zwar ebensowenig, wie irgend eine andere religiöse Überzeugung.

Ein von den Genossen **Straub-Vamberg** und **Herrenau-Würzburg** eingebrachter Antrag verlangt, die Rede **Webels** möge ebenso wie das Referat **Mollenhuths** als Broschüre herausgegeben werden.

Das **Schlusswort** erhält

Webel.

Es war meine Absicht, kein Wort mehr zu sagen, weil ich glaubte, daß alles Notwendige bereits vorgebracht sei. Nur eine Bemerkung des Genossen **Krohn** hätte mich eine Minute in Anspruch genommen. Nun hat aber **Webel** in seiner zweiten Rede Bezug genommen auf Äußerungen einer Broschüre, die ich herausgegeben habe. Darauf muß ich mit einigen Worten eingehen.

Krohn meinte, ich möchte quasi gestatten, bei der Wahl zwischen einem Nationalliberalen und einem Centrumsmann einem Nationalliberalen die Stimme zu geben. Es sei doch besser, wenn das Centrum 5 oder 6 Leute verliere, während auf der andern Seite ein Gewinn der Nationalliberalen bei der Unbedeutendheit der Partei nichts zu sagen habe. Ich habe bereits erklärt, daß das, was ich in der Resolution zum Ausdruck bringe — und diese Forderungen sind in keiner Weise angefochten worden — das Minimum dessen sei, was wir fordern müßten. Wenn nun ein Nationalliberaler und ein Centrumsmann zur engeren Wahl stehen, so habe ich allerdings die Überzeugung, daß weder der eine noch der andre die Anforderungen der Resolution, so geringfügig sie sind, wenn er ehrlich ist, akzeptieren kann. Dann sehe ich aber auch nicht ein, warum wir uns gerade für einen Nationalliberalen oder in einem andern Fall für den Centrumsmann erwidern wollen. Der eine ist in der That soviel wert wie der andre. In allen Fragen, die die Resolution enthält, sind das Centrum und die Nationalliberalen während der letzten Jahre stets Hand in Hand gegangen. Wenn das der Fall ist, wenn es gehen wie gestochen ist, dann haben wir einfach die beiden untereinander ihren Kampf ausfechten zu lassen, dann haben wir kategorisch Stimmhaltung zu erklären und diese Stellung notwendigfalls zu motivieren. Nun weiß ich freilich: Ihr könnt die Wähler nicht kommandieren. Wenn ein Teil der Wähler, trotzdem offiziell Wahlenthaltung proklamiert worden ist, seine Stimme für einen der beiden Kandidaten abgibt, so können wir nichts dafür. Dabei werden sehr oft persönliche und andre Gründe maßgebend sein. Wir müssen aber alles aufbieten, um unsere Wähler zu erziehen. Mehr kann nicht verlangt werden. Eine andre Auskunft kann ich auf die Anfrage **Krohns** nicht geben; die einzelne Person kommt dabei ja überhaupt nicht in Betracht, sondern wir beschließen als Parteitag.

Webel hat sich auf einige Sätze meiner Broschüre „Christentum und Sozialismus“ bezogen. Ich habe mir nie einbilden können, daß diese nach meiner Auffassung sehr klaren Schlüsse eine solche Auslegung finden könnten. Dagegen muß ich auf das allerentschiedenste Wertung einlegen. Wenn nicht schon die übrigen Worte **Webels** mich dazu veranlaßten, so die Worte, mit denen er seine Rede schloß: „Ecrasez l'infame!“ (Sehr richtig!) Das ist das bekannteste Wort, mit dem Voltaire zur Vernichtung der Kirche aufforderte. Na, das sollte eine schöne Sache werden, wenn ein solcher Wahlspruch der Wahlspruch der sozialdemokratischen Partei würde. (Sehr richtig!) **Webel** hat im Eingang seiner ersten Rede ausdrücklich erklärt, es sei notwendig, die Widersprüche innerhalb der kirchlichen und religiösen Anschauungen darzulegen, d. h. mit andern Worten — das hat auch **Vollmar** ganz deutlich hervorgehoben — wir sollen uns in eine Art Kulturkampf einlassen. Unsere Partei würde dabei vollständig ihren Charakter abstreifen, und wir würden eine Art kirchliches Konzil werden. (Sehr richtig!) Daß das gegen den Wortlaut unseres Programms verstößt, das kann doch niemand zweifelhaft sein. „Religion ist Privatfache“ — das steht nicht in unserem Programm, weil es selbstverständlich ist, und zwar deshalb selbstverständlich, weil nirgends im Programm gesagt wird, daß wir nach der religiösen Überzeugung fragen. Jeder mag glauben, was er will; er kann als Sozialdemokrat katholischer Christ, er kann Protestant, er kann Materialist und Atheist sein, das geht seinem Menschen innerhalb der Partei etwas an. Nur wenn er für seine religiöse Überzeugung als Sozialdemokrat innerhalb der Partei Propaganda machen will, treten wir ihm energisch entgegen, denn dann verzieht er den Grundtat: „Religion ist Privatfache.“ (Sehr gut!) Außerdem erläutert unser Programm klar und deutlich, wie wir uns die Forderung der Erklärung der Religion zur Privatfache denken. Wir treten der Vermengung der kirchlichen und staatlichen Gewalt entgegen und verlangen die absolute Trennung dieser Gewalten. Wir vertreten die Anschauung, daß der Staat ein rein weltlicher Staat ist und daß die Religionsgemeinschaften Privatgesellschaften sind. Wir erklären uns auf das entschiedenste dagegen, daß der Staat kraft der Gesetzgebung und seiner Zwangsmittel irgend einen Menschen nötigt, zu einer Gemeinschaft zu gehören oder Mittel für die Unterhaltung dieser Religionsgemeinschaft herzugeben, oder daß der Staat selbst seine eigenen, aus dem allgemeinen Steuerfiskus gewonnenen Mittel für kirchliche Gemeinschaften hergiebt. Ich bin daher auch der Meinung, daß bei der späteren Beratung der Anträge, die die Befreiung von Agitationsmaterial gegen das Centrum verlangen, besonders darauf hingewiesen wird, daß es erwünscht ist, wenn in einer Broschüre einmal in durchaus klarer und objektiver Weise gesagt wird, was wir unter der Forderung der Ziffer 6 in unserem Programm, der Erklärung der Religion zur Privatfache, verstehen. (Sehr gut!) Es soll mit diesem Programmpunkt in keiner Weise den religiösen Anschauungen Einzelner nicht zu nahe getreten werden, wir stehen im Gegenteil — und das ist unsere heiligste Überzeugung — auf dem Standpunkt, daß wir in Religionsfragen die absolute Neutralität und nichts als Neutralität zu beobachten haben. (Sehr gut!) Aber ich erkläre mich auf das entschiedenste dagegen, daß **Webel** irgendwelchen Grund hatte, meine von ihm angezogenen Sätze in seinem Sinne auszulegen, und ich bitte ihn dringend, daß er die heute von mir gehörten Worte beherzige und nicht etwa draußen in der Agitation in denselben Fehler verfallt, in den er heute hier verfallen ist. Ich kann ihm nur sagen, daß, wenn er etwa Kandidat in einem bestimmten Wahlkreis sein sollte — was ich nicht weiß —, in dem namentlich das katholische Element vertreten ist, er allerdings mit dieser Art des Auftretens kein besonderes Glück haben würde. (Lebhafte Zustimmung.) Das was **Webel** von seinem Standpunkt aus als einen Fehler in der Partei bezeichnet, ist gerade ihr größter Vorzug. Er meinte, man hätte bisher falsch agitiert und daher wenig Einfluß auf die Wählerkreise des Centrums gewonnen. Wo ist denn aber der Einfluß, den er und seine Freunde auf das Centrum in der jahrzehntelangen Agitation gewonnen haben? (Sehr gut!) Will er bestritten, daß der Boden für diese Art der Agitation immer mehr schwindet? Bayern ist ein katholisches Land, in dem das Centrum stark vertreten ist. Die Haltung aber, die die bayerischen sozialdemokratischen Landtags-

Abgeordneten kürzlich in der Frage des Wohnungsgeldzuschusses für die unteren Beamten eingenommen haben, hat für die sozialdemokratische Partei dem Centrum gegenüber unendlich viel mehr propagandistisch gewirkt als tausend Reden, die **Webel** in der von ihm heute vertretenen Art der Agitation hohlen könnte. (Lebhafte Zustimmung.) Das zeigt sich nicht nur in dieser Frage, sondern auch in andern. An solchen praktischen Dingen läßt sich unser Standpunkt deutlich klar machen, läßt sich zeigen, daß die Sozialdemokratie gewirkt ist, allen Unterdrückten zu helfen. Das ist die wirksamste Propaganda. (Lebhafte Beifall.)

Die **Webelsche** Resolution wird hierauf einstimmig angenommen. Der Antrag **Singer** (Einsendung aller Wahlflugblätter und Programme an die „Vorwärts“-Redaktion) wird gleichfalls angenommen, ebenso der Antrag, die Rede **Webels** als Agitationsbroschüre zu verbreiten.

Nunmehr wird die **Schlussbestimmung** über die von der Redaktions-Kommission bearbeitete **Resolution Mollenhuths** über **Arbeiterversicherung** vorgenommen. Sie ergibt die **Annahme** der folgendermaßen gestalteten Resolution:

Die **Versicherungsgesetze** des Deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenklassen vor Überlastung und die Unternehmern vor Schadensersatz zu bewahren, entsprechen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der **Webels** erbracht, daß mit der **Versicherung** allgemeine Lebensstände bekämpft und deren schlimmste wirtschaftliche Folgen gemindert werden können.

Deshalb fordert der Parteitag:

1. Ausdehnung der **Versicherung** auf alle Arbeiter und diesen wirtschaftlich gleichstehende Personen;
2. **Vereinheitlichung** der **Versicherung**;
3. volle **Selbstverwaltung** durch die **Versicherten**;
4. **Heranziehung** aller Klassen zur **Tragung** der **Kosten**;
5. **Bekämpfung** von **Volkkrankheiten** durch die **Arbeiter-Versicherung**;
6. **Weiteren Ausbau** der **Unfallversicherung** und der **Maßnahmen** zur **Verhütung** von **Berufskrankheiten**; insbesondere zu diesem Zweck: **Einsetzung** von **Vertrauenspersonen** behufs **Kontrolle** der **Betriebe**. Die **Vertrauenspersonen** sind von den **Versicherten** aus ihren **Kreisen** zu wählen und aus **öffentlichen Mitteln** zu besolden; vollen **Schadensersatz** den **Verletzten** und deren **Hinterbliebenen**.
7. **Unterstützung** von **Schwangeren**, sobald im **weiteren Verlauf** der **Schwangerschaft** durch den **normalen Schwangerschaftszustand** bedingte **Anzeichen** sich geltend machen, welche die **Arbeit** erschweren, und von **Wöchnerinnen** für die **Dauer** von **wenigstens sechs Wochen** vom **Tage** der **Entbindung** an.
8. **Organisation** des **Arbeitsmarktes**.
9. **Einführung** der **Arbeitslosenversicherung**.
10. **Einführung** der **Witwen- und Waisenernährung**.

Es folgt Punkt 9: „**Sonstige Anträge**.“ Verhandelt wird zunächst über die **Anträge** zur **Organisation** Nr. 17-27; 27a (Partei-genossen in Erfurt: Der Parteitag möge beschließen, daß, wenn in Zukunft sich **Sonderorganisationen** bilden (wie die der **Hamburger Accorbmänner**) und die **Partei-Organisation** an Orte die **Ausscheidung** beantragt, die **Ausscheidung** vom **Partei**vorstand **erfolgen** muß; Antrag 26 und ein Antrag **Kimmel** (127):

Der Parteitag möge erklären: durch das **Organisationsstatut**, welches der Parteitag zu **Mainz** der **sozialdemokratischen Partei** gegeben hat, wird in keiner Weise das **von Parteitag** zu **Gotha** den **Frauen** zuerkannte **Recht** berührt, zur **Verbreitung** einer **einheitlichen** und **plausiblen** **Agitation** unter den **proletarischen Frauen** eigene **Vertrauenspersonen** zu wählen.

Luisie Zieg

127. Im Anschluß an die vom Parteitag in Mainz angenommene **Resolution 72**, die von **Berliner Genossinnen** gestellt war, und bezweckt, daß die **bisherige Organisation** der **weiblichen Vertrauenspersonen** in den **Staat**en **aufrecht** erhalten werden solle, in denen den **Frauen** die **öffentliche Teilnahme** an der **politischen Tätigkeit** verweigert ist, erklärt der Parteitag, daß mit der **Annahme** der oben erwähnten **Resolution** die **Beibehaltung** der **Organisation** der **Genossinnen** unter **eigenen Vertrauenspersonen** neben den **allgemeinen Parteiorganisationen** in den **Bundesstaaten**, in denen der **Mitgliedschaft** der **Frauen** an den **bestehenden Parteiorganisationen** **gesetzlich** nichts in **Wege** steht, **keine Berechtigung** mehr hat. Den **Genossinnen** wird **vielmehr** **recht** **regere Beteiligung** an **letztere** **empfohlen**.

Antrag 17 wird von den **Magdeburgern** zurückgezogen, weil sie durch **Kurows** **Ausführungen** in seinem **Referat** zum **Vorstandsbericht** überzeugt worden sind.

Unterstützung fanden nur die **Anträge** 18, 23, 24, 27*, 27a, **Antrag Zieg** und **Antrag Kimmel**.

Zur **Verhandlung** kommt zuerst **Antrag 18**.

Antrag 18 wird nicht begründet.

v. Vollmar:

In **Rürnberg** sind **mehrere Genossen** aus dem **sozialdemokratischen Verein** **ausgeschlossen** worden, sie versuchten aus **Trotz**, sich in **andere Organisationen** einzudrängen, einer von ihnen ließ sich sogar als **Reichstagskandidat** proklamieren. Die Folge davon war ein **Beschluß** für **Bayern**, daß **jeder Genosse** demjenigen **Wahlverein** beitreten müsse, der an seinem **Wohnort** besteht. Nun hat **Kuer** in seinem **Vericht** **neulich** auch auf diesen **Fall** **hingewiesen** und den **Bayern** **vorgeworfen**, daß sie den **Ausgeschlossenen** **kein genügendes Beschwerderecht** geben. **Darin** **irrt** sich **Kuer**, der **Ausgeschlossene** hat bei uns **sogar** **mehr Instanzen**, die er **anrufen** kann, als **nach** dem **allgemeinen Organisationsstatut**. **An** und **für** sich ist die **Sache** für uns **ganz unwichtig**; **jahrzehntelang** **hatten** wir mit **solchen Dingen** **uns gar nicht** zu **beschaffen**, und **hoffentlich** **wird** es **Jahr** und **Tag** **dauern**, **ehe** **so** **etwas** **wieder** **vor-** **kommt**. **Daß** wir **den** **Ausschluss** **aus** der **Gesamtpartei** **nicht** **be-** **trägt** **haben**, **geschah** **im** **Interesse** **der** **Ausgeschlossenen**; **es** **sind** **alles** **Leute**, **die** **große** **Verdienste** **um** **die** **Partei** **hatten**, **die** **sich** **aber** **einen** **Verloß**, **allerdings** **sehr** **gerger** **Art**, **zu** **Sünden** **kommen** **ließen**. **Wir** **wollen** **den** **Betreffenden** **Gelegenheit** **geben**, **wenn** **es** **ihnen** **gelingt** **haben**, **wieder** **dem** **Verein** **beizutreten**. **Das** **wird** **aber** **nicht** **möglich** **sein**, **wenn** **Sie** **den** **vorliegenden** **Antrag** **annehmen**.

Die **Reiter-Ludwigshafen:**

Auch ich bitte, den Antrag abzulehnen. Es kommt vor, daß Genossen aus örtlichen Wahlvereinen ausgeschlossen werden, daß

*) 18. Parteigenosse **Friedrich Rülle** in **Rürnberg**: Im **Organisationsstatut** der **sozialdemokratischen Partei** ist im § 2 **Abf. 1** hinter die **Worte** „**schuldig** gemacht hat“ der **Satz** anzufügen: „**Gegen** **Parteigenossen**, die **aus** einer **Landesorganisation** **aus-** **geschlossen** wurden, **ist** **der** **Antrag** **auf** **Ausschluss** **aus** der **Gesam-** **partei** **zu** **stellen**.“

23. Der **Arbeitsrat** des **Merseburger-Querfurter** **Wahl-** **kreises**: Der Parteitag wolle beschließen, daß Leute, die als **sozial-** **demokraten** eine **geuerliche** **Zeitung** **redigieren** und in **dieselbe** **Artikel** **aufnehmen**, die die **sozialdemokratische Partei** mit **Schmutz** **be-** **wecken**, **aus** der **Partei** **auszuschließen** sind.

24. **Parteigenossen** des **Hamburger Wahlkreises**: **Auf** dem **Parteitag** **sind** **nur** **die** **von** **den** **Parteigenossen** **gewählten** **und** **mit** **Mandat** **versehene** **Delegierten** **sinnberechtigt**.

27. **Parteigenosse** **H. Faust-Wiesbaden**: **Da** **die** **große** **Me-** **h** **heit** **der** **Parteigenossen** **in** **einem** **Wahlkreis**, **zum** **Zweck** **des** **engeren** **Zusammenschlusses** **und** **zur** **Einführung** **einer** **kräftigeren** **Agitation** **als** **Zentralorganisation** **einen** **Kreis-Wahlverein** **ge-** **gründet**, **so** **sind** **die** **übrigen** **Parteigenossen** **verpflichtet**, **dieser** **ein-** **heitlichen** **Organisation** **beizutreten**. — **Örtliche** **Wahlvereine** **werden** **neben** **der** **Zentralorganisation** **im** **gleichen** **Wahlkreis** **nicht** **an-** **erkannt**, **dieselben** **haben** **umgehend** **ihren** **Beitritt** **zur** **Zentralorgani-** **sation** **zu** **bewirken**. — **Der** **zweite** **1. Vorsitzende** **eines** **Kreis-** **Wahlvereins** **ist** **Kreis-Vertrauensmann**. — **An** **Stelle** **der** **Kreis-** **konferenz** **tritt** **die** **Generalversammlung** **des** **Kreis-Wahlvereins**.

aber kein Grund vorliegt, ihnen die Parteizugehörigkeit abzuspochen, weil ihr Vergehen nur geringfügiger Art ist.

Pfannkuch:

Nach den Ausführungen von **Vollmar** ist ja eigentlich den **Aus-** **geschlossenen** **durch** **die** **Herzengüte** **der** **Bayern** **großes** **Heil** **wider-** **fahren**. **Aber** **nach** **dem** **Ludwigshafener** **Beschluß** **sind** **die** **Genossen** **aus** **der** **bayerischen** **Organisation** **ausgeschlossen**, **aus** **der** **Gesam-** **partei** **aber** **nicht**. **Das** **ist** **ein** **eigenartiger** **Zustand**, **Partei-** **genössische** **Rechte** **können** **die** **Genossen** **in** **ganz** **Bayern** **nicht** **aus-** **üben**, **an** **der** **Erfüllung** **ihrer** **Pflichten** **kann** **es** **natürlich** **niemand** **hindern**; **es** **sind** **in** **Bayern** **Genossen** **zweiter** **Klasse**, **im** **übrigen** **Deutschland** **volle** **Genossen**. **Sie** **können** **sogar** **von** **einem** **auf** **bayerischen** **Kreise** **ein** **Mandat** **für** **den** **Parteitag** **erhalten**. **Ist** **das** **nicht** **ein** **ganz** **unhaltbarer** **Zustand**? **Was** **den** **Genossen** **in** **Deutschland** **recht** **ist**, **müß** **ihnen** **auch** **in** **Bayern** **billig** **sein**. **Das** **bayerische** **Organisationsstatut** **kolliidiert** **eben** **mit** **dem** **allgemeinen**. **Werden** **die** **Genossen** **aus** **Bayern** **ausgeschlossen**, **so** **müß** **ihre** **Ver-** **sehung** **so** **schwer** **sein**, **daß** **auch** **im** **übrigen** **Deutschland** **ihres** **Weibens** **in** **sozialdemokratischen** **Vereinen** **nicht** **sein** **kann**. **Wollen** **die** **Bayern** **diese** **Konsequenz** **nicht** **ziehen**, **so** **wäre** **es** **richtiger**, **den** **Antrag** **anzunehmen**. **Es** **geht** **nicht**, **daß** **man** **sagt**, **was** **für** **Bayern** **nicht** **gut** **genug** **ist**, **ist** **für** **das** **übrige** **Deutschland** **noch** **gut** **genug**. **Die** **Toleranz**, **die** **der** **bayerische** **Landesvorstand** **geübt** **hat**, **wird** **die** **Gesamtpartei** **auch** **über**. **Ich** **bitte** **Sie** **um** **Annahme** **des** **Antrages** **und** **bedenke** **noch**, **daß** **es** **dazu**, **da** **es** **sich** **um** **die** **Änderung** **des** **Organisationsstatuts** **handelt**, **einer** **Dreiviertelmehrheit** **bedarf**.

Singer: Die Frage, die **Pfannkuch** eben angeschnitten hat, wollte auch ich Ihrer Entscheidung unterbreiten. In Betracht kommt hier der § 19 des Organisationsstatuts: „**Änderungen** an der **Organisation** der **Partei** können nur durch einen **Parteitag** vorgenommen werden, doch muß die **absolute Mehrheit** der **anwesenden** **Vertreter** sich dafür erklären. **Anträge** auf **Äb-** **änderung** der **Organisation** können nur **beraten** werden, wenn sie **innerhalb** **den** **Fristen**, **welche** **die** **§§** **8** **und** **12** **vorschreiben**, **zur** **öffentlichen** **Kenntnis** **der** **Partei** **genossen** **gelangen**. **Eine** **Äb-** **änderung** **von** **der** **letzteren** **Bestimmung** **ist** **nur** **dann** **zulässig**, **wenn** **mindestens** **dreiviertel** **der** **anwesenden** **Vertreter** **auf** **einem** **Parteitag** **sich** **für** **die** **Äbänderung** **entscheiden**.“ **Ich** **weiche** **nun** **von** **der** **Aussassung** **Pfannkuchs** **ab**. **Nach** **meiner** **Meinung** **entspricht** **der** **Antrag** **18**, **der** **ordnungsgemäß** **veröffentlicht** **ist**, **den** **Anforderungen** **des** **Statuts**. **In** **Frage** **können** **nur** **die** **Anträge** **Zieg** **und** **Kimmel** **kommen**. **Viele** **beiden** **Anträge** **werden** **zwar** **bei** **dem** **Punkt** **Organisation** **be-** **handelt**, **es** **bezwecken** **aber** **keine** **Äbänderung**, **sondern** **nur** **eine** **Deklärung** **des** **Statuts**. **Ich** **gebe** **diese** **Erklärung** **ab**, **damit** **man** **nicht** **irrtücheln** **kann**, **wir** **hätten** **das** **Organisationsstatut** **verletzt**.

Mit dieser **Auslegung** **Singers** **erklärt** **sich** **der** **Parteitag** **ein-** **verstanden**.

Timm-München:

Die **Sache** **ist** **in** **der** **That** **so** **gelagert**, **daß** **eine** **klare** **Entschei-** **dung** **herbeigeführt** **werden** **darfte**. **Vollmar** **hat** **es** **mit** **den** **aus-** **geschlossenen** **Genossen** **ganz** **gut** **gemeint**. **Es** **könnte** **aber** **Fälle** **ein-** **treten**, **die** **zu** **allerhand** **Kombinationen** **föhren**. **Wir** **haben** **ja** **auch** **in** **München** **schon** **einmal** **einen** **ähnlichen** **Fall** **gehabt**. **Damals** **war** **unser** **Landesstatut** **so** **gefaßt**, **daß** **Mitglieder** **eines** **Vereins** **über** **einen** **eventuellen** **Ausschluss** **zu** **entscheiden** **hatten**. **Damals** **wurden** **wir** **im** **Schiedsgericht**, **das** **über** **den** **betr.** **Fall** **zu** **beschließen** **hatte**, **nicht** **darüber** **klar**, **ob** **das** **Statut** **der** **Landesorganisation** **oder** **das** **Organisationsstatut** **der** **sozialdemokratischen Partei** **Deutschlands** **zur** **Anwendung** **zu** **kommen** **hat**. **Deshalb** **ist** **dann** **der** **Parteitag** **zu** **Zürich** **zu** **dem** **Entschluß** **gekommen**, **diese** **Bestimmung** **zu** **streichen**. **Da** **nun** **alle** **möglichen** **Ausschlüsse** **Raum** **gewinnen** **können**, **so** **wird** **die** **Frage** **am** **besten** **gelöst**, **wenn** **in** **allen** **Fällen**, **wo** **es** **sich** **um** **einen** **Aus-** **schluss** **handelt**, **das** **Organisationsstatut** **der** **sozialdemokratischen Partei** **Deutschlands** **zur** **Anwendung** **zu** **kommen** **hat**. **Es** **werden** **alle** **Schwierigkeiten** **vermieden**, **wenn** **dann** **nach** **dem** **§** **2** **des** **Statuts** **gehandelt** **wird**; **es** **sind** **drei** **Instanzen** **ge-** **geben**, **die** **völlig** **ausreichen** **müssen**. **Nehmen** **wir** **aber** **den** **Antrag** **18** **an**, **so** **führt** **das** **zu** **Nutzenlosigkeit**, **zu** **denen** **wir** **nicht** **die** **Hand** **bieten** **wollen**. **Deshalb** **müssen** **unter** **allen** **Umständen** **die** **Statuten** **der** **Landesorganisationen** **mit** **dem** **Organisationsstatut** **der** **sozialdemokratischen Partei** **Deutschlands** **in** **Einklang** **gebracht** **werden**, **damit** **sich** **die** **einzelnen** **Organisationen** **mit** **ihren** **Ent-** **scheidungen** **nicht** **in** **Widerspruch** **setzen**. **(Zustimmung)**

Weinshild-Offenbach:

Die **ganze** **Sache** **wird** **erleichtert**, **wenn** **in** **das** **Organisations-** **statut** **die** **Bestimmung** **ausgenommen** **wird**, **daß** **die** **Landes-** **organisationen**, **wenn** **es** **einen** **Genossen** **auszuschließen**, **dann** **auch** **gleich** **einen** **Ausschlussantrag** **an** **den** **Parteivorstand** **zu** **stellen** **haben**. **Es** **kann** **sonst** **z. B.** **vorkommen**, **daß** **wir** **in** **Offenbach** **einen** **aus-** **geschlossenen** **und** **der** **geht** **dann** **zehn** **Minuten** **hinüber** **nach** **F**

schließen und nun konnten wir nachweisen, daß der Versuch einer zweiten Organisation vorlag. Nun mußte der Vorstand die Annahme der Gelder verweigern.

Ein Antrag Weinschild, bei jedem Ausschluß sei auch ein Entschlußantrag an den Parteivorstand zu stellen, wird nicht genügend unterstützt.

Gerisch:

Die Angelegenheit hat doch eine größere Bedeutung, als Vollmar anzunehmen scheint. In der früheren Organisation unter dem Vertrauensmann konnte der Betreffende ruhig aus dem Verein ausgeschlossen sein, aber doch Parteigenosse bleiben. Jetzt, wo die Geschäfte in den Wahlbereichen geleitet sind, bekommt die Sache ein anderes Aussehen. Wir werden schließlich nicht umhin können, das Organisationsstatut zu ändern, aber es wird uns heute kaum gelingen, die richtige Form zu finden. Am besten ist es, die Antragsteller gießen für heute ihren Antrag zurück.

Rudolf-Kürnberg:

Der Antragsteller ist hier nicht anwesend, der Antrag kann also nicht zurückgezogen werden. Wir haben in Kürnberg lange darüber beraten, ob die Betreffenden aus der Partei oder aus dem Wahlverein ausgeschlossen werden sollten. Wir wollten ihnen die Möglichkeit einer Rehabilitation geben und stellen deshalb keinen Antrag auf Ausschluß aus der Partei. Die Betreffenden sind schwer genug bestraft durch den Ausschluß aus dem Verein. Es ist einer unserer ältesten Genossen darunter, dem wir wenigstens die Möglichkeit gelassen haben, in seiner gewerkschaftlichen Organisation tätig zu bleiben. Das hört aber auf mit dem Augenblick, wo ein Schiedsgericht eingesetzt wird, das zweifellos den Ausschluß aus der Partei beschließen würde. Es liegt im Interesse der Ausgeschlossenen, wenn Sie den Antrag ablehnen.

Blannsch: In Änderung meiner früheren Auffassung bin ich damit einverstanden, daß wir die Angelegenheit noch ein Jahr auf sich beruhen lassen.

Ein Antrag Gerisch-Kronß beauftragt den Parteivorstand, unter Ablehnung des Antrags 18 eine zweideutige Änderung des Organisationsstatuts vorzubereiten.

Dieser Antrag wird angenommen, womit Antrag 18 erledigt ist.

Es folgt die Beratung des Antrags 23.

Leopold-Zeig:

Genosse Mittag, der den Antrag im Auftrag der Metzburger Kreisdelegation begründet, ist, wie ich einem Ehrenmitglied erkrankt. Er hat mich gebeten, ihn zu vertreten. Auf jener Konferenz ist der Fall Dr. Verthold zur Sprache gekommen, der eine gegnerische Zeitschrift redigiert hat, in der Artikel erschienen sein sollen, die die Partei beschimpfen. Der Fall hat ja dem Parteivorstand vorgelegen. Im übrigen kann ich Sie nur ersuchen, den Antrag 23 abzulehnen. (Weiterkeit.) Es steht im Organisationsstatut, daß der Ausschluß eines Parteigenossen bei einem vom Vorstand zu berufenden Schiedsgericht zu beantragen ist. Das genügt vollständig. Wir können nicht allgemeine Beschlüsse fassen in Dingen, bei denen immer von Fall zu Fall entschieden werden muß. (Lebhafte Zustimmung.)

Gerisch:

Ich schließe mich dem Wunsche meines Vorredners an und bitte, wie er, um die Ablehnung des Antrages, weil er offene Türen einrennt. (Sehr richtig.) Es ist ja selbstverständlich, daß ein Mensch, der sich als Socialdemokrat bekennt, nicht eine gegnerische Zeitung redigieren und von dort aus die eigene Partei bekämpfen kann. Wer das thut, stellt sich von selbst außerhalb der Reihen der Partei. Der Fall des Dr. Verthold hat nicht den Vorstand als solchen, sondern ein ordnungsgemäß nach den Wünschen der beiden Parteien zusammengesetztes Schiedsgericht beschäftigt. In diesem Schiedsgericht ist die Frage des Ausschlusses des Dr. Verthold ernsthaft erwogen worden. Wenn die Dinge so glatt lägen, wie von den Metzburger Genossen angenommen wird, dann wäre kein Mitglied des Schiedsgerichts auch nur ein Wort verloren haben, sondern Verthold wäre einstimmig ausgeschlossen worden. Die Dinge liegen aber anders, es hat sich um einen Parteigenossen gehandelt, der eine ganz eigenartige feilschende Organisation hat. Seine Handlung mußte unter Berücksichtigung aller Umstände beurteilt werden, und da war die Mehrheit des Schiedsgerichts der Meinung, während die Minderheit auf ihrer Meinung beharrte, daß der Ausschluß, der nach dem Statut nur wegen einer erfolglosen Handlung erfolgen kann, nicht ausgesprochen werden durfte, weil der Handlung des Dr. Verthold erhobene Motive nicht zu Grunde gelegen haben, sondern nur das Motiv einer falsch verstandenen Freundschaft, wobei der Genosse Verthold sich dadurch gebet glaubte, daß er seiner verantwortlichen Zeichnung der betreffenden Zeitschrift ein F. V. (in Vertretung) voransetzte. Das Schiedsgericht war in seiner Mehrheit der Auffassung, daß im vorliegenden Fall, wo dem Betreffenden so außerordentlich viele Entschuldigungsgründe zur Seite standen, es sich mit dem schärfsten Tadel des Betreffenden genügen lassen sollte. Der Ausschluß ist doch schließlich das Schlimmste, was einem Parteigenossen geschehen kann, und die Sache lag nicht so, daß man bei diesem ersten Fall gleich zum schärfsten Mittel greifen sollte. Alle Umstände müssen erwogen, der ganze Sachverhalt human beurteilt werden, sowie wir es auch von den bürgerlichen Gerichten verlangen. Dem Dr. Verthold ist der schärfste Tadel erteilt worden, der einem Parteigenossen erteilt werden kann. An dem Urteil selbst kann der Parteivorstand nichts ändern, denn das Schiedsgericht ist in seinem Urteil souverän. Es wird in der Partei, ja überhaupt, einen zweiten Dr. Verthold nicht geben. Dieser Persönlichkeit, dieser Individualität glaubte die Mehrheit des Schiedsgerichts Rechnung tragen zu müssen. Deshalb liegt keine Gefahr vor, daß sich ähnliche Fälle wiederholen werden, um so mehr, als der Tadel so eindringlich und scharf gefaßt war, daß er eine Warnungstafel darstellt, die jeden, der uns Unkenntnis so etwas noch einmal versuchen wollte, verhindern wird, einen derartigen Versuch zu machen. In jedem anderen Falle würde der Ausschluß, wenn nicht abnorme Verhältnisse vorliegen, selbstverständlich erfolgen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Ueber den Antrag 24 beantragt Thiel-Kassel Uebergang zur Tagesordnung. Thiel-Berlin spricht gegen den Uebergang; man müsse doch mindestens die Gründe der Antragsteller hören. Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt.

Paul Hoffmann-Hamburg:

Persönlich bin ich von der Richtigkeit des Antrages nicht überzeugt (Weiterkeit); es sind nur drei Genossen hier, auf die der Antrag zutreffen würde. Es wäre gar kein Unglück, wenn diese Genossen, die doch in der Partei mitarbeiten, auch mal mitstimmen. Ich habe den Antrag begründet, weil ich es mußte. (Weiterkeit.)

Ad. Hoffmann-Berlin:

Der Antrag ist doch ernster als es der Vorredner darstellt; denn oft kommt es bei der Abstimmung auf wenige Stimmen an. Es wäre überhaupt an der Zeit, daß der Parteivorstand einmal den § 9 des Organisationsstatuts einer Revision unterzieht. Es sind hier 12 Kreise mit 3, 25 mit 2 und 113 mit einem Delegierten vertreten. Unter den mit 3 Delegierten vertretenen befinden sich Berlin, München, Nürnberg, Teltow-Weeslow, Leipzig-Stadt und Land, Chemnitz, Stralburg — und Rosenheim. (Weiterkeit.) Als Delegierte für Rosenheim ist u. a. Frau Lily Braun aus Berlin hier anwesend. Ich bin ja überzeugt, daß Frau Braun nicht aus irgend einer liebenswürdigen Freundschaft das Mandat erhalten hat (Weiterkeit), sondern für ihre Verdienste um die Landagitation. Mich freut das sogar, denn das zeigt, daß wir Norddeutsche unrecht haben, wenn wir immer glauben, die Bayern sind Preußenfeinde. (Weiterkeit.) Sie holen sich sogar ihre Delegierten aus Preußen, mehr kann man nicht verlangen. (Weiterkeit.) Sie wissen aber auch, daß Leute mit Mandaten zum Parteitag kommen, von deren Existenz wir bis dahin keine Ahnung hatten, die wohl die Ehre der Vertretung, aber nicht die Last der Mitarbeit auf sich laden wollen. Wenn wir sehen, daß ein Kreis mit 254 Stimmen eben so viel Delegierte haben kann wie einer mit 58 000, dann sollten wir veranlaßt werden, Wandel zu schaffen und ein Wahlrecht einzuführen, das als proportionales bezeichnet werden kann. Das ist heute nicht möglich, wohl aber können Sie den Antrag dem Parteivorstand zur Verächtlichung überweisen. Auch die Frage, ob die Reichstags-Abgeordneten stimmentreu haben sollen, konnte dann erledigt werden. Ebenso müßte mal die Frage erörtert werden, ob nicht die Delegationskosten auf die Gesamtpartei übernommen und Sammellisten für das ganze Reich vom Parteivorstand herausgegeben werden könnten. Jedenfalls entspricht die Vertretung und die Art und Weise, wie manchmal Skandale zu Stande kommen, nicht der Würde des Parteitages. (Zustimmung.)

Bernard-Hamburg:

Die Worte des Vorredners veranlassen mich, da ich als Vertreter des Hamburger Parteigebiets hier bin, zu erklären, daß in einem Falle, wo meine Abstimmung entscheidend gewesen sein soll, die Ablehnung mit 158 gegen 72 Stimmen erfolgt ist. Meine Stimme kam also gar nicht in Betracht. Diejenigen, die sich über ihre Geschäftsführung zu verantworten haben, müssen doch auch das Recht haben, hier zu sein.

Gerisch:

Der Antrag geht weiter, als es scheint, er bezweckt, den Abgeordneten, den Controllieren und den Vorstandmitgliedern das Recht der Teilnahme an den Abstimmungen zu nehmen. Ich gebe zu, daß die gegenwärtige Art der Vertretung keine ideale ist; Fälle, wie sie Hoffmann angeführt hat, sind bis jetzt noch auf jedem Parteitag vorgekommen. Aber das darf uns nicht veranlassen, so grundlegende Abänderungen am Organisationsstatut vorzunehmen, und am allerwenigsten sollten wir die Rechte der Reichstags-Abgeordneten verkümmern. Es wäre doch geradezu ein Schlag ins Gesicht der Parteigenossen, denen die gewaltige Arbeit im Parlament aufhalten, nicht als vollberechtigte Mitglieder des Parteitages anzuerkennen. In den Statuten anderer Parteien finden sich ähnliche Bestimmungen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag nicht dem Vorstand zu überweisen, sondern ihn abzulehnen. Die jetzige Form des Statuts ist seiner Zeit nach jahrelangen Erwägungen gewählt worden und wir sollten das, was sich bis jetzt als gut erwiesen hat, nicht deshalb über Bord werfen, weil nicht alles ganz vollkommen ist. Auch der Genossin Braun wird niemand bestreiten können, daß sie in ihrer Weise sehr thätig für die Partei ist.

Vollmar:

Ich will über den Antrag selbst kein Wort verlieren, ebenso wenig will ich die Gelegenheit benutzen, dem Genossen Hoffmann-Berlin die Antwort zu geben, die ihm eigentlich gebührt. (Sehr gut!) Die Angelegenheit ist schon zu vielfach auf Parteitagen erörtert worden, als daß man darüber noch viel diskutieren sollte. Ich will nur zwei Bemerkungen machen. Es ist Hoffmann merkwürdig vorgekommen, daß der Kreis Rosenheim von einem ihm statutarisch zustehenden Recht, drei Delegierte zu schicken, Gebrauch gemacht hat. Es schien fast so, als wenn Hoffmann bei dieser Gelegenheit den Namen Rosenheim zum erstenmal gehört hätte. (Weiterkeit.) Der Kreis Rosenheim ist nun der beste Landwahlkreis, den wir in Altbayern überhaupt haben. Wir haben dort eine sehr gute Organisation, so daß, wenn einer unserer altbayerischen Landwahlkreise außer dem formellen auch ein sachliches Recht zu einer derartigen Vertretung hat, es gerade dieser Kreis ist. Es schien Hoffmann nicht recht gefallen zu haben, daß Frau Lily Braun dort gewählt worden ist. (Weiterkeit und Beifall.) Auf: Im Gegenteil! Natürlich, das kennen wir ja! (Weiterkeit und Beifall.) Er hat allerdings gesagt, es sei nett, daß die Bayern sich ihre Delegierten sogar aus Preußen holen. Ich möchte ihm sagen: es kommt nur darauf an, was für eine sind! (Große Heiterkeit und Händeklatschen.) Ob aber Genosse Hoffmann angenommen worden wäre aus Preußen, ist mir zweifelhaft. (Erneute große Heiterkeit.) Genossin Lily Braun ist auch nicht aus Preußen geholt worden, sondern ist im Wahlkreise Rosenheim längere Zeit, eine Reihe von Wochen oder Monaten aufhältlich gewesen, sie hat von dort aus, von Birkenstein aus, 2 Versammlungen abgehalten, die den Rosenheimern so gut gefallen haben, daß sie sich darauf die Freiheit genommen haben, ohne erst beim Genossen Hoffmann anzu-

fragen, die Genossin Lily Braun zu delegieren. (Große Heiterkeit und Beifall, Jurauf Hoffmanns.) Es wäre doch besser gewesen, diese Bemerkungen über das Zustandekommen von Mandaten von Leuten, die gerade dem einen oder anderen nicht passen, zu unterlassen. Wenn Hoffmann irgend etwas weiß, was zu Ungunsten des Mandates spricht, was zeigt, daß das Mandat der Genossin Lily Braun nicht mit rechten Dingen zu Stande gekommen ist, dann mag er es sagen, wenn er das aber nicht weiß, mag er schweigen. (Große Heiterkeit und Beifall. Jurauf: König von Bayern.)

Krause-Chemnitz: Hoffmann hat sich auch über die Zahl der Chemnitzer Mandate aufgehalten. Die Chemnitzer aber haben mit ihrer Delegation nur von ihrem Rechte Gebrauch gemacht.

Hoffmann-Hamburg:

Wenn die Fassung des Antrags die Deutung zugelassen hat, die ihr Gerisch gegeben, so mag das an seiner unglücklichen Formulierung liegen. Der Antrag soll keine Änderung des Organisationsstatuts enthalten. Er kann nur so interpretiert werden, daß er verhindern soll, daß diejenigen, die kein Mandat haben, an der Abstimmung teilnehmen. Es ist mir unter schwer festzustellen, ob jemand Delegierter ist, oder nicht. Bei den Parteitagverhandlungen setzen sich sehr oft andere Genossen zwischen die Delegierten, so daß man schwer kontrollieren kann, ob die Abstimmung richtig ausfällt. (Sehr richtig!) Es soll also in keiner Weise eine Änderung des Organisationsstatuts herbeigeführt werden. Wir würden uns ja selbst ins Gesicht schlagen, wenn wir ein solches Mißtrauensvotum gegen Parteivorstand und Fraktion aussprechen wollten. Für so dumm müssen Sie die Hamburger nicht halten. (Weiterkeit.)

Der Antrag 24 wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Es folgt der Antrag 27.

Singer: Die Materie dieses Antrages gehört gar nicht zu den Obliegenheiten des Parteitages. (Sehr richtig!) Die Kreis- und Provinzial-Organisationen sind durchaus selbstständig. Wenn sie nicht gegen das Organisationsstatut verstoßen, so haben wir von hieraus keinen Anlaß einzugreifen. Eine Änderung des Organisationsstatuts aber ist nicht beantragt. Wir sollten uns also doch überlegen, ob wir diesen Antrag zur Verhandlung stellen können. Ich frage, ob der Parteitag geneigt ist, den Antrag zu diskutieren.

Es wird Uebergang zur Tagesordnung über Antrag 27 beantragt.

Wesler-Biesbaden: Ich halte den Uebergang zur Tagesordnung nicht für gerechtfertigt. Ich würde ja den Antrag gern zurückziehen, aber ich habe den Auftrag von den Antragstellern übernommen, ihn zu begründen. Wenn Sie mich durch Uebergang zur Tagesordnung davon befreien wollten, so wäre ich ganz froh darüber. (Weiterkeit.)

Singer: Ich konstatiere, daß dem Genossen Wesler ein Gefallen geschieht, wenn dieser Antrag nicht zur Verhandlung kommt. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Es folgt Antrag 27a.

Singer: Nach meiner Meinung ist dieser Antrag durch den vorher gefaßten Beschluß erledigt. (Sehr richtig!)

Antrag 27a wird durch die vorhergehende Beschlußfassung für erledigt erklärt.

Es folgen die Anträge Ziegl und Kimmel (99 und 127).

Fran Ziegl:

Der Mainzer Parteitag hat bekanntlich nach der Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine eine Reorganisation der Partei vorgenommen. Die von uns dort eingebrachte und vom Parteitag angenommene Resolution ist von einigen Leuten in Hamburg so verstanden worden, als sollte in den Staaten, wo die Frauen Mitglieder der politischen Vereine der Männer werden dürfen, wie in Hamburg, das System der weiblichen Vertrauenspersonen aufgehoben sein. Davon war aber doch keine Rede. So dumm sind wir Frauen doch nicht, wenn man uns auch manchmal für ein bißchen dumm hält, daß wir selbst einen Antrag auf Einschränkung unserer Rechte einbrachten. Das Groß der Hamburger Genossen hat sich dieser meiner Auffassung auch angeschlossen. (Stimme Hamburg ruft: Nein! Nicht doch!) Es wird jetzt von Stube befreit, aber es wird nur von Kimmel und Roenen und Heine zugegeben werden (Heine-Hamburg: Nein! — Große Heiterkeit.) So konstatiere ich es trotzdem. (Erneute große Heiterkeit.) Ich habe meine Resolution nicht eingebracht, um speziell für die Hamburger Verhältnisse eine Entscheidung herbeizuführen, sondern um eine Interpretation unserer Mainzer Resolution im allgemeinen zu geben. Ich bitte Sie um die Annahme. (Sehr richtig.) Die ganze Agitation der Frauen ist stets im Rahmen und zum Nutzen der gesamten Agitation der Partei erfolgt. (Bravo!) Den Antrag Kimmel bitte ich abzulehnen.

Die Weiterberatung der beiden Anträge wird auf morgen vertagt.

Hoffmann-Bielefeld beschwert sich, daß die Abstimmung über die Wahl des Vorstandes und der Controllen bereits geschlossen war, als er 1/4 nach 3 Uhr den Saal betreten habe.

Singer erklärt, daß die Sitzung um 3 Uhr anberaumt war. Im übrigen sei die Abstimmung geschlossen und eine nachträgliche Stimmgabe unmöglich.

Singer erteilt hierauf das Wort zu einer nachträglichen persönlichen Bemerkung zu Antrag 24 an Hoffmann-Berlin, wobei er ausdrücklich bemerkt, daß durch diese Worterteilung kein Präcedenzfall geschaffen werden soll gegenüber der Geschäftsordnung, wonach persönliche Bemerkungen am Schluß der Debatte über den betreffenden Gegenstand gemacht werden müssen.

Richard Fischer-Berlin erhebt principiellen Widerspruch. Der Parteitag bestätigt die Worterteilung für den Ausnahmefall.

Adolf Hoffmann-Berlin: Vollmar hat mich gänzlich mißverstanden. Ich wollte dem Kreise Rosenheim nicht das Recht befehlen, die Delegierten zu senden, die ihm passen. Vollmar hatte also keine Ursache, mich zur Zielscheibe seiner billigen Witze zu machen. (Widerpruch. Sehr richtig!) Daß er mich nicht widerlegt hat, hat die Annahme meines Antrages bewiesen. Schluß 7 Uhr.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.
Montag, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr,
in den Armin-Hallen, Kommandanten-Strasse 20,
Vortrag von Fräulein Dr. Springer:
„Wie erziehen wir unsere Kinder zu gesunden Menschen?“
Wäsche willkommen. 55/15 Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.
Sonntag, den 21. September, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus
grosser Saal, Engel-Ufer 15:
Lichtbilder-Abend.

1. **Athen und seine Denkmäler** (Vortrag von Prof. Dr. Seiler.)
2. **Im Fluge durch die Welt.** Eine Serie der interessantesten Städte, Landschaften, Kunst- u. Baudenkmäler der Erde.
Vortragender: Herr W. Rex. Projektour: Herr A. Loebel.
Entree 30 Pf. inkl. Garderobe. 5/2
Nachdem: **Gemüthliches Beisammeln mit Tanz.**

Restaurant zum Lindenpark
Friedrichsfelde, an der Kirche. Gastelecke Lindenpark der Straßenbahn Spittelmarkt-Alexanderplatz-Friedrichsfelde. Größtes Etablissement des Ortes. Großer Turm und Spielplatz. Bereiten und Schenken bestens zu empfehlen. Kaffeecke von 2-6 Uhr geöffnet. A. Gesch. *

Achtung! Gebr. Cranz' Festsäle Achtung!
Neu! Köslinerstr. 8. Neu!
Wir machen den geachteten Vereinen und Gewerkschaften hiermit bekannt, daß wir oben genanntes Etablissement nach glänzender Renovierung Anfang Oktober eröffnen werden. Dasselbe ist modern und mit allem Komfort, der der Zeit entspricht, eingerichtet.
Wöchentlich empfehlen wir den geachteten Vereinen und Gewerkschaften unseren **grossen Festsaal mit neuer Beleuchtung**, 1200 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten und Besammlungen und noch Sonnabende im Oktober, November, Dezember, Januar, Februar und März frei.
Anmeldungen werden schon jetzt im „Victoria-Garten“, Badstr. 12, angenommen. 493/99
Bedaufungsvoll **O. Cranz.**

Graumanns Festsäle
Nannynstrasse 27.
Meine eleganten Säle mit Bühne sind noch für **Sonnabende** und **Montage** an Vereinen zu vergeben.
Bersprecher Amt IV. Nr. 7324. **Gustav Graumann.**

Feuersteins Festsäle
Alte Jacobstrasse 75.
Empfehle meine Festsäle, **300, 250, 150, 100 Personen** fassend, zu Festlichkeiten und Versammlungen. Desgleichen Vereinsräume, **150, 100, 50 Personen** fassend. Amt I. No. 867.

Seiden-Damaste, schwarz, weiß, farbig, von **1,20 M.**
Blusen- u. Robenseide von **1,00 M.**
Seidene Futterstoffe jeder Art von **0,75 M.**
Bäckisch-Seide in allen Farben v. **0,50 M.**
Bevor Sie Seide kaufen und Hochzeit-Seide.
Aus meinem Engros-Lager an gesammelte Seiden-Neuheiten, reichend für Moden, Plusen etc. werden nach unter Engros-Preis anverkauft.
51139* **Hermann Herzog**
Seiden-Engros-Haus nur Spandauer Strasse 57, 1 Troppa.
Engros Export

Zum Umzuge!
Möbel, Spiegel u. Polsterwaren
auf Teilzahlung wie gegen bar.
Peblowicz & Seide, Wollinerstrasse 46.
60879*

Sonder-Angebote in Herbst-Kleidung

Cheviot-Anzüge	für Herren, 1 und 2reihig, preiswerter Cheviot	10 M.
Herbst-Anzüge	für Herren, Neuhäuten in glatten und gestreiften Melangen	15 M.
Gehrock-Anzüge	schwarze, satinierte und gerippte Stoffe	27 M.
Herbst-Paletots	f. Herren, schönes Melton, Diagonal und Cheviot	18 M.
Herbst-Havelocks	Praktische Loden und Cheviots	6 M. 75
Gummi-Paletots	für Herren, echt englisches Fabrikat wasserdicht	15 M.
Stoff-Hosen	für Herren, vorzügl. Buckskins in gestreiften und glatten Mustern	4 M.
Loden-Joppen	für Herren, praktische Façons, in Loden und Cheviot	2 M. 25
Gefütterte Litewka	Blaue Cheviots, nach Verschnitt gearbeitet	7 M. 50
Radfahrer-Anzüge	für Herren, Grosse Auswahl in Stoffen und Façons 18, 15, 12	5 M. 50
Knaben-Cheviot-Anzüge	Blousen-Größen 6 8 4 3 2 Gr. 1 Façon Preis 3.50, 3, 2.75, 2.50, 2.25	2 M.
Herren-Piqué-Westen	Schöner Ripa-Piqué, Moderne Ausführung	1 M. 75

Herren-Anzüge nach Maass
Hochmoderner Schnitt, elegante Ausführung 56, 52, 48, 42, 36, 30, **24 M.**

Herren-Hosen nach Maass
Hochmoderner Schnitt, elegante Ausführung 21, 18, 16, 14, 11, 9, **6 M. 50**

Einsegnungs-Anzüge

Ausserordentlich reichhaltige Auswahl
9 Mark
in Satin, Kammgarn, Diagonal, Cheviot, Drapés, Tuch, Melton usw.
33, 30, 27, 24, 21, 18, 15, 12,

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält folgende Gaben unentgeltlich:



Regenschirme
für Herren und Damen
mit zweijähriger Garantie,
Vorzüglicher Taffel-Gloria,
Seidener Bezug
Hochmoderne
Griffe . . . M. **3.90**

**Wäsche, Hüte,
Cravatten, Handschuhe**
u. a. w. für die Einsegnung zu
besonders billigen Preisen.

BAER SOHN

SPECIAL-HAUS GRÖSSTEN MAASSSTABES.

Chausseestr. 24 a - 25 11 Brückenstrasse 11
Zwisch. Invalidenstr. u. Friedr.-Wilhelm- Theat. Zwischen Jannowitzbrücke u. Köpenickerstr. (Ecke Rungestr.)

Gr. Frankfurterstr. 20

Kala Koppenstrasse. - Am Bürger-Hospital

Grösste Auswahl
Feste Preise
Baar-Verkauf
Billigste Preise.

Die schönsten Herren-
Knappe Herrengarderobe in neu,
sowie speziell 495728
Monatsgarderobe
von Kavaliereu zurückgelagte
Sachen, fast neu, für jede Figur
passend, sind in grösster Auswahl
zu haarend billigen Preisen stets
zu haben.
J. Wand, Prinzenstr. 17,
Ecke Wasserthorstrasse.

Die schönsten Herren-
Knappe Herrengarderobe in neu,
sowie speziell 22708
Monatsgarderobe
von Kavaliereu zurückgelagte
Sachen, fast neu, für jede Figur
passend, sind in grösster Auswahl
zu haarend billigen Preisen stets
zu haben.
Schnurmacher,
Skaltzerstrasse 113.

Reste in Herrenstoffen
für Anzüge u. Winterpaletots
aus unsern Engrosbeständen
solche auch für Damen-Paletots und Kinderanzüge
spottbillig an Jedermann!!!
Sonntags auch von 8-10 und 12-2 Uhr für den
Resteverkauf geöffnet!!!
Tuchfabrik Niederlage
Koch & Seeland,
Berlin, Ross-Strasse 2. 22225*

Öffentliche Versteigerung
von Konkursmasse.
Am Dienstag, d. 23. d. Mts.,
von vorm. 9 Uhr ab sollen auf
dem Holzplatz **Brenzlaue**
Allee 249 die zur **Willy**
Meinckeschen Konkursmasse ge-
hörigen Holzbestände, bestehend in
Kiefern, Kopp- und Stamm-
brettern, Bohlen und Stamm-
bohlen in kleineren Posten öffentlich
meistbietend durch den Gerichts-
vollzieher **Fago** hier selbst ver-
steigert werden, wozu Kaufstüchtige
eingeladen werden.
Berlin, den 19. September 1902.
Der Konkursverwalter
Kochme.

Reste
sur 51228*
Damen - Mäntel - Konfektion
und Kindergarderobe.
Futterselben, Besatz-
artikel,
fertige Mäntel in gross. Ausw.
zu billig. Preis.
C. PELZ,
4. Kottbuserstrasse 4.

Achtung, Vereine!
Bernhard Ranbes Festsäle
Kolbergerstrasse 23.
Nischenthalder ist der 18. Oktober
frei geworden.

Achtung! Vereine!
Totensonntag, der erste Weih-
nachtsfest und Sonnabend, den
22. November, ist noch zu vergeben.
Etablissement „Süd-Ost“,
Waldemarstr. 75. [5107L*]

WARENHAUS A. WERTHEIM

In dieser Woche:

Ausstellung von Neuheiten für den Herbst
und Winter
in Damen-Konfektion, Pelzwaren und Damenhüten (Pariser Modelle)

Während der Ausstellung:

Extra-Preise für Kleiderstoffe und Damenhüte

Ein Posten: Noppenstoffe im engl. Geschmack, gute Qual., regul. Wert 1.50, Mtr. 95 Pf.	Ein Posten: Reversibles starkfäd. Homespun ca. 120 cm br., regul. 2.90, Mtr. 2.10 Mk.
Ein grosser Posten: Reinwoll. Kleiderstoffe in dunklen Melangefarben mit weiss. Effekten, vorzügl. Qual., ca. 115 cm breit, regulärer Wert 2 bis 3 Mk., Mtr. 1.65 Mk.	
Homespun-Hut, Marquisform mit Sammetband garniert u. eingefasst 2.75 Mk.	Eleganter Damenhut m. Sammet u. Federpompon garniert 4.95 Mk.
Farbiger Filzhut, gebügelt, Krempe und Kopf mit eleganter Bandgarnitur 4.25 Mk.	„Neuheit!“ Filzhut „Form Panama“, mit schmalem Ripaband garniert 4.35 Mk.
Homespun-Hut für junge Mädchen, mit eleganter Garnierung 4.35 Mk.	„Neuheit!“ Filzhut gebügelt, „Form Czardas“, mit Krimmerborte u. Schnur garn. 5.40 Mk.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

München, 20. September 1902.

Sechster Verhandlungstag. Sonnabend-Sitzung.

Beginn 8 1/4 Uhr; den Vorsitz hat Singer. Welter-Biesbaden hat unter Zustimmung Debels und unter Genehmigung des Bureau folgende schriftliche Erklärung abgegeben: Der Abgeordnete Debels hat mir vorgeworfen, mit meinen Ausführungen die Glaubensfreiheit angegriffen zu haben. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe behauptet, daß die Gewissensfreiheit noch nicht garantiert ist durch die Trennung von Kirche und Staat, daß außerdem die große Gewalt, die die Kirche auch ohne die staatliche Unterstützung über die Gemüter ausübt, gebrochen werden muß, daß auch die Eltern kein Recht haben dürfen, das Innenleben ihrer Kinder zu verewaltigen durch die Ueberweisung derselben an eine Religionsgemeinschaft.

Seitens des Vorsitzenden einer gestern Abend in München abgehaltenen öffentlichen Versammlung ist dem Parteitag die Mitteilung zugegangen, daß diese Versammlung die Annahme der Resolution 88 a empfiehlt.

Die Diskussion über die Anträge 99 Zieg und 127 Kimmel wird fortgesetzt. Zur Begründung seines Antrages erhält das Wort

Kimmel - Hamburg:

Ich bin nicht der Ansicht, der Frau Zieg gestern Ausdruck gegeben hat, und wir haben auch in Hamburg eine ganze Reihe von Genossinnen, die die Meinung der Frau Zieg nicht teilen, sondern ihren Standpunkt sogar verurteilen. Die Frauen müssen, wenn sie wirksam agitieren wollen, sich doch immer wieder an uns wenden. Der Antrag Zieg würde zur Folge haben, daß eine weibliche und eine männliche Organisation entsteht und daß die Kräfte zerstückelt werden. Auch in den Gewerkschaften wirken doch Personen beiderlei Geschlechts zusammen. Frau Zieg ist ja Vertrauensperson für Hamburg, aber in organisatorischer Beziehung läßt ihr Vorgehen manches zu wünschen übrig. Das hat sich erst neulich bei der Einberufung der Versammlung in Hamburg gezeigt, wo Frau Zieg das Referat hielt, da hat sie einen schönen Stummelredner angestellt. Wo es den Frauen möglich ist, die Mitgliedschaft in Wahlvereinen zu erwerben, müssen sie mit uns zusammen marschieren und ihre Sonderbindnisse lassen. Sie hatte eine Sekretärin, die eine Vertreterin, diese Vertreterin hatte eine andere Vertreterin, die aber verreist war, und schließlich hat der Mann der Vertreterin der Vertreterin die Versammlung organisieren müssen. (Heiterkeit.)

Koenen - Hamburg:

Ich bedauere sehr, daß wir uns hier mit dieser rein lokalen Angelegenheit beschäftigen müssen. Da aber Genossin Zieg die Sache hier vorgebracht hat, so müssen wir, die wir die Sache in Hamburg miterlebt haben, uns an der Debatte beteiligen. Frau Zieg verließ sich gestern auch auf mich für ihre Behauptung. Wir hatten uns verständigt, es ist aber nicht wahr, daß wir uns im Sinne der Frau Zieg verständigt hätten. Als wir in Hamburg durch die Münzger Reichsliste in die Lage kamen, das Vertrauensmännchen für die Männer zu befehlen, legte Frau Zieg es durch, daß trotz jener Münzger Reorganisation die weiblichen Vertrauenspersonen beibehalten werden. Ein großer Teil der Hamburger Parteigenossen ist der Meinung, daß diese Beibehaltung nur um deswillen so sehr gewünscht wurde, um wenn man von der allgemeinen Organisation kein Mandat erhalten würde, sich von der Frauenversammlung ein Mandat anstellen zu lassen. Das habe ich auch Frau Zieg gesagt. Sie fühlte sich dadurch allerdings schwer beleidigt. Trotzdem ist dies die Meinung vieler Hamburger Genossen. Man hat sich ein besonderes Mandat nach Paris ausstellen lassen von einer Frauenversammlung usw. Dabei haben wir Hamburger uns gegenüber der Frauenmitarbeit nie ablehnend verhalten. Wir haben die Genossinnen Zieg, Zieg, Waader und Zugenburg in Hamburger Versammlungen gehört. Wir haben sie schlecht und recht gehört, hoch und niedrig, erster und zweiter Güte, wir haben sie so genommen wie sie waren. (Große Heiterkeit.) Natürlich wird man uns nachher immer in schmetternden Trompetentönen verkünden, daß seien die Erfolge der Frauen gewesen. Die Thätigkeit der Frauen ist bei der Delegiertenwahl von den Parteigenossen ganz richtig eingeschätzt worden. Wir konnten mit der Thätigkeit der Frauen unter keinen Umständen einverstanden sein. Kimmel hat bereits gesagt, wie es mit der Thätigkeit der Frau Zieg aussieht. Frau Zieg, die Hamburger Vertrauensperson, kann ihre Stellung in Hamburg nicht ausfüllen, wenn sie sich auf den Triumphzügen ihrer Agitationsreisen durch Deutschland befindet. In einer Versammlung, die unter dem Druck eines Ereignisses stand, wie es glücklicherweise nicht alle Tage vor kommt, hat Frau Zieg versucht, im Trüben zu fischen. Wenn eine Verständigung zu Stande kommen soll, so muß dies auf ganz anderer Grundlage geschehen.

Singer erklärt, daß er heute, um möglichst allen vorliegenden Anträgen gerecht werden zu können, streng an der durch die Geschäftsordnung bestimmten Redezeit für die einzelnen Reden festhalten werde. Die vorliegende Frage möge doch etwas aus den rein lokalen Verhältnissen herausgehoben und mehr auf das Gebiet allgemeiner Gesichtspunkte hinübergeleitet werden.

Frau Zieg - Stuttgart:

Ich befinde mich leider in der Lage, einiges ganz Lokales und Persönliches hier festzustellen. Ich muß gegen die Vorwürfe, die Genossin Koenen der Genossin Zieg machte, entschieden Verwahrung einlegen. Er hat spöttisch gemeint, ihre Agitationsreisen seien ja wahre Triumphzüge. Wer da weiß, wie die Genossin Zieg arbeitet und die aufreibendste und anstrengendste Agitationsarbeit leistet (Sehr richtig!), der wird mir beistimmen, daß es nicht angebracht ist, in diesem wegwerfenden Tone zu reden. Wer so feige ist und zu jeder Zeit so auf der Schanze steht wie die Genossin Zieg, der hat es wahrlich nicht nötig, sich einen Posten als Vertrauensperson zu schaffen, um zu einem Mandat zu kommen. Was nun den Antrag Zieg betrifft, so handelt es sich nicht darum, eine eigene weibliche Sonderorganisation zu schaffen, sondern nur einen Mittelpunkt für die agitatorische Kleinarbeit, damit wir die Frauen in die allgemeine Bewegung einführen können. Es handelt sich also nicht um eine weibliche Nebenregierung, um einen Weiberstaat im allgemeinen Staate, sondern nur darum, ein für die Organisation des weiblichen Proletariats geeignetes Organ zu schaffen. Die Eigenart des weiblichen Charakters, die Sonderstellung, welche die Frau im Hause einnimmt, verlangt, daß man ihr mit ganz anderer Kleinarbeit nachgehen muß als den Männern, die in den Kneipen, Werkstätten etc. zu finden sind, während die Frauen, sobald sie Hausfrauen werden, davon ausgeschlossen sind. Auch die socialdemokratischen Vereine werden erst dann mehr weibliche Mitglieder bekommen, wenn wir weibliche Vertrauenspersonen besitzen. Hamburg hat jetzt schon über 900 weibliche Mitglieder. Bedenken Sie, daß sich darunter Hunderte befinden, die den Mann im Kampfe um seine Ideale im politischen und gewerkschaftlichen Kampfe nicht mehr zu hindern suchen und daß unter den socialdemokratischen Frauen Tausende sind, die ihre Kinder zu den Idealen des Socialismus erziehen. Sie wehren dem Mann seinen schlimmsten Feind ab, der am häuslichen Herd in Gestalt der Frau sitzt. Bedenken Sie endlich, daß wenn wir die Kinder erobern, wir auch die Zukunft erobern. (Lebhafter Beifall.)

Stubbe - Hamburg:

Die Behauptung der Genossin Zieg, daß die Hamburger sich in einer Versammlung ihrer Meinung angeschlossen hätten, ist unzutreffend. In der Versammlung wurde über den hier vorliegenden

Antrag gar nicht beraten. Ich halte den Antrag Zieg für ganz überflüssig, nur im Vereine mit uns werden die Frauen etwas erreichen. Wir haben in Hamburg 900 organisierte Genossinnen, aber nur eine ganz kleine Zahl von ihnen beteiligt sich an der Agitation. In der Versammlung machen sie uns Vorwürfe, aber selbst mitarbeiten wollen sie nicht. Höhere Posten nehmen sie ja an, doch in kleineren Stellen, z. B. die von Distriktleitern, wollen sie nicht hinein. Infolge des Vorgehens der Frauen, die Versammlungen einberufen an denselben Tagen, wo wir welche abhalten, hat sich in Hamburg schon eine Nebenregierung entwickelt. Wie kommt eigentlich Frau Zieg dazu, uns vorzuwerfen, daß wir die Frauenagitation nicht unterstützen? Ich kann sie nur bitten, die beiden vorliegenden Anträge abzulehnen und es bei der Resolution 72 von Mainz zu belassen. In Hamburg ist es bisher nicht zu Differenzen gekommen, man vermeide es daher, Differenzen heraufzubeschwören. Ein Schlussantrag wird angenommen.

Persönlich bemerkt Frau Zieg: Sie habe den Männern nicht mangelhafte Unterstützung der Frauen vorgeworfen. Wegen die Unterstellungen, sie lasse sich nur deshalb zur weiblichen Vertrauensperson wählen, um ein Mandat zum Parteitag zu erhalten, müsse sie sich entschieden verwehren. Auf die übrigen persönlichen gebliebenen Vorwürfe zu antworten, halte sie unter ihrer Würde. (Bravo!)

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages Zieg. Der Antrag Kimmel ist dadurch erledigt.

Weitere Anträge zu Punkt 9, Anträge zum Programm und zur Organisation liegen nicht vor.

Es folgt Punkt 10:

„Sonstige Anträge“.

Singer schlägt vor, die vorliegenden Anträge folgendermaßen einzuteilen: a) Parteipresse, b) Agitation, c) Alkoholfrage, d) Tagesordnung des nächsten Parteitages, e) Ort des nächsten Parteitages. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch. Zum Punkt

„Parteipresse“

liegen vor die Anträge 32, 37, 38, 39, 42, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 51, 52, 59, 94*) Antrag 81 erledigt sich dadurch, daß bereits jetzt entsprechend verfahren wird.

Zu Antrag 89 erklärt Förster zur Geschäftsordnung, daß die Parteigenossen von Reuß in ihrer Gesamtheit von diesem Antrag durchaus nichts wissen. Der Antrag findet keine Unterstützung.

Unterstützt werden die Anträge 37, 39, 47, 48, 49, 51, 53, 54, 55 und 94. Antrag 37 wird begründet von

Gogowski - Posen:

Wir sind unsterblichen Genossen schuldig, ihnen das vorliegende Agitationsmaterial, z. B. das auf dem Parteitag gebotene, in ihrer Muttersprache zugänglich zu machen. Das wird nur mög-

*) 32. Parteigenossen in Groß-Ottersleben: Den in der Provinz erscheinenden Parteiblättern ist von Zeit zu Zeit zur Hebung der Landagitation die Herausgabe eines den lokalen Verhältnissen angepaßten Agitationsblattes dadurch zu ermöglichen, daß ihnen auf Antrag eine materielle Unterstützung gewährt wird.

37. Die Agitationskommission und der Wahlverein für die Provinz Posen: Die in polnischer Sprache in Posen erscheinende Wochenchrift „Gazeta Ludowa“ aus der Parteikasse finanziell zu unterstützen.

38. Der Wahlverein Mey i Lothringen: Es sind die Mittel flüssig zu machen zur Herausgabe einer Partei-Wochenzeitung für Lothringen, die in deutscher und französischer Sprache erscheint.

39. Parteigenossen in Karlsruhe: In Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfiehlt, für Partei-Organen in der Provinz einen den Raumverhältnissen dieser Blätter entsprechenden Reichstagsbericht von Partei wegen bestehen zu lassen.

42. Parteigenossen Berlin IV: In unserm Partei-Organ, dem „Vorwärts“, ein Fremdsprachen-Verzeichnis einzurichten, um in manchen wichtigen Fragen ein leichteres Verständnis für die Leser zu erzielen.

47. Parteigenossen in Hannover und Karlsruhe-Bruchsal: Die „Neue Zeit“ ist wieder in eine Monatschrift umzuwandeln und der Bezugspreis möglichst billig anzusetzen.

48. Dieselben und die Parteigenossen in Heidelberg und Düsseldorf: Der Verlag der Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ ist anzuhalten, daß in der der „Neuen Welt“ beigefügten Annoncenbeilage nur solche Inserate Aufnahme finden, welche einen schwindelhaften Inhalt nicht haben.

49. Die Parteigenossen in Dresden: Die Inseraten-Beilage zur „Neuen Welt“ ist unter strenger Kontrolle der aufzunehmenden Annoncen auch für die Zukunft beizubehalten.

50. Die Parteigenossen in Götting-Lauban: Daß der „Wohre Jacob“ wieder wie in früheren Jahren mehr belehrende Artikel bringt.

51. Parteigenossen in Randow-Greifenhagen: Der Verkaufspreis des Arbeiter-Kalenders wird von 60 auf 50 Pf. ermäßigt. Der Bezugspreis für Buchhandlungen und Kolportiere von der Verlagsanstalt bleibt unverändert. — Die Inseratenblätter werden in Zukunft nicht mehr in die Mitte, sondern ganz zuletzt am Schlusse des Kalenders eingeklebt.

54. Die Parteigenossen des III. Hamburger Wahlkreises erheben Protest gegen die illustrative und textliche Ausgestaltung der diesjährigen „Mai-Zeitung“, die nicht den Erwartungen entspricht, welche mit Recht an eine „Mai-Zeitung“ mit solcher Massenaufgabe gesetzt werden darf. Die Mitglieder wollen, daß durch die „Mai-Zeitung“ in Bezug auf Illustration und Text das Beste geboten wird, was zu erreichen ist.

55. Die Parteigenossen in Kaiserlautern: Der künstlerischen Ausstattung der „Mai-Zeitung“, „März-Zeitung“, Revuejahressummer usw. eine größere Aufmerksamkeit zu widmen, um zu verhindern, daß künstlerisch minderwertige Erzeugnisse wie sie in jüngerer Zeit herausgegeben wurden, mit dem Grundsatz: für die Arbeiter ist das Beste gerade gut genug“ fernert in Kollision geraten.

52. Parteigenossen im III. Berliner Wahlkreis: Der Preis des „Neuen Welt-Kalenders“ ist auf 50 Pf. festzusetzen.

53. Parteigenossen von Karlsruhe-Bruchsal, Heidelberg, des I. Württembergischen Reichstags-Wahlkreises und die Parteigenossen zu Hoppersdorf: Es sei in Zukunft für bessere künstlerische Ausgestaltung der „März-Zeitung“ Sorge zu tragen.

51. Parteigenossen in Dresden: Am Schlusse des Protokolls vom Parteitag sind die auf demselben angenommenen Beschlüsse und Resolutionen wiederzugeben.

52. Parteigenossen in Lechhausen: Der Preis für das Parteitagsprotokoll darf 30 Pf. nicht übersteigen.

59. Der Parteitag wolle beschließen: daß für März a. L. die Sonntags-Beilage „Neue Welt“ vom 1. Januar 1903 beigefügt wird und der „Gesellschaft“ in Wegfall kommt, da er uns das nicht leisten kann, was wir von der „Neuen Welt“ erwarten. Die Parteikasse möge uns wenn nötig unterstützen.

Parteigenossen von Reuß a. L. 94. Der Parteitag wolle beschließen: Die Genossen in Müllhausen i. S. sind, in Wahrung der gemeinsamen Interessen des Parteiverbandes, bei der Wiederherausgabe der im März 1894 auf Grund des Diktatorparagraphe unterdrückten „Müllhauser Volkszeitung“ zu unterstützen. Da das Gesetz über die Presse für Elsaß-Lothringen vom 8. August 1898, unter Aufrechterhaltung der bezüglichen Artikel des Napoleonischen Dekrets über die Presse vom 17. Februar 1852, das Wiedererscheinen des Blattes als Tagesblatt von der vorgängigen Hinterlegung einer Kaution von 20 000 M. verzinslich zu 3 Proz., abhängig macht, so beauftragt der Parteitag die Parteileitung, diese Kautionssumme mit Anwendung der üblichen Sicherheits-Bürgschaften zu stellen. L. Emmel mit 20 Genossen.

lich durch eine finanzielle Unterstützung, wie sie dieser Antrag verlangt. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Rebel:

Ich bitte den Antrag dem Parteivorstand zur Erwürdigung zu überweisen und nicht zu beschließen, daß dies Blatt, die „Gazeta Ludowa“, unter allen Umständen unterstützt werden müsse. Sie haben aus den Ausführungen Auers entnommen, zu welchen Konsequenzen es führen könnte, wenn wir zwei Blätter unterstützen. Ich wünsche nur, daß für den Fall, daß die angenommene Polenresolution zu keinem Resultat, zu keiner Verständigung führen sollte, alsdann der Parteivorstand die Möglichkeit habe, sich in dem neugegründeten Polenorgan ein Organ zu verschaffen, das die Richtung, die der Parteivorstand in dieser Frage vertritt, zur Geltung bringen kann. Aber erst in dem Augenblick, wo eine Verständigung nicht erzielt werden kann, für diesen Fall wollen Sie den Antrag zur Erwägung überweisen.

Winter-Deutschen:

Ich bin der Meinung, daß wir die Erledigung der ganzen Angelegenheit auf die bevorstehende Konferenz über die politischen Angelegenheiten verlegen müssen und daß dieser Antrag am besten dem Parteivorstande übergeben wird zur Erledigung auf dieser Konferenz. (Singer: Das ist ja eben beantragt.) Dann ziehe ich diesen Antrag zurück.

Antrag 37 wird entsprechend dem Vorschlage Debels dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen.

Den Antrag 89 begründet

Koib-Karlruhe:

Die Provinzpresse ist nicht in der Lage, einen den Wünschen der Genossen entsprechenden Parlamentsbericht zu bringen. Wir zum Beispiel müssen den telegraphischen Bericht aus einem bürgerlichen Blatt abdrucken. Auf die Dauer geht das nicht, ich bitte sie deshalb, den Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. Für selbstverständlich halte ich es, daß die Provinzpresse für die Kosten aufkommt.

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen.

Zur Begründung des Antrages 47 führt

Koib-Karlruhe:

aus, daß die Klagen über die „Neue Zeit“ in der Hauptsache darauf zurückzuführen sind, daß sie wöchentlich erscheint. Diese Erscheinungsweise entspreche in keiner Weise mehr den Bedürfnissen der Zeit. Der Verleger lasse sich nicht mehr annehmen, weil das Blatt für das Gros der Genossen viel zu teuer sei. Wenn es den Bedürfnissen mehr entsprechen werde, wie das bei den „Socialistischen Monatsheften“ der Fall sei, dann würde es auch gelingen, mehr Abonnenten zu gewinnen, was es andererseits wieder ermöglichen würde zu bieten. Es scheint auch, daß in der Redaktion mehr gespart werden könne und daß die Redaktionskosten in keinem Verhältnis zu den Leistungen stünden.

Kantshy - Berlin:

Ich habe den Antrag unterstützt, bitte ihn aber abzulehnen. Die Unterstützung habe ich nur deshalb gewährt, um Gelegenheit zu haben, auf die Redaktionsverhältnisse der „Neuen Zeit“ einzugehen. Es sind hier Stimmen laut geworden, unter Redaktionsrat sei zu hoch, es ist ein Vergleich zwischen unserem Etat und dem der „Socialistischen Monatsheften“ gezogen worden. Ja es wurde sogar in auffälliger Weise Anklage verlangt über die Verhältnisse der „Neuen Zeit“. Würde ich diese Anklage verweigern, so könnte der Aufsicht erwidert werden, als hätten wir Veranlassung irgend etwas zu verheimlichen. Unser Redaktionsetat beträgt 10 400 M. pro Jahr, davon entfallen 3000 M. auf Mehring, 2400 M. auf Sturm und 5000 M. auf mich. Der Gehalt von Mehring müßte eigentlich auf den Mitarbeiteretat gelegt werden. Wohl wirkt Mehring in dankenswerter Weise an der Redaktion mit, aber der Hauptteil seiner Thätigkeit liegt in den Berliner Briefen. Es ist gesagt worden, gerade die regelmäßigen Mitarbeiter belasten die „Neue Zeit“ sehr. Dieser Vorwurf kann sich nur gegen Mehring richten, denn er ist der einzige ständige bezahlte Mitarbeiter. Dieser Vorwurf soll hoffentlich nicht seine Spitze gegen die Tendenzen von Mehring richten. Es wäre etwas ganz Neues, wenn man die politischen Tendenzen eines Parteigenossen in der Weise belächeln wollte, daß man ihm den Proletor höher hängt. Finden Sie aber das Gehalt von Mehring zu hoch, so richten Sie damit einen indirekten Vorwurf auch gegen diejenigen Genossen, die früher unsere regelmäßigen Mitarbeiter gewesen sind. (Ramen! Ramen!) Ich werde sie nennen; es ist mir das Recht zu Ehren gekommen, daß zu unsren regelmäßigen Mitarbeitern auch Debels gehört, der angeblich für zwei Artikel jährlich 3000 M. bekommen soll, also für jeden Artikel 1500 M. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich in der Lage wäre, Debels jeden Artikel mit 1500 M. honorieren zu können, ich würde es auch nicht als Schande ansehen, wenn Debels regelmäßiger Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ wäre; aber er ist es nicht, er hat nie einen Pfennig Gehalt bezogen, ja er hat sogar niemals einen Pfennig Honorar für seine Artikel bekommen (hört, hört!). Die anderen beiden, die als regelmäßige Mitarbeiter genannt sind, sind Verneisen und Schippel. Sie haben das gleiche Gehalt bezogen wie Mehring, und der das Gehalt von Mehring zu hoch findet, der richtet damit indirekt einen Vorwurf gegen Verneisen, denn Sie werden doch nicht zugeben wollen, daß die Arbeit Mehring's quantitativ oder qualitativ hinter der Verneisen's zurücksteht (sehr wahr!). Die eigentlichen Redaktionsgeschäfte besorgt Sturm. Nun könnte man ja sagen, zwei Redacteurs sind zu viel für eine Wochenchrift. Das wäre richtig, wenn wir nichts anderes zu thun hätten, als dafür zu sorgen, daß jede Nummer regelmäßig erscheint und daß in ausreichender Zahl Manuskripte vorhanden sind. Aber unsere Zeit wird noch durch eine andere Thätigkeit in Anspruch genommen. Mehr und mehr hat sich die Gewohnheit herausgebildet, daß wer eine Broschüre schreibt, einen Vortrag halten oder sonst Aufklärung haben will, sich an die Redaktion der „Neuen Zeit“ um Rat wendet. Es ist vielerlei unvorsichtig, das hier auszusprechen, denn ich fürchte, es wird jetzt eine Flut von Anfragen sich über uns ergießen. (Heiterkeit.) Die Redaktion der „Neuen Zeit“ hat sich zu einem Arbeitersekretariat, zu einem Studentensekretariat, ja sogar zu einem Dozentensekretariat, und ich kann Ihnen mitteilen — allerdings unter dem Siegel der Verschwiegenheit (Heiterkeit) — auch zu einem Professorensekretariat entwickelt, und unsere Thätigkeit erstreckt sich nicht nur auf Deutschland. Die Bedeutung der „Neuen Zeit“ ist eine internationale, sie wird in allen Ländern gelesen, und aus allen Ländern kommen Anfragen an uns, namentlich seit dem Tode Liebknecht's. Aber damit ist die Thätigkeit der Redaktion noch nicht erschöpft. Können wir die Manuskripte einfach zurücksenden, so wäre es sehr bequem, aber wir sind doch nicht bloß Redacteurs, sondern auch Parteigenossen. Die Redaktion hat auch die Aufgabe, einen schriftstellerischen Nachwuchs heranzubilden; diese unbrauchbaren Manuskripte stammen oft von jungen Leuten, die vorläufig nicht in der Lage sind, Brauchbares zu leisten, die aber sehr viel versprechen und denen wir unter die Arme greifen müssen. Das ist eine sehr anstrengende und undankbare Aufgabe, undankbar, weil die jungen Leute oft nicht das halten, was sie versprechen. Namentlich mit den Studenten haben wir traurige Erfahrungen gemacht, sie werden Doktoren, Privatdozenten und dann kommt ihnen die wissenschaftliche Erkenntnis und was sie bei der Socialdemokratie gelernt haben, benutzen sie, um sie zu belächeln. Sturm hat außer seiner redaktionellen Thätigkeit auch noch eine Reihe von Beiträgen zu liefern, die nicht extra bezahlt werden. Mein Gehalt beträgt 5000 M. Ich gebe zu, eine ansehnliche Summe, aber wenn das Gehalt zu hoch ist, so bin ich nicht daran schuld, denn ich habe in den 28 Jahren, welche ich in der Partei thätig bin, niemals eine Forderung gestellt. Was mir gegeben ist, ist mir freiwillig gegeben worden, ich habe früher sehr gern für die „Neue Zeit“ für einen Monatsgehalt von 150 M. gearbeitet. Dieß hat meinen Gehalt immer frei-

willig erhöht. Aber die 5000 M. sind kein reines Honorar, es muß eine Reihe von Ausgaben daraus bestritten werden. Bücher und Zeitschriften werden mir nicht geliefert. (Hört! hört!) Auch einen Teil der Postkosten muß ich selbst bestreiten, ich bekomme jährlich 120 M. Postgeld, wir haben aber durchschnittlich 1000—1200 Briefe zu schreiben, darunter einen großen Teil Doppel- und Auslandsbriefe, ferner einige Hundert Postkarten, Bücherpakete und Kreuzbandsendungen. Ich muß vielleicht 150 M. jährlich auf die Porto-Erstattung zulegen. Endlich werden auch meine Beiträge nicht besonders honoriert, auch sie fallen auf das Redaktionskonto. Die festen Gehälter aber, die wir beziehen, bilden die materielle Grundlage, die es uns ermöglicht hat, eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten zu leisten, das gilt natürlich auch für Schippel und Bernstein. Wissenschaftliche Arbeiten kann nur derjenige liefern, der entweder Vermögen besitzt oder eine feste Stellung hat. Für uns kommen nur zwei Arten fester Stellungen in Betracht: Redaktion oder Institut. (Weiterheit!) Ich weiß nicht, zu welcher Art fester Stellung Sie die „Neue Zeit“ rechnen, aber jedenfalls bildet das feste Gehalt für Mehring und mich ebenso wie früher für Bernstein und Schippel die materielle Grundlage für die wissenschaftlichen Arbeiten. Wie Sie die wissenschaftlichen Arbeiten beurteilen, weiß ich nicht; sind Sie der Ansicht, daß diese Arbeiten nur Spinnwebereien sind, so wäre es ganz überflüssig, unser Gehalt zu reduzieren. Dann sagen Sie uns lieber ab. Glauben Sie jedoch, daß unsere Tätigkeit von Nutzen ist, so sehe ich Ihrem Verdikt mit Ruhe entgegen. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Singer: Ich glaube, Sie werden mit mir der Ansicht sein, daß es Pflicht des Parteitages war, sich über das Redaktionsbudget der „Neuen Zeit“ Klarheit zu verschaffen. Ich schlage deshalb vor, Kantshy von neuem 10 Minuten Redezeit zu gewähren, um sich über den Antrag selbst zu äußern. (Zustimmung.)

Kantshy (fortfahrend): Ich gehe nun zu dem Antrage über, die „Neue Zeit“ in eine Monatschrift zu verwandeln. Dieser Antrag kann nach zwei Seiten hin verstanden werden. Entweder wollen Sie die „Neue Zeit“ billiger machen als sie jetzt ist, um sie mehr in die Massen zu bringen, oder Sie wollen sie bloß erweitern. Wollen Sie die „Neue Zeit“ verbilligen, so müssen Sie auch ihren Raum erheblich verkleinern; wir geben jetzt 4 Bogen um 50 Pf.; wenn der Preis der „Neuen Zeit“ 50 Pf. sein soll, so muß auch der Umfang der „Neuen Zeit“ als Monatschrift auf 4—4½ Bogen beschränkt werden, in 4 Bogen aber kann man nicht viel leisten. Allerdings früher hatte die „Neue Zeit“ als Monatschrift nur 3 Bogen, aber damals wurde sie ergänzt durch den „Sozialdemokrat“ in Zürich. Seit dem Eingehen des „Sozialdemokrat“ mußte die „Neue Zeit“ erweitert werden. Wir glauben, daß die „Neue Zeit“ am ersten in die Massen kommt durch eine Wochenausgabe, die nur 25 oder, wie es im Anfang war, 20 Pfennig kostet. Nun wird immer der Vergleich mit den „Sozialistischen Monatsheften“ gezogen, es wird gesagt, durch die Umwandlung der „Neuen Zeit“ in eine Monatschrift müsse sie ebenso interessant und mannigfaltig werden wie die „Sozialistischen Monatshefte“. Die „Sozialistischen Monatshefte“ erscheinen aber unter ganz eigenartigen Umständen, sie haben einen reichen Mann hinter sich, der ihr Defizit gibt, während wir den Parteivorstand und den Parteitag hinter uns haben, der uns unser Defizit so viel wie möglich beschneiden will. Ich bitte also, die „Neue Zeit“ nicht mit den „Sozialistischen Monatsheften“ zu vergleichen (sehr richtig). Ich meine nicht in Bezug auf den Inhalt, sondern geschäftlich. Sie würden erstonnen, wenn Sie das Defizit der „Sozialistischen Monatshefte“ kennen würden — ich kenne es auch nicht, aber ich kann rechnen. So groß wie das Defizit der „Sozialistischen Monatshefte“ werden Sie das Defizit der „Neuen Zeit“ auf keinen Fall machen wollen. Das Defizit der „Neuen Zeit“ ist eine Erscheinung, mit der Sie sich abfinden müssen und die Sie auf keinen Fall verbannen können. Das Defizit der „Neuen Zeit“ existiert so lange, wie das Blatt selbst, auch alle übrigen wissenschaftlichen Zeitschriften machen Defizit. Die Wissenschaft ist eben in der heutigen Gesellschaft ein schlechtes Geschäft, auch das Handbuch von Schippel macht Defizit. Erst vor einigen Tagen äußerte ein Parteigenosse, der früher Buchhändler war, sein Erstaunen über die Geringsfügigkeit des Defizits der „Neuen Zeit“. (Sehr richtig!) Wenn Reformvorschlüsse zur Verringerung des Defizits der „Neuen Zeit“ gemacht werden, so will ich als der erste freudig für solche Vorschläge eintreten, der vorliegende Antrag aber würde die „Neue Zeit“ entweder verkümmern oder das Defizit vermehren. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. (Lebhafte Beifall.)

b. Elm-Hamburg:

Ich bin für den Antrag 47. Die Frage des Redaktionsbetriebs der „Neuen Zeit“ hängt eng damit zusammen, ob es möglich sein wird, das Defizit wesentlich herabzumindern, wenn wir die „Neue Zeit“ monatlich erscheinen lassen. Sie haben auf die Anfrage, die seitens einiger Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“, der Genossen Sidelum, Paul Müller und meiner Person gestellt worden ist, jetzt durch die Rede des Genossen Kantshy die notwendige Aufklärung erhalten. Diese Anfrage hat bei einzelnen Parteigenossen hier große Entrüstung hervorgerufen. Ich kann hier nur zugleich im Namen der übrigen Fragesteller erklären: unsere Anfrage enthält durchaus kein Mißtrauen gegen den Parteivorstand und gegen die Redaktion der „Neuen Zeit“. Sie dient auch nicht der Absicht, von ihrem Redaktionsbetriebe etwas herabzumindern. Aber wie es häufig auf Parteitagen geschieht: man dreht den Spiegel um, man beschuldigt uns, daß wir Schuld am Defizit der „Neuen Zeit“ tragen. Selbstverständlich haben wir, die wir in der Debatte nicht mehr zum Wort gekommen sind, uns daraufhin die Anfrage erlaubt: wie steht es mit den Verhältnissen der „Neuen Zeit“? Die Erklärung, die wir erhalten haben, ist der Beweis, wie absolut unschuldig die Mitarbeiter der „Monatshefte“ am Defizit der „Neuen Zeit“ sind. (Sehr richtig!) Das klarzustellen, haben wir beabsichtigt. Wir haben uns weiter noch der Kontrolle des geistigen Inhalts der „Neuen Zeit“ erwidert. Wie kann man sich entrüsten über eine solche Anfrage, wenn der Parteibericht kein Wort darüber enthält? (Lache des Vorsitzenden.)

Singer: Ich bitte den Redner, nicht auf bereits erledigte Dinge zurückzukommen. Wir verhandeln über die Frage, ob die „Neue Zeit“ in eine Monatschrift verwandelt werden soll. Ich habe Ihnen Gelegenheit gegeben, zu begründen, weshalb Sie die Anfrage gestellt haben. Damit ist die Angelegenheit doch erledigt.

b. Elm (fortfahrend): Ja, wir müßten auch danach uns erkundigen, wie die Kontrolle beschaffen ist. Es handelte sich bei unserer Anfrage nicht um einen Angriff gegen die Leitung der „Neuen Zeit“, sondern um die Absicht, Arbeit zu schaffen. Es ist durch Beantwortung unserer Anfrage nicht nur festgestellt, daß eine finanzielle Kontrolle der „Neuen Zeit“ nur durch den Parteivorstand erfolgt und nicht durch die Kontrolleure und daß die geistige Kontrolle nicht anders ausgeübt wird als wie auch bei den „Monatsheften“, nämlich durch die Rasse der Parteigenossen.

Das Gehalt der Redakteure finde ich nicht zu hoch. Nur in anderer Beziehung erscheint mir eine Änderung möglich. Wenn die Redakteure noch andere wissenschaftliche Arbeiten zu leisten haben, so müssen sie dafür extra bezahlt werden, die Vergütung kann nicht auf den Redaktionsbetriebe übernommen werden. Wir thun überhaupt nicht genug auf diesem Gebiete, die Wissenschaftler in unseren Reihen müssen für ihre Arbeiten anständig bezahlt werden. Darunter verstehe ich nicht nur Kantshy, sondern auch andere Genossen, die nicht von der Partei durch eine Redaktionsstelle dotiert werden. Darüber sollte der Parteivorstand mit den Kontrolleuren einmal in Erwägung eintreten. Es ist auch nicht immer dienlich, Wissenschaftler zu Redakteuren zu machen. Kantshy ist gewiß ein bedeutender Mann auf dem Gebiete der Wissenschaft, ich möchte seine Arbeiten nicht entbehren. Aber trotz dieser wissenschaftlichen Befähigung ist Kantshy nach meiner Meinung ein schlechter Redakteur. (Obwohl!) Es ist hier viel geredet von einem Vogelt der „Neuen Zeit“. Ich laß mich nicht geneigert, für die „Neue Zeit“ zu arbeiten. Wenn hat mich gestern aufgefordert und zwar zum erstenmale in der richtigen Weise, indem er mir ein spezielles Thema sagte; ich habe da mit Freuden zugefugt. Wir sind ja keine berufsmäßigen Schriftsteller, wir müssen zum Arbeiten erst veranlaßt werden, es muß uns nachgewiesen werden, daß gerade wir über eine bestimmte

Frage schreiben müssen. Ich bin so beschäftigt, daß ich nur nachts und Sonntags zum Schreiben die Zeit finde. Ich mache diese Arbeiten auf Kosten meiner Gesundheit, aber nicht des Geldes wegen. Eine Reihe Artikel für die „Monatshefte“ habe ich unentgeltlich geliefert. Wenn gute Mitarbeiter für die „Neue Zeit“ auf die jetzt angewandte Art gewonnen werden, dann würde die Sache ein andres Gesicht bekommen, aber bis jetzt war weder Kantshy noch Burm dazu zu bewegen. Dann kann die „Neue Zeit“ auch besser ausgestellt werden. Ich bin für ihr Erscheinen als Monatschrift, weil sich so viel besseres bieten läßt, dem wissenschaftlichen Bedürfnis kann durch eine Monatschrift weit besser Rechnung getragen werden als durch eine Wochenchrift.

Dr. David (zur Geschäftsordnung): Der Vorsitzende hat eben den Versuch gemacht, Ausführungen Elms, die direkt Ausführungen Kantshys betrafen, zu verhindern; sollte es beabsichtigt sein, die Besprechung der Ausführungen Kantshys nicht zuzulassen, so könnte ich das nicht als eine unparteiische Geschäftsführung ansehen. (Unruhe.)

Singer:

Ich finde es sehr erstaunlich, daß Dr. David über Dinge, die gar nicht geschehen sind, hier ein Urteil abgibt. (Sehr richtig!) In der Sache habe ich den Genossen v. Elm in keiner Weise verhindert, auf die Ausführungen Kantshys einzugehen (sehr richtig!), ich habe nur verhindert, daß auf eine abgehandelte Sache in einer Weise wieder eingegangen wird, die die Zeit des Parteitages wesentlich beeinträchtigt, seine Zeit, die er nicht ausschließlich einer Frage, die eine Reihe weiterer Parteigenossen besonders interessiert, widmen kann, sondern allen Anträgen, die vorliegen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ein Schlusantrag findet nicht genügende Unterstützung.

Fischer-Hamburg:

Auf vielen Seiten wird das Bedürfnis gefühlt, die „Neue Zeit“ mehr in den Kreisen der Arbeiter zu verbreiten, denen die Kenntnis wissenschaftlicher Artikel wirklich nicht schadet; ihre Verbreitung ist leider sehr beschränkt, die Ursache liegt darin, daß viele Artikel der „Neuen Zeit“ zu wissenschaftlich gehalten sind. Wären sie populärer, so würde das nicht schaden. Die Hauptfrage aber ist, daß die „Neue Zeit“ zu teuer ist. 18 M. pro Jahr ist zu viel, daß eine solche Ausgabe nur wenige Arbeiter sich leisten können. Um den Preis herabzusetzen, sollte die „Neue Zeit“ wieder monatlich erscheinen; wenn darunter die Aktualität leidet, so schadet das nicht.

Lehtert-Apolda:

bittet den Antrag Hannover abzulehnen. Seit 18 Jahren verfolge ich die Entwicklung der „Neuen Zeit“, alles gelesen habe ich natürlich nicht; die „Neue Zeit“ darf nicht zu weit inhaltlich gemacht werden. Sie dürfen die „Sozialistischen Monatshefte“ nicht mit der „Neuen Zeit“ verwechseln (Nuse: Ihm wir auch nicht!), wenn wir einmal, ohne in die Wölfe zu geraten, sagen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Die „Sozialistischen Monatshefte“ sind ein Sammelplatz für freie Schriftsteller, die für sozialistische Zwecke Propaganda machen wollen und die entweder schon gute Parteigenossen sind oder es werden wollen. Die „Neue Zeit“ ist ein Parteiorgan, das ganz andre Zwecke erfüllen muß, sie muß aktuell sein und deshalb auch wachsam erscheinen. Seit wir Leitartikel haben, die die politische Situation überdauern, ist es für uns möglich, bei ihrem bequemem Format die „Neue Zeit“ in die Tasche zu stecken (Große Heiterkeit). Sie mitzunehmen, wenn wir eine Verlesung abhalten und den Artikel auf der Eisenbahn zu lesen (Sitzmische Heiterkeit); man findet das lächerlich, das bepreise ich nicht, wir haben doch auch schon 18 Jahre in der Selbstlosigkeit (Verstanden wird 80 Jahre, für meine Heiterkeit) und ich lasse in Thüringen noch verschiedene Genossen, die es auch so machen wie ich (Große Heiterkeit); ein großes Heft kann man nicht mit sich herumschleppen, als Monatschrift würde die „Neue Zeit“ ihre Aktualität einbüßen.

Dr. David-Moing:

Auch ich bin der Meinung, man sollte den Antrag ablehnen. Wir brauchen eine wissenschaftliche Wochenchrift und daneben eine Monatschrift. Durch die Ausführungen von Kantshy ist klargestellt, daß das Defizit der „Neuen Zeit“ nicht vermindert werden ist durch die „Monatshefte“. Der Vorwurf, daß die „Monatshefte“ schreibenden Genossen die Centralstelle in die unangenehme Notwendigkeit versetzt haben, sich für die „Neue Zeit“ zu leisten, ist also unbegründet. Es war Prof. Hoffmann, der mit diesem Vorwurf die ganze Frage aufgestellt hat; es ist durchaus falsch, wenn man den sogenannten Revisionisten die Schuld gibt, daß sie diese Erörterung veranlaßt haben. Erst durch die Ausführungen von Hoffmann ist die Frage entstanden: worauf beruht denn das Defizit der „Neuen Zeit“, wenn es nicht durch die „Monatshefte“ verursacht ist. Es ist dadurch die Frage nach der finanziellen inneren Lage der „Neuen Zeit“ entstanden, die nun ja in dankenswerter Weise beantwortet worden ist. Aber die Sonne war noch nicht untergegangen über diesen Verhandlungen, da hat schon jemand geglaubt, er müsse denjenigen, die diese Frage gestellt habe, vor der ganzen Partei den Vorwurf der Verdächtigung anhängen. Der Vorwurf, die Betreffenden hätten in unzulässiger Weise hier Fragen gestellt über Dinge, nach denen nicht gefragt werden dürfe, es ist ein Artikel der „Leipziger Volkszeitung“... (Große Unruhe.)

Singer (unterbrechend): Ich bedauere sehr, im Rahmen dieser Debatte auf eine Verhandlung darüber nicht eingehen zu können. Ich gebe dem Genossen David anheim, wenn er diese Frage behandeln will, sie zu einem Antrag zu verhandeln, der wird ordnungsmäßig behandelt werden; im Rahmen dieser Verhandlung kann darauf nicht zurückgegriffen werden. Im übrigen will ich um weiteren Kontroversen aus dem Wege zu gehen, einen Beschluß des Parteitages herbeiführen, da ich gar keine Lust verspüre, mich mit einem sonst sehr lieben Genossen hier etwa herumzustricken. Wenn der Parteitag anders beschließt, so liegt mir gar nichts daran, ich bitte diejenigen, die meiner Auffassung über die Art der Verhandlung zustimmen wollen, die Hand zu erheben. Das ist die große Mehrheit. Ich bitte demgemäß zu verfahren.

Dr. David (fortfahrend): Ich weiß eigentlich nicht, was diese Unterbrechung beabsichtigen wollte, ich habe ja gar nichts vor...

Singer: Sie haben eben die „Leipziger Volkszeitung“ zur Hand genommen, um über einen Artikel dieses Blattes, der eine bereits erledigte Frage behandelt, zu sprechen. Das wünschen wir im Rahmen dieser Verhandlung nicht. Ich habe ja gar nichts dagegen, daß die Sache verhandelt wird. Sie brauchen bloß drei Zeilen zu schreiben: „Der Parteitag wolle beschließen, in eine Diskussion über diese Frage einzutreten“. Wenn das beschlossen wird, so kann es geschehen. Bei diesen Verhandlungen aber geschieht es nicht!

Dr. David: Diejenigen, die die Frage nach der finanziellen Lage der „Neuen Zeit“ gestellt haben, haben damit keine verdächtigen Anspielungen machen wollen; sie haben keine Fragen gestellt, die gehalten waren, daß die Verdächtigten sich nicht hätten dagegen verteidigen können. Wenn Sie diese Uebereizung teilen, so ist bereits das gesagt, was ich bezüglich der „Leipziger Volkszeitung“ sagen wollte. (Sehr gut!) Mehr wollte ich gar nicht sagen, ich wollte nur den ganz unqualifizierbaren Vorwurf zurückweisen, als ob man habe mit dieser Anfrage Verdächtigungen vorbringen wollen, auf die den Angegriffenen die Möglichkeit der Abwehr nicht gegeben worden wäre. So aber steht es wortwörtlich in diesem Artikel, das ist eine Verleumdung, die ich zurückweisen will. (Lebhafte Zustimmung.) Damit ist, glaube ich, das nötige in dieser Sache gesagt worden. Es ist ja aus den Ausführungen hervorgegangen, daß nirgends goldene Schätze erworben werden, daß bei der wissenschaftlichen Arbeit haben wie drüben von kapitalistischen Interessen und dergleichen Dingen nicht die Rede sein kann, sondern daß Opfer gebracht werden müssen und gebracht werden. Wenn Sie in diesem Sinne die Existenz einer andern Zeitschrift neben der „Neuen Zeit“ ansehen wollen, so war das der Zweck meiner Ausführungen. (Bravo!)

Voigt-Vernburg:

Wenn das Defizit der „Neuen Zeit“ überhaupt gedeckt werden kann, so kann dies nur durch die Annahme des Antrags 47 geschehen.

Die „Neue Zeit“ soll nicht nur ein Organ für die Wissenschaftler, sondern auch für die breite Masse der Arbeiter sein. Ich bin lange Zeit Abonnent der „Neuen Zeit“ gewesen. Als dann die „Sozialistischen Monatshefte“ erschienen, habe ich auch diese gelesen. Es wird uns aber schwer, beide Zeitschriften anzuschaffen, und ich müßte schweren Herzens mein Abonnement auf die „Neue Zeit“ ausheben. Es könnten doch alle diejenigen, die für die „Sozialistischen Monatshefte“ schreiben, ihre Artikel einfach mit in der „Neuen Zeit“ unterbringen (Weiterheit!).

Singer (unterbrechend): Ich bitte, auf diese Frage nicht einzugehen, wir sind in keiner Debatte darüber, ob die „Sozialistischen Monatshefte“ oder die „Neue Zeit“ vorgezogen werden sollen, sondern nur darüber, ob die „Neue Zeit“ in eine Monatschrift umgewandelt werden soll.

Voigt (fortfahrend): Ich spreche nicht darüber, welches von beiden Blättern vorzuziehen ist, ich will nur bestritten eine Ungleichhaltung der „Neuen Zeit“ in der Weise, daß sie von dem praktischen Agitator benutzt werden soll. Deswegen ziehe ich einen Vergleich zwischen den beiden Blättern, das muß mir unter allen Umständen gestattet sein. (Sehr gut!)

Singer: Im Rahmen unserer jetzigen Diskussion aber liegt das nicht.

Voigt: Sonst wird es einem Arbeiterdelegierten zur Unmöglichkeit gemacht, auf unsere Parteitagen hier jemals das Wort zu ergreifen. (Sehr richtig!) Ich erlaube Sie den Antrag 47 anzunehmen.

Grünwald-Erfurt:

Warum und in welcher Art diese zum Teil sehr persönliche Debatte über die Einzelheiten der Befoldungsverhältnisse der leitenden Kräfte der „Neuen Zeit“ hier angeschnitten worden und defektivartig provoziert worden ist, darüber wird sich trotz der Ausführungen Davids und von Elm jeder einen Vers machen können. Die ganze Art, wie die Sache provoziert worden ist, würde ungefähr auf derselben Stufe stehen, als wollten wir uns nach den speziellen Befoldungsverhältnissen des Chefredakteurs der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, des Herausgebers der „Kommunalen Praxis“, des Sonder-Verichters des „Vorwärts“ nach Drüssel und des Uebersetzers des Edelheimischen Verlags erkundigen. (Unruhe.) Auf diese Stufe aber wollen wir nicht hinabsteigen, ich halte es für durchaus unangebracht, daß man in dieser Weise hochbediente, alte, wissenschaftlich thätige Parteigenossen bezüglich ihrer Mogenfrage auf den Präsidententeller legt. (Große Heiterkeit.) Wenn der Parteitag Grund hat, auf irgend etwas stolz zu sein, so sind es die leitenden Mitarbeiter und die Thätigkeit der „Neuen Zeit.“ (Bravo!)

Wader-München:

Wenn die „Sozialistischen Monatshefte“ eine Wochenchrift wären und die „Neue Zeit“ eine Monatschrift, so würde unsehbar der Antrag gekommen sein, die „Neue Zeit“ in eine Wochenchrift zu verwandeln. (Weiterheit.) Dem Antrage 47 liegt nur der Erfolg der „Sozialistischen Monatshefte“ zu Grunde. Daß aber das Defizit der „Neuen Zeit“ nicht in ihrer Erscheinungsform beruht, das ist schon genügend auseinander gesetzt worden. Ich würde es für Neat halten, wenn dem Parteivorstand ein wissenschaftlicher Fonds zur Verfügung gestellt würde, der es ermöglichte, daß Genossen wissenschaftlich thätig sind auch ohne daß sie einer Redaktion angehören. Die Anregung heute hier zu einem Antrag zu verhandeln, halte ich aber nicht für richtig. Es besteht unter den Genossen die Uebersetzung, daß in der Partei viel zu viel theoretisiert wird, andererseits sind wir eine wissenschaftliche Partei und haben die Verpflichtung, diejenigen Parteigenossen, die wissenschaftlich arbeiten können, in den Stand zu setzen, wissenschaftlich thätig zu sein, ohne daß sie deswegen in irgend eine Redaktion eintreten müssen. Ich bitte im übrigen, den vorliegenden Antrag abzulehnen, da dadurch an den bestehenden Zuständen nicht das geringste geändert würde.

Burm:

Die Anklagen gegen die „Neue Zeit“ entspringen der Anschauung: erstens daß die Zeitschrift eine falsche Erscheinungsform habe, zweitens daß sie eine Anzahl von Mitarbeitern entbehre, die in eine andre Zeitschrift hinüberfänden, drittens daß der Preis zu hoch sei und viertens daß sie nicht genügend die Interessen der großen Masse der Leser vertrete. Was zunächst den Punkt anlangt, daß die „Neue Zeit“ zu streng wissenschaftlich, zu abstrakt gehalten sei, so muß ich doch die verehrten Genossen bitten, sich die „Neue Zeit“ einmal anzusehen und das Register zu prüfen. Wir werden ja demnächst ein Register herausgeben, das 20 Jahrgänge der „Neuen Zeit“ umfaßt — darin ist eine solche Fülle von Erörterungen praktischer Tagesfragen enthalten, daß sich auf den Raum, der uns zur Verfügung steht, gar nicht mehr unterdrängen läßt. Es ist selber und auch nach dem Erscheinen der „Sozialistischen Monatshefte“ keine einzige Frage anzusetzen, die nicht auch von uns behandelt worden wäre und zwar meist von uns zuerst. Wenn es trotzdem eine Anzahl von Personen giebt, die das Bedürfnis empfinden, die „Sozialistischen Monatshefte“ zu lesen, so spielt dabei die Vermutung eine große Rolle, daß es Leute gebe, die etwas zu sagen haben, was man in der „Neuen Zeit“ nicht sagen kann oder will. Man erwartet in jeder Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ irgend etwas zu finden, was Material für die bestimmte Spaltung innerhalb der Partei bieten könnte. (Sehr gut! Lebhafte Zustimmung.) **Singer (unterbrechend):** Ich möchte auch diesen Redner bitten, im Rahmen unserer Diskussion zu bleiben. (Sehr gut!)

Burm: Ich bemühe mich in diesem Rahmen zu bleiben. Diese Sonderstellung der „Sozialistischen Monatshefte“ ist übrigens in den meisten Fällen nur eine Vermutung; meistens hat diese Vermutung nicht zugehoben. Was die Frage der Verbilligung und der damit notwendig verbundenen Reducierung des Raumes anlangt, so muß ich als Redakteur der „Neuen Zeit“ sagen, wir wären nicht mehr existenzfähig, wenn wir unseren Raum reduzieren müßten. Wir leiden nicht an Artikelmangel, sondern an Raumangel. Wir müssen viele gute Artikel zurückweisen, weil wir keinen Platz haben. Da hat es sich dem mitunter getroffen, daß die so sehr gerühmten „Monatshefte“ Artikel brachten, die wir vorher zurückgewiesen hatten teils aus Raumangel, teils aus andren Rücksichten. (Hört! hört!) Wenn es nach meinem Wunsch ginge, so sollten Sie uns gütig bewilligen, daß die „Neue Zeit“ wöchentlich statt 2 Bogen 3 Bogen gebe. Auch den Vorwurf, daß wir kein Material für die Agitation brächten, muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Es ist ferner gesagt worden, daß man die „Neue Zeit“ verbilligen müsse, um sie in weitere Kreise der Arbeiter hineinzubringen. Ja, da müssen Sie mit dem Verleger sprechen und ihm die Möglichkeit zeigen, wie man eine solche Menge Papier, Druck und Inhalt für noch weniger Geld liefern kann. Allerdings die „Sozialistischen Monatshefte“ geben 7 Bogen für 50 Pf., während wir für 8 Bogen 1 M. nehmen. Wir kennen ja das Geheimnis des Verlags der „Monatshefte“ nicht.

Singer (unterbrechend): Ich muß dringend bitten, sich danach zu richten, was vom Parteitage beschloffen worden ist. Ich begreife das Interesse, das einzelne an der Sache haben, aber das Interesse des Parteitages geht vor.

Burm: Ich kann nicht widersprechen, aber ich konstatierte, daß diese Fragen unauflöslich mit einander verknüpft sind; ich kann nur darüber sprechen, warum die „Neue Zeit“ nicht noch mehr Raum für denselben Preis wie jetzt erhalten kann, wenn ich auf die wirtschaftlichen Ursachen dieser Möglichkeit bei den „Monatsheften“ eingehen kann.

Singer: Es steht nicht zur Diskussion, warum die „Sozialistischen Monatshefte“ 7 Bogen für 50 Pf. geben können. (Weiterheit.)

Burm: Es steht aber zur Diskussion, daß wir zu teuer sind, unser Blatt soll verbilligt werden. Wir müssen da doch nachweisen können, daß es uns nicht möglich ist, billiger zu liefern.

Singer: Das haben Sie gethan, indem Sie gesagt haben, man wolle den Verleger fragen, ob er mehr Papier, Satz und Druck geben könne!

Burm: Die Parteigenossen werden mich verstanden haben, Fischer-Hamburg sagte, wir sollten noch populärer schreiben, damit

und alle Arbeiterleser verstehen könnten. Es giebt aber Gegenstände, die nicht von jedermann ohne Vorkenntnisse verstanden werden können. Es ist das Recht einer wissenschaftlichen Zeitschrift wie die „Neue Zeit“, in jeder Nummer auch solche Dinge zu bringen, die allerdings nur für einen kleinen Teil von Fachgelehrten berechnet sind. Kantstyk und ich sind uns darüber klar, daß es das Beste wäre, wenn uns eine monatlich erscheinende wissenschaftliche Revue geschaffen würde, die nur wissenschaftliche Artikel enthielte und für einen kleinen Leserkreis von 500-600 Personen berechnet wäre. Daneben müßte dann die „Neue Zeit“ ausgebaut werden zu einem Organ, das sich lediglich mit Fragen des Tages und der praktischen Sozialreform befaßte. Da wir aber jetzt in der „Neuen Zeit“ ein Konglomerat aller dieser Dinge haben, so müssen wir darin wissenschaftliche und populäre Artikel nebeneinander bringen. Helfen Sie uns die „Neue Zeit“ auszubauen, aber missen Sie uns nicht zu, daß wir zu redaktionellen Gepflogenheiten greifen, zu einer Manier des Anreißens, wie sie früher auf dem Wühlendamm üblich war. Solche Gepflogenheiten sind allerdings nicht nach jedermanns Geschmack. (Bravo und große Unruhe.) Meiner Meinung nach genügt es, wenn man den schaffstellersich tätigen Genossen die Frage vorlegt: Sag mal, kümmerst Du nicht für uns etwas schreiben? Das muß genügen für jemand, der wirklich ein Interesse an der Sache hat. Aber den Leuten auf die Wade rennen, ihnen Telegramme schicken und Tag für Tag Briefe senden, sie fortwährend anzureizen, — das ist nicht unsere Sache. Eine Animer-Redaktion haben wir nicht in der „Neuen Zeit“ und wollen sie nicht haben. (Sehr gut.) Ich muß aber doch an das bessere Gedächtnis von Eins appellieren: Ich habe ihm nicht gestern zum erstenmal aufgefordert etwas zu schreiben, sondern ich habe ihn im Laufe des vergangenen Semesters mehrmals dazu aufgefordert, da habe ich aber die Antwort bekommen, ich habe keine Zeit, ich bin mit einem Artikel für die „Monatshefte“ beschäftigt. Wenn Sie die „Neue Zeit“ hochbringen wollen, geschieht das am besten dadurch, daß Sie das große Publikum auf den wertvollen Inhalt der „Neuen Zeit“ aufmerksam machen. Wenn es aber vorkommt, daß Artikel aus der „Socialen Praxis“ und anderen Zeitschriften in Partei-Organen veröffentlicht werden, so möchte ich es für richtiger halten, daß man gute Artikel aus der „Neuen Zeit“ in unserer Parteipresse erwähnen und abdrucken möchte. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion, von Engler befürwortet, von Stadthagen belächelt, wird abgelehnt.

Rebel: Der Antrag ist von zwei entgegengesetzten Seiten gestellt worden, von Karlsruhe und von Hannover. Von den Hannoverischen Genossen weiß ich, daß sie sich die erdrückende Nähe gegeben haben, die die „Neue Zeit“ zu verbreiten und daß die Hindernisse, die sie dabei gefunden haben, sie zur Stellung ihres Antrages veranlassen. Von Karlsruhe weiß ich, daß man für die „Neue Zeit“ bisher nichts gethan hat. (Sehr wahr!) Ich weiß sogar, daß man gegen die „Neue Zeit“ agitirt hat. (Hört! hört!) Ja, ich weiß noch mehr, nämlich aber nicht sagen. (Heiterkeit.) Nur die Tendenz des Antrages wollte ich charakterisieren. Im übrigen bitte auch ich, den Antrag abzulehnen und es bei dem bisherigen Zustand zu lassen. Ganz abgesehen davon, daß es sehr schwer ist, eine solche Angelegenheit nach kurzer Debatte auf einem Parteitag zu entscheiden, wo wichtige Lebensinteressen der Partei auf dem Spiele stehen, sprechen aber auch sachliche Gründe gegen den Antrag. Der Genosse aus Hannover hat selbst dargelegt, wie unendlich es für den größten Teil der Arbeiter sei, ein Wochenblatt wie die „Neue Zeit“ bezahlen und lesen zu können. Nun, allen denen, die von diesem Gesichtspunkt ausgehend, das monatliche Erscheinen der „Neuen Zeit“ wünschen, erkläre ich, daß ich ihre Gründe begreife und von ihrem Standpunkt aus billige, aber wir müssen im Auge behalten, daß ein wissenschaftliches Organ, das wirklich auf der Höhe der Zeit steht, niemals so gehalten sein kann, daß es bei der großen Masse das nötige Verständnis findet. Auf der andern Seite kommt Mangel an Zeit und Mitteln hinzu. Dem steht aber die Thatsache gegenüber, daß bisher die „Neue Zeit“ nicht über Mangel an Stoff klagen konnte, und die weitere Thatsache, daß wir eine wissenschaftliche Revue brauchen, und von diesem Gesichtspunkt aus ist die Existenz der „Neuen Zeit“ als Wochenblatt absolut notwendig. Man sagt, das Defizit ist zu groß, es soll nach Möglichkeit herabgesetzt werden, aber giebt es denn kein Mittel, um beides zu vereinigen, auf der einen Seite das Defizit herabzusetzen, auf der andern Seite den Kreis der „Neuen Zeit“ zu erweitern? David und Ein sagten, es sei ihnen mit „Unterstützung“ vorzugeben, daß sie durch ihre Mitarbeit an den „Monatsheften“ die „Neue Zeit“ gesichert hätten. Auch ich halte diesen Vorwurf nicht für berechtigt, aber durch den Umstand, daß eine Reihe der hervorragenden und bestbezahlten Genossen seit Jahren systematisch vermeiden, für die „Neue Zeit“ zu schreiben, erwecken sie den Anschein, als ob sie Gegner der „Neuen Zeit“ sind und ihren Boykott wünschen. (Sehr richtig!) Weiter sage ich: Das Blatt kann sein, wie es will, es kann nicht jedem gerecht werden, aber wenn die Genossen in der Partei und in den Gewerkschaften es für ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit halten, in ihren Lokalen die „Neue Zeit“ anzulegen, sie in ihren Bibliotheken zu halten, sie denjenigen Personen, die die Kämpfe zu führen haben, auf allgemeine Kosten zu liefern, oder doch ihnen einen Zuschuß zu gewähren, so wäre es ein Leichtes, über Jahr und Tag 2000 neuer Abonnenten zu haben und das Defizit wäre sehr bald aus der Welt geschafft. (Sehr richtig!) Was nun den angeblich zu hohen wissenschaftlichen Inhalt der „Neuen Zeit“ betrifft, so möchte ich mir erlauben, ihnen den Inhalt von drei Nummern zu verlesen, die ich zufällig, weil ich sie für eine andre Debatte nötig zu haben glaubte, mitgebracht habe. Nr. 9 der „Neuen Zeit“ enthält als Berliner Brief einen Artikel „Vorläufige Bemerkungen“; ich glaube, es giebt kaum einen Arbeiter, der diesen Artikel nicht versteht. Dann kommt eine Abhandlung von August Rebel: „Kritisches. 1. Die Wahlreform in Bayern. 2. Das sozialdemokratische Reichstags-Haubuch.“ Von dem ersten Artikel ist sogar in der Polemik gesagt worden, was der eigentlich in einer wissenschaftlichen Zeitschrift zu suchen habe, wie denn überhaupt meine Artikel nicht darunter leiden, daß sie unverständlich sind. (Sehr richtig!) Ein weiterer Artikel von Rosa Luxemburg lautet: „Und zum drittenmal das belgische Experiment.“ Das mag ja manchen nicht interessieren, aber verständlich schreibt die Rosa sehr. (Heiterkeit.) Dann folgt die wissenschaftliche Umschau von Lwow, die sehr verständlich ist, und dann kommt schließlich die literarische Rundschau. Nr. 17 enthält neben dem Berliner Brief: „Angelegte Romanistik“ einen Artikel von B. Viehbeck: „Minimallohn und Arbeiter-Beamtentum“, der sehr interessant ist und den jeder verstehen wird. Dann folgt Hottwagen: „Der bayrischen Wählerreform“, auch sehr verständlich. Der nächste Artikel von Lode: „Die sozialistische Partei Italiens“, leider gleichfalls nicht an Ueberfluß von wissenschaftlicher Unverständlichkeit, weiter enthält die Nummer einen Beitrag zur Parteigeschichte in Ostreich von Stein und einen Artikel von Dietrich: „Vom Naturalismus im Roman, das ist vielleicht ein Artikel, für den sich nicht jeder interessiert, aber das kommt doch überall vor, und endlich folgen im Feuilleton: Briefe von Karl Marx an Angelmann, Nummer 24 schließlich beginnt mit einem politischen Leitartikel: „Ein freistündiger Staatsstreik“; dann folgen: „Galizien, Reise-Eindrücke und Studien von Karst“, Ueber den geistigen Zustand Englands von Vere, Krankenversicherung und Krankenschwinder von Watalut, Hamburger Kommunalpolitik von Radloff, und die wirtschaftliche Umschau. Diejenigen, die über die „Neue Zeit“ reden, machen immer den Fehler, daß sie ein Monatsheft, das die Produkte eines ganzen Monats enthält, mit einer Wochennummer der „Neuen Zeit“ vergleichen, die doch nur die Produkte einer Woche bringt. Nun seid aber mal so gut und nehmt die Hefte eines ganzen Monats der „Neuen Zeit“ zur Hand und vergleicht diese mit einer Nummer der „Monatshefte“. Erst dann bekommt man einen richtiger Ueberblick und dann steht die Sache ganz anders. Ein Defizit wird, wie bereits gesagt, bei allen derartigen Journalen gemacht; soweit sie nicht auf Sensation berechnet sind, wie etwa die „Zukunft“, giebt es in Deutschland kein Journal, das nicht ein großes Defizit hat, und ich bin überzeugt, mancher Buchhändler wird sich, nachdem er auf-

schluß über den finanziellen Stand der „Neuen Zeit“ erhalten hat, sagen: ich wäre froh, wenn es bei mir nicht schlimmer wäre. (Lebhafte Beifall.)

Ein Schlussantrag, für den Daudert-Apolla, gegen den Grenz-Leipzig spricht, wird angenommen.
Persönlich bemerkt v. Elm: Nicht wie haben provoziert, wie Grünwald meint, sondern andre Leute. Jemand welche Stadträtigen auf den Wagen haben wir nicht beabsichtigt. Das ist von uns ausdrücklich erklärt worden, und unsere Erklärung, daß wir dem Parteivorstand kein Mißtrauen ausdrücken und auch nicht gegen die Redakteure der „Neuen Zeit“ vorgehen wollten, muß uns aufs Wort geglaubt werden. Die Art, wie Grünwald polemisiert, ist ganz ungebührig. Wenn gegenüber bemerke ich, daß das Thema, das ich für die „Monatshefte“ behandelte, von ihm bereits in der „Neuen Zeit“ behandelt war. Durchaus unrichtig ist es, wenn Rebel meint, wir hätten den Eindruck hervorgemacht, als ob wir für die „Neue Zeit“ nicht mehr schreiben wollten. Ich habe immer erklärt: Ich bin bereit, aber ich wünsche, daß ich dann auch aufgefordert werde, über einen bestimmten Gegenstand zu schreiben. Es ist auch eine unangenehme Sache, wenn man in der „Neuen Zeit“ angegriffen wird.
Singer: Sie können im Rahmen einer persönlichen Bemerkung auf nichts andres antworten, als was hier in der Debatte gesagt ist.
v. Elm: Ein systematischer Boykott liegt nicht in unserer Absicht, ich will nur erklären, weshalb ich nicht ohne Aufforderung für die „Neue Zeit“ schreibe.
Singer: Sie haben das Recht, zu erklären, daß Sie keinen Boykott beabsichtigen, aber die Gründe, weshalb Sie nicht für die „Neue Zeit“ schreiben, können Sie hier nicht anführen.
v. Elm: Damit ist doch noch nichts erklärt.
Singer: Wir scheinen uns über den Begriff der persönlichen Bemerkung nicht einigen zu können. Diese hat keinen andern Zweck, als das, was über jemanden in der Debatte gesagt ist, richtig zu stellen.
Adolf Hoffmann (persönlich): David hat heute zum zweitenmal behauptet, ich hätte gesagt, das Defizit der „Neuen Zeit“ sei durch die „Monatshefte“ entstanden. Ich habe nur gesagt, daß nach meiner Uebersetzung das Defizit der „Neuen Zeit“ durch den Boykott einzelner Schriftsteller veranlaßt sei.
Sädekum (persönlich): Die Bemerkungen, die Grünwald gegen mich gemacht hat, erheben mich eigentlich der Verpflichtung, darauf zu antworten, weil sie Grünwald gemacht hat. (Heiterkeit.) Ich möchte nur hervorheben, daß ich die Uebersetzung der sehr verdienstvollen Arbeit von Daudert, die bei Edelheim erschienen ist, vorher zwei Parteiverlegern angeboten habe, die es aber, weil sie glaubten, daß damit kein Geschäft zu machen sei, abgelehnt haben. (Hört, hört!) Ferner möchte ich Grünwald erwidern, daß, wenn er mit Wollfisch und mir sich in das Defizit der kommunalen Praxis teilen wollte, er uns sehr angenehm sein würde als Dritter im Bunde. (Heiterkeit und sehr gut.)

(Schluß im Hauptblatt.)

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 5. Oktober 1902. Wir ersuchen daher die Mitglieder der Lokal-Kommission von Berlin und Umgegend, Änderungen und Renaufnahmen bis spätestens Freitag, den 26. September 1902, einbringen zu wollen: für „Teltow-Verckow“ an den Genossen Hermann Schliebig in Berlin, Johannisstr. 2; „Nieder-Barnim“ an den Genossen Otto Liebin Friedrichsfelde, Victoriastr. 4; „Potsdam-Ost-Haveland“ an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstr. 9; „Diverse Orte“ an den Genossen Gustav Stein in Wriezen a. O., Frankfurterstr. 33; Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, S. 14. Die Genossen werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen und die Einwendungen umgehend zu besorgen, da spätere Einwendungen nicht mehr berücksichtigt werden können.
Nachträge können in der Folge nicht mehr veröffentlicht werden. Vieles ist es in den letzten Wochen vorgekommen, daß Zuschriften in Lokal-Angelegenheiten an die Redaktion des „Vorwärts“ gesandt worden sind; wir teilen daher den Genossen noch mit, daß alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen Wilhelm Hinz, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66, zu richten sind und nicht an die Redaktion des „Vorwärts“.
Die Parteiblätter der genannten Kreise werden im Abdruck ersucht.
Die Lokal-Kommission.

Rummelsburg. In der gestrigen Notiz ist irrthümlich als Tag der Prozeßverammlung gegen den Fleischwucher der 16. September angegeben; es muß heißen: Dienstag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr. (Alles Nähere siehe Zinemat in heutiger Nummer.)

Vorsignale. Die Diskutierabende der hiesigen Mitgliedschaft des Arbeitervereins finden von jetzt an wieder jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Rösch, Schaubart- und Ernststr. 66 statt. Die Genossen werden ersucht, diese Abende recht rege zu besuchen; auch können sich dort an jedem Diskutierabend neue Mitglieder zur Aufnahme melden.

Lokales.

Submissionen bedenklicher Art kamen gestern im Bureau der städtischen Kanalisationswerke an. Es handelte sich um die Verlegung der neuen Hauptdruckrohrstranges, beginnend in der Schorahorsstr. und endigend in Schönholz. Sie werden für die Pumpstationen IV. und X in einer Länge von rund 5000 Meter und 1200 Millimeter lichte Weite gebraucht. Für diese Arbeiten betrug die höchste Forderung 229 400 M., die niedrigste Forderung 94 310 M. Jede weitere Angebote variierten zwischen 108 624 M. und 233 275 M.
Diese geradezu erstaunlichen Differenzen sollten doch zu denken geben und die städtischen Ämterhalten zur Erwägung der Frage veranlassen, ob ein Verfahren nach bekanntem Schema der Stadt wirklich zum Heile gereicht. Besonders verdient die Frage erörtert zu werden, mit welchen Schäden der Mann, der das niedrigste Gebot abgegeben hat, seine Arbeiter abzuspeisen gedenkt.

Der Magistrat ist dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 5. Juni 1902 über die Fortzahlung des Lohnes der Arbeiter und Bediensteten der Stadtgemeinde in Fällen der Arbeitsveränderung beigetreten und hat die Verfügung vom 25. Oktober v. J. nach den Wünschen der Stadtverordneten-Versammlung abgeändert und in der neuen Fassung den beteiligten Verwaltungsstellen zur Nachachtung mitgeteilt.

Bei der Stadtverordneten-Versammlung ist eine Petition eingegangen, das Friedrichs-Gymnasium nicht nach der Poststraße, sondern nach dem Urban zu verlegen. Anherdem noch einige Petitionen, verschiedene Straßen umzupflastern bezw. neu zu pflastern. Der Magistrat hat für den Neubau des Friedrichs-Gymnasiums ein Grundstück in der Mittenwalderstraße schon in Aussicht genommen.

In dem Uhren- und Juwelen-Diebstahl am Northplatz wird noch mitgeteilt, daß der Gesamtwert der gestohlenen Waren etwa 60 000 M. beträgt. Leider ist es der Kriminalpolizei noch

nicht gelungen, der Thäter habhaft zu werden. Der Schaden trifft den Besohlenen, Herrn Uhrmacher Scharnow, um so empfindlicher, als die entwendeten Waren nicht gegen Diebstahl versichert waren.

Zwei Flederer sind von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. Der 17jährige Handwerker Robert Werski und der 29 Jahre alte Kutcher Hermann Schaller waren nach Weizen je gegangen, um zu sehen, ob sich dort auf dem Weidenmarkt nichts machen ließ. Sie trafen denn auch einen Pferdehändler, der mit Vorteil ge- und verkauft und seinen günstigen Abschluß schon etwas begoffen hatte. Als die Flederer nun noch erfuhren, daß der Mann mehrere hundert Mark bei sich habe, nahmen sie sich seiner mit großer Lebenswürdigkeit an, begleiteten ihn nach Berlin und verschleppten ihn in eine „Kaschemme“ in der Linienstraße. Hier wurde der Pferdehändler bald sehr müde. Er möchte sich aufrufen wie er wollte, die Müdigkeit übermannte ihn so, daß er nach kurzer Zeit nicht mehr wachte, was mit ihm geschah, als er wieder zu sich kam, lag er drunken, und zwar ohne Portemonnaie und Brieftasche, die zusammen 350 M. enthalten hatten. Seine Begleiter hatten ihn mit weggeschleppt und nach der Erleichterung liegen lassen. Zum Glück erinnerte er sich noch ungefähr der Gegend, wo er in der Linienstraße gewesen war. So gelang es der Kriminalpolizei, die Kaschemme zu ermitteln und die beiden Flederer in einem andern Lokale festzunehmen. Den größten Teil ihrer Beute fand man noch bei ihnen vor. Die Verhafteten bestritten erst jede Schuld, räumten aber schließlich die Straftat ein, da jeder Versuch, den rechtlichen Erwerb des Geldes nachzuweisen, mißlang. Der Pferdehändler glaubt, daß sie ihm in der Kaschemme ein Schlafmittel in den Schnaps gemischt hatten.

Wälderdiebstähle wurden seit längerer Zeit auf dem Schlessischen Bahnhofe verübt. Von der Güterexpedition verschwanden ganze Häcker mit Butter und andre Waren, ohne daß man eine Spur der Diebe zu finden vermochte. In der Nacht zum Sonnabend wurden endlich die Uebelthäter erwischt. Die Wäcker ergriffen sie, zwei junge Burken, als sie eben mit einem Wagen voll Butter davon fahren wollten. Die Arbeitsschürzen Tiele und Paich aus der Fruchtstraße waren nachts mit dem Führer der Güter Tiele ohne deren Wissen angezogen und hatten den Güterhüterpaich mit einem Ruckschlüssel geöffnet. Während Tiele sofort festgehalten wurde, entkam Paich zunächst, wurde aber auch bald dingfest gemacht, nachdem er die elterliche Wohnung wieder aufgesucht hatte. Tiele leugnete anfangs, räumte aber beim Verhör durch die Kriminalpolizei den einen Diebstahl ein. Paich bestritt nicht nur seine Teilnahme an den früheren, sondern auch an dem letzten Diebstahl. Er ist wegen einer ähnlichen Angelegenheit bereits in Untersuchung gewesen. Außerdem hat man auch das Führer seiner Eltern, die von dem Treiben ihres Sohnes ebenfalls keine Kenntnis hatten, wiederholt unter verdächtigen Umständen gesehen. Wahrscheinlich hatten die Beiden gerade deshalb zuletzt das Tiele'sche Führerwerk genommen.

Der Vorsitzende des Centralausschusses vereinigter Innungsverbände Deutschlands, Wäcker-Obermeister Wernard hier, hat sein Amt niedergelegt.

Vau-Unglück. Auf dem Bau des Maurermeisters Schurig an der Ecke der Liegnitzer- und Weidenerstraße in Charlottenburg ereignete sich ein Vau-Unfall, der leider den Tod des Verletzten zur Folge hatte. Der Maurer Thaddäus Stiller, wohnhaft in Berlin, Wöhlertstr. 15, war auf dem Treppenaufgang des Hauses damit beschäftigt, die Widerlager für die Bodestufen der Wendeltreppe auszumachen. Er hatte sich hierzu auf der obersten Stufe des Treppenaufganges eine Leiter aufgestellt und auf die Leiter und die Stufe des nächsten Laufes ein Brett gelegt. Aus unbekannter Ursache, wahrscheinlich aber wohl infolge eines Fehltritts oder Schwimdelanfalls stürzte Stiller von der ungefähr 2 Meter hohen Mauer ab und fiel mit dem Kopf auf die eiserne Stufen der Treppe, wo ihn später einige Arbeiter des Baues mit gepulvertem Schmelz aufgefunden. Der schnell herbeigeholte Arzt ordnete die sofortige Uebersetzung des Schwerverletzten nach dem Charlottenburger Krankenhaus an. Hier ist St. seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Verunglückte war verheiratet und befand sich im Alter von 59 Jahren.

Durch die mutige That eines Polizeileutnants ist gestern ein schweres Unglück verhütet worden. Am Vello-Klanzeplatz war das fahrerlose Gelpom eines Geschäftswagens, dessen Kutcher sich in einem benachbarten Hause befand, schon geworden und raste, das Gefährt hinter sich her schleifend, die Friedrichstraße entlang. Von den Passanten wagte es niemand, sich den wütenden Tieren entgegenzuwerfen, die in der Nähe der Vellostraße auf einen entgegenkommenden Straßenbahnwagen zustürmten. Obwohl der Fahrer des letzteren den Wagen sofort anhalt, schien ein Zusammenstoß doch unvermeidlich, der um so verhängnisvoller ausfallen mußte, als der Straßenbahnwagen voll besetzt war. Im letzten Moment sprang der zufällig vorübergehende Vorsteher des 35. Polizeiregiments, Herr Polizeileutnant Ebert, den wütenden Tieren entgegen und es gelang ihm auch, die Hängel der Pferde erfassend, dieselben zur Seite zu reißen. Der wadere Beamte wurde niedergebissen, eine Strede mitgeschleift und gegen die Seitenwand des Straßenbahnwagens geschleudert. Der Polizeileutnant wurde in bestimmungslosem Zustande nach einem Hausarzt gebracht und erholte sich dort so weit, daß er sich ohne Hilfe nach seiner Wohnung begeben konnte. Er hat glücklicherweise nur leichte Verletzungen davongetragen. Die scheuen Pferde kamen in der Nähe des Apollo-Theaters zu Fall und konnten nun festgehalten werden.

Ein Opfer seines Berufs wurde am 17. d. M. der Fensterputzer Heitner. Er war mit dem Reinigen der Fenster im ersten Stock des Hauses Elisabeth-Ufer 5/6 beschäftigt, als er mit der Leiter aus der Höhe von ca. 5 Meter auf den Würgersteig stürzte. Heitner zog sich einen Bruch des linken Knöchels, sowie des rechten Unterarmes zu, sodas seine Aufnahme im Urban-Krankenhaus notwendig wurde. Verursacht wurde der Unfall durch die unpraktische Einrichtung der Fenster.

Aus den Nachbarorten.

Die Eingemeindung Lichtenbergs in Berlin soll dem Vernehmen nach in einer Audienz des Ministers des Innern beim Kaiser am 25. d. M. zur Entscheidung kommen. Minister Reichert v. Hammerstein hat, wie verlautet, keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Eingemeindung in Berlin. In den Kreisen der Lichtenberger Gemeindeverwaltung rechnet man auf eine glückliche Entscheidung der Eingemeindungsfrage und hofft, daß der Termin für die Eingemeindung bald durch Kabinettsorder festgesetzt werden wird.

Die Spandauer Stadtverordneten hatten sich, wie wir seiner Zeit bereits berichteten, in ihrer letzten Sitzung u. a. auch mit dem Antrage unserer Genossen zu beschäftigen, welcher den Magistrat auffordert, sofort bei der Staatsregierung geeignete Schritte zum Zwecke der Aufhebung des Viehrinfuhr-Verbotes aus dem Umlande zu unternehmen.

Der Antrag wurde von dem Stadtverordneten Nieger (Soz.) begründet, welcher besonders auch die Gefahren kennzeichnete, welche ein weiteres Emporkommen der Fleischpreise gerade für die Spandauer Bevölkerung zur Folge haben könnte.

Mehrere Stadtverordnete indes erklärten sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, man dürfe bei der Regierung keinen Anstoß erregen. Mit 16 gegen 14 Stimmen wurde der sozialdemokratische Antrag schließlich angenommen. Es fragt sich nur, wie sich der Magistrat dazu stellen wird.

Weiter-Prognose für Sonntag, den 21. September 1902.
Vorwiegend heiter und trocken bei schwachen, südlichen Winden, sehr früher Nacht, aber beträchtlich steigender Tagestemperatur.
Berliner Wetterbureau.

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17.
Ecke Leipzigerstraße.

Belle Alliancestr. 1-2.
Ecke Blücherplatz.

Gr. Frankfurter Str. 113.
Ecke Andreasstraße.

Besonders preiswerthes Angebot.

Damen-Hemd aus gutem Hemdentuch, Priesenform mit Trimmingbesatz 90 Pf.	Damen-Beinkleid , langes Façon, aus feinfädigem Stoff mit breiter Stickerei 110 M.	Damen-Nachtjacke aus gestreiftem Stoff mit Trimmingbesatz 75 Pf.
Damen-Hemd aus gutem kräftigem Hemdentuch, Achselchluss u. Trimmingbesatz 115 M.	Damen-Beinkleid , langes Façon, a. gutem Hemdentuch, mit eleganter Stickerei 125 M.	Damen-Nachtjacke aus Croisébarchent mit Fältchen u. Trimmingbesatz 125 M.
Damen-Hemd aus starkfädigem Hemdentuch mit Stickerei besetzt 140 M.	Damen-Beinkleid , „Kniefaçon“ aus feinfädigem Hemdentuch, m. schöner breiter Stickerei und Bördchenbesatz 145 M.	Damen-Nachtjacke aus gemustertem Piquébarchent mit Fältchen und Trimmingbesatz 145 M.
Damen-Hemd , besonders schön verarbeitet mit echter Madeira-Handstickerei 145 M.	Damen-Beinkleid , „Kniefaçon“, aus gutem Croisébarchent, mit breiter Stickerei und Bördchenbesatz 145 M.	Damen-Nachtjacke aus Croisébarchent mit Falten und breitem Stickerei-Volant, sowie Bördchenbesatz 175 M.
Damen-Façon-Hemd aus feinfäd. Hemdentuch mit weissem oder farbigem Stickerei-Volant 145 M.	Damen-Unterrock , aus feinfädigem Hemdentuch mit breitem Stickerei-Volant, besonders weit gearbeitet 190 M.	Anstands-Rock aus farbigem Stoff, schön gearbeitet glatt 1.20 mit Volant 1.40
Stuben-Handtücher weiss, oder mit bunten Streifen, circa 48x100 145 M.	Bett-Köper , in glatt roth oder roth-rosa gestreift Kissen-Deckbett- breite Mtr. 57 Pf. breite Mtr. 87 Pf.	Gürtel-Corset in verschiedenen Farben mit Spitzen garniert 110 M.
Tisch-Servietten weiss, gesäumt, ca. 60x60 135 M.	Bettbezugstoffe , schöne karrirte Muster, Mtr. 35 Pf.	Empire-Corset gemusterter Stoff, reich garniert 245 M.
Wecker-Uhren gut gehend 190 M. 210 M.	Kinderkleidchen , gestreifter Stoff Länge ca. 45 50 55 60 65 cm. 2.75 3.00 3.25 3.50 3.75 M.	Corset mit Strumpfhaltern, elegant garniert 390 M.
Wandteller mit Metallrand 42, 90 Pf.	Costüm-Rock , schwarz-weiss melierter Stoff, mit Volant 385 M.	Zwickel-Corset mit langer Hüfte, grau 290 M.
Golf-Capes glatter Stoff, Innenseite karrirt 775 M. 875 M.	Costüm-Rock , schwarz Cheviot, ganz gefüttert, Volant mit 6 Biesen 650 M.	Sack-Paletot , schwarz-weiss melierter Stoff 875 M.
Jacken-Costüme Russenform, schwarz-weiss meliert Stoff 1275 M. 1385 M.	Costüm-Rock , moderner Stoff, ganz auf Futter mit 4 Blenden garniert 650 M.	Sack-Paletot mit karrirter Innenseite, elegant verarbeitet 1250 M.
Jacket „Lux“ schwarz, guter, glatter Stoff, elegant abgearbeitet 875 M.	Damen-Pantoffel schöne Farben mit Pompon garniert Paar 58 Pf.	Damen-Blousen , neueste Façons 275 M. 390 M.
Damen-Filzschuhe mit Filz- und Leder- sohle 135 M. 175 M.	Pantoffel mit Filzsohle, Absatzfleck, und Einfassung für Kinder Mädchen Damen Herren Paar 55 70 80 95 Pf.	Herren-Filzschuhe 175 M.
Lasting-Steppschuhe mit Absatz 215 M.	1 Posten Damen-Plüsch-Pantoffel Nur so lange der Vorrath reicht Paar 165 M.	Herren-Filz-Comptoir-Schuhe 275 M. 350 M.
Leder-Hausschuhe farbig mit Futter 325 M.	Kindertricots rosa 30, 38, 48, 62 Pf.	Herren-Zug-Stiefel 590 M. 825 M.
Rossleder Knopf- oder Schnürstiefel 565 M.	Damenjacken Wolle, rosa, weiss, normalfarbig 45 Pf.	Herren-Schnür-Stiefel 675 M. 825 M.
Glühstrümpfe Stück 7 Pf.	Einzelne Steppdecken farbig früherer Preis bis 875 M. , jetzt 385 M.	Waschkörbe eckig 275 M. 325 M. 375 M.
Gasglühlicht-Cylinder Dutzend 65 Pf.	Einzelne Kindersteppdecken farbig früherer Preis bis 285 M. , jetzt 85 Pf.	Waschkörbe oval 125 M. 225 M. 275 M.
Küchenlampen mit Rundbrenner Stück 40 Pf.	Markttaschen Stück 42, 90 Pf.	Schwarze Tändelschürzen gestreifter Stoff, Einsatz und Spitzenvolant 145 M.
Tischlampen Stück 1.20 M. 1.55 M.	Pompadourkämme Stück 20, 30, 40 Pf.	Schwarze Tändelschürzen mit Volant 90 Pf.
Palmen präpariert, mit Käbel 38, 65, 80 Pf.	Japanische Decorationsfächer in schönen Farben Stück 23 Pf.	Fussbodenlackfarbe in Dosen ca. 1 Kilo Dose 125 M.
Decorationsblumen in verschiedenen Sorten Stiel 8, 12 Pf.	Bettfedern 50 Pf. 1 M. Daunen 260 M. 390 M.	Phönix-Seifenpulver Schachtel 23 Pf.
Wasserleitungschoner aus Wachstuch mit Spruch 15 Pf.	Deckbettbezug 2 M. Kissenbezug 65 Pf.	Sägeseife Carton 42 Pf.
Fussmatten für Corridor und Treppe Stück 19 Pf.	Deckbettbezug 245 M. Kissenbezug 83 Pf.	Bohnerwachs Dose ca. 1 Pfd. 48 Pf.



Polsterbettstelle m. buntem Bezug **625 M.** m. Dreilbezug **890 M.**

Grosse Matratzen mit Seegrassfüllung **450 M.**

Grosse Matratzen roter Drell mit Seegrassfüllung **630 M.**

Bettfedern **50 Pf.** **1 M.** **Daunen** **260 M.** **390 M.**

Aus **Hemdentuch** gut gearbeitet:
Deckbettbezug **2 M.** **Kissenbezug** **65 Pf.**

Aus **Louisianatuch** gut gearbeitet:
Deckbettbezug **245 M.** **Kissenbezug** **83 Pf.**

Bettlaken Dowias **98 Pf.** Dowias, 150/200 . **165 M.**



Eisenbettstelle ca. 80/190, schwarz lackirt, gold abgesetzt, verstellbare Kopf-erhöhung, doppelter Spiralboden **1350 M.**

Elegante Tändelschürze aus handgestickten Tüllstreifen und Atlas-Einsätzen Stück **165 M.**

Soziale Rechtspflege.

Für Stuccateure. Ein Tarifstreit beschäftigte die Kammer III des Gewerbegerichts. Der Stuccameister Schulz hatte die Stuccateure B. und P. nach dem bei ihm üblichen Tarif bezahlt, der nicht dem Tarif entspricht, auf den sich die Organisation der Arbeitnehmer und die Freie Vereinigung der Stuccameister geeinigt hatten und der durch das Gewerbegericht als Einigungsamt festgelegt worden ist. Nach letzterem Tarif, der vorläufig noch bis zum 1. Mai 1903 gilt, hätte jeder Kläger 7,50 M. mehr bekommen müssen. Diese

Differenz klagten die beiden Gehilfen beim Gewerbegericht ein, außerdem beanspruchten sie Terminentschädigung. — Der Beklagte Schulz, der selber Mitglied der Freien Vereinigung der Meister ist, wandte ein, daß er von jener Vereinbarung gar nichts gewußt, den offiziellen Tarif gar nicht gekannt habe, bis die Kläger ihn bei der Lohnzahlung darauf aufmerksam gemacht und einen höheren Lohn gefordert hätten. Jetzt, nachdem man bei ihm vorstellig geworden sei, habe er den Tarif anerkannt, er halte sich aber nicht verpflichtet, die Arbeit der Kläger danach zu bezahlen, eben weil er bis zum fraglichen Lohnzahlungstage nicht unterrichtet gewesen sei. Auch hätten die Kläger gleich beim Beginn der Arbeit

klagen müssen, daß sie nicht zu den bei ihm so lange üblichen Preisen, die die Kläger kannten, arbeiten wollten. — Der Vorsitzende Dr. Schallhorn riet namens des Gerichtshofes dem Beklagten, nicht nur jedem Kläger noch 7,50 M. Lohn, sondern auch noch 5 M. bzw. 5,50 M. Entschädigung für Terminverkäufnisse zu zahlen. Der Gerichtshof ist der Meinung, daß eine Vereinbarung zwischen Korporationen auch für die Mitglieder der fraglichen Vereine, die nichts davon wußten, Geltung habe. — Der Beklagte zahlte nach dem Vorschlage 12,50 M. und 13 M. an die Kläger.

Berliner Konsumverein

Central-Verwaltung: Krautstr. 7.

Verkaufsstellen:

Abteilung I. Prenzlauer Berg.
Michaelstraße 4.
Abteilung II. Oken.
Krautstraße 7.
Sonnendorferstraße 59.
Vielstraße 7.

Abteilung III. Moabit.
Rohrdorferstraße 21.
Penzelstraße 56.
Gendenerstraße 45.
Abteilung IV. Rummelsburg.
Türschmidtstraße 6.

Abteilung V. Lichterberg.
Frankfurter Chaussee 45/49.
Krautstraße 4.
Abteilung VI. Stralau.
Stralauer Allee 171.

Geschäftsanteil 10 Mark.

Lebens-Versicherung.

Victoria zu Berlin. Gesamt-Vermögen: 320 Millionen M.

Versicherungsbestand: 920 Millionen M.

Gewinn-Reserven für die Versicherten 54 662 685 M.

Prämien- und Zinsen-Einnahme in 1901 78 375 901 M.

Die „Victoria“ ist die grösste deutsche Versicherungs-Gesellschaft, sie hat die praktischsten Versicherungsformen und die liberalsten Bedingungen.

Pro 1901 erhalten die Versicherten 15 315 557 M. Ueberschuss als Dividende. 4630 L.

Volks-Versicherung.

Roh-Tabak.

Die Restbestände der Liquidation sollen einzeln billig verkauft werden.

Lindenslädt, Kaiserstraße 39/40.

En gros En detail

Roh-Tabak 42429*

Max Otto, Neue Königsstr. 6

Roh-Tabak!

Prima Java-Getragte, weiß Umblatt, pro Pfund nur 95 Pf. 44142*

Karl Roland, Rothbühlstr. 3a

Genau auf Hausnummer achten!

SPECIALITÄT:

Solide

bürgerl. Einrichtungen

von 150—3500 Mark.

Bar oder 4089 L.*

Teilzahlung.

Kein Kaufzwang.

Möbel

Keine Ladenmiete, Geringe Unkosten, Grosser Umsatz daher Reelle Ware, Niedrige Preise, Coule Bedingungen.

Wilh. Misch,

Berlin NO.

Gr. Frankfurterstr. 45/46

I. Etage.

Illustr. Katalog gratis u. franco.

Mass-Anzüge mit Anprobe

zu 24 und 30 Mark,

Winter-Paletots nach Mass 28 u. 32 Mark

fertige unter Garantie des tadellosen Sitzens aus nur besten, modernsten Stoffen an. 1720b

Rester-Handlung im gros.

Krautstr. 1, 2 Tr., Chausseestr. 43, 1 Tr.,
am Strausbergerplatz. Bitte genau auf Hausnummer zu achten.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“

Yndalidenstr. 160
Belle-Alliancestr. 107
Reinholdsdorferstr. 20
Frankfurterstr. 115

Wendischstr. 18
Lauenzstr. 7a
Oranienstr. 31
Brunnenstr. 92

10, 15, 21—75 M.

Betten Stuhl 12,00, 18—24 M.

Metallbettstellen für Kinder und Erwachsene.

8, 12, 15—90 M.

Teilzahlung gestaffelt v. 1,00 per Woche an. Bei grösseren Käufen Kassapreise. Diebstahl- u. Beschädigung-Versicherung.

Gesundheit ist Reichtum!

Dampf- und Heissluft-Bäder

wirkungsvoll, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus.

Lieferung an sämtliche Krankenhäuser. 4488 L.*

Bad Frankfurt | **Ritter-Bad**

130 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.

Spezialität:

Russ. bzw. Dampfkasten-, Röm. bzw. Heissluft-, Lohannis-, Sool- und Schwefelbäder

täglich für Damen und Herren.

Roh-Tabak

Gute Qualitäten. Weisser Brand. Grösste Auswahl. Billige Preise.

181 Sebastian Gröbel 181

Brunnenstraße

Roh-Tabak 84442*

Max Jacoby, Streifergstr. 52

Roh-Tabak.

Grösste Auswahl. — Billigste Preise

Guter Brand! Grösste Qualität. Zämtliche 44852*

Fabrikations-Messlingen.

Neue Formen, sehr große Auswahl zu Original-Fabrikpreisen.

Heinrich Franck,

185 Brunnenstr. 185.

Roh-Tabak

in großer Auswahl empfiehlt

Emil Berstorff,

Brunnenstr. 25. 46462*

Roh-Tabak! 48306*

Rein amerik. Loagut 95 Pf. 65 u. 75 Pf. Carmen Umblatt 85

H. Kurnleker, Lothringenstr. 8,
am Prenzlauer Thor.

Roh-Tabak,

große Auswahl, äußerste Preise.

Rad. Völcker & Sohn, Köpenickerstr. 45

Roh-Tabak

Zu bedeutend herabgesetzten Preisen empfiehlt **Zumatra u. Java-Decker** von 1,25, Carmen 0,95, Java-Umblatt von 1,00 M. an. Alle anderen Sorten zu den billigsten Preisen. 50182*

Fritz Barz,

Berlin, Landsbergerstr. 10.

Roh-Tabak,

sämtliche Messlingen zur

Cigarren-Fabrikation

offertiert in der größten Auswahl zu den billigsten Preisen

W. Hermann Müller,

22 Alexanderstraße 22.

Gardinenband

Bernhard Schwarz

Wallstr. 29. — Star-Ging.

Uhren, Goldwaren

H. Gottschalk

Abnitzerstraße 37.

Den Lesern des „Vorwärts“ als reelle Bezugsquelle seit zehn Jahren bekannt.

Son 200 Mk. an liefert ich unter Garantie eine

Wohnungs-Einrichtung

nussbaum oder mahagoni.

A. Schatz sen.,

Brunnenstraße 160.

49973*

Achtung! Achtung!

Drucksachen

für Private und Vereine liefert schnell, korrekt und preiswert

Druckerei „Süd-Ost“,

Wrangelstr. 86.

5035 L.* Telephone IV, 7691.

Teilzahlung

monatlich 10 M. liefert elegante Herrengarderobe nach Maß. Bar stoffe allerbilligste Preise. Wer selbst Stoff hat, fertige Anzüge, Paletots nach Maß von 20 Mark an.

Temporowski, Schneidermeister, Prinzenstr. 55, Ecke
Dredenerstraße. 49152*

Steppdecken

kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik

H. Strohmandel, Berlin S. 72, Wallstr. 72, Rosstrasse,
wo auch alte Decken ausgearbeitet werden. 49872*

Kinderwagen 7 M.
Gummiräder 12,00 M., vernickelte 15,00, 20—80 M. Kinderportwagen 4,50, 6,00 u. 30,00 M. Kinderbettstellen 7,00, 20,00—50,00 M. Tische, Stühle, Gustav Linke, I. Gesch.: Prinzenstraße 55. II. Gesch.: Sonnenstraße 13. 48018

Möbel

erhöhter Qualitäten Cassa und coulante Rafen-zahlung.

Vereinigte Berliner Möbeltischler

Mosevius & Zimmermann,
Alexanderstr. 42.
Hof, Fabrikgebäude, sein Bad.

Achtung!

Billig! Billig! Billig!

Beste Senftenberger Briquetts

ab 100 Stück von 50 Pf. an. Holz in Klagen: Kiefer 50 Pf. Eigne Brennholzschneiderei. Alle anderen Brennmaterialien preiswert. Kohle und Kamin berechnen billig. Handwagen stehen zur Verfügung.

Ferdinand Gräning, O., Jungstr. 43/44
18/23
50292*

Teleph.: Amt 7a 7924.

Hühneraugen. Hornhaut entfernt (schmerzlos und gründlich) binnen drei Tagen nur mein berühmter **Hühneraugentod.** Berlin 50., Adler-Platz 75 Pf., franco 1 M. 1,00. bei **Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.**

Metzners Korbwaren-Fabrik

Berlin, Androsstraße 23. Puppenwagen, Reitwagen, Sportwagen, Kinderstühle. 1000 Stück.

II. Geschäft: Brunnenstr. 95.
III. Geschäft: Wendischstr. 67.
IV. Geschäft: Leipzigerstr. 54/55.

Kinderwagen, Grösstes Lager
Kinderbettstellen. Berlins. 1000 Stück.

1000 Mark Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Spezialgeschäft in der Branche als das meinige nachweist. Diese Belohnung biete ich schon seit 15 Jahren an und ist meine Konkurrenz gar nicht in der Lage, diese 1000 M. zu verdienen.

Patentanwalt Dammann,

Moritzplatz 57.
Auskunft bis abends neun. 45392*

Elektrotechnik

Maschinenbau- u. Bau-Schule.

Werkstätten. Gegr. 1874. Elektro-Maschinen-, Bau-, Ingenieur-, Techniker-, Werkmeister-, Monteur-Ausbildung. Vorkenntnis nicht erforderlich. Unbegabtheit kein Ausbildungshindernis. Ingenieur-Diplom.

„Neue Abendkurse.“

Prospekt kostenlos.

Zitherspieler

erhalten 4 Zitherspiele und Katalog gratis bei **J. Neukirchner,**
Görzan, Böhmen.

Zahn-Klinik. beliebige Teilzahlung.

Olga Jacobson, Invalidenstrasse 145

Kinderwagen 8—90 M.
Gummiräder 12 M., vernick. 15 M., Rinderbettstelle 7 M. Sportwagen mit Koff. 6,00. Verstellb. Stühle 4,50. Messing-, Sals-Nach Best Fabr. Schöneberg. Ideal, verblind. Herausfall. d. Rind 3,50.

Berlin u. auch ab Fabr. Rudererstr. 13. 48018

Möbeltischlerei

verkauft zu Fabrikpreisen. 40082*

Rich. Harnack,
Tischlermeister.
124 Dredenerstrasse 124.

Hüte in größter Auswahl für Damen und Kinder, garniert und un-garniert, zu anerkannt billigen Preisen, auch Trauerhüte

W. A. Peschke, Berlin, 1. Geschäft: Prinzenstr. 50, 2. Geschäft: Prinzenstr. 32. (Eig. Strohh. u. Hütefabrik S. d. Geschäften).

Gegr. 1871. Fernspr. Amt 9, 6341.

Billig! Billig! Billig!

Hühholz-Albfall

von Buchen u. Eichen-Klobenhölz, steuert rechtseiner, als Dienstleistung besser wie Kohlen, liefert ich und dazu als Auslandsholz **Eichen-Spähne** oder bestes Kiefern-Klobenhölz zu den billigsten Preisen. 48242
W. Jonantz, Berlin, Dorotheenstr. 64.

Möbel

Spiegel u. Polsterwaren recel. zu soliden Preisen, empfiehlt

H. Strelow, Tischlermeister,
Rixdorf, Richardstr. 116,
am Dornthal.

Radfahrer!

Fahrräder, verfallene, Reparaturen, bei nahenden Saisonabschluss unglücklich billig. Nur bessere und verlässlichere Marken vertreten, daher äußerst günstige Gelegenheitskäufe. Gr. Boden ungebrauchter Fahrräder aus Streifen, spottbillig; bei Garantie und neuesten Modellen. Lagerbesichtigung erbeten, gleichfalls Vergleich mit jeder Konkurrenz. Fahrrad-Verband, Neue Schönhauserstr. 11.

Achtung!

Möbel Bartsch.

Wem wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen Platz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswerte Einkaufsquelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200—300—400—500 bis 10 000 Mark stets zur Ansicht vorrätig.

Verlangen Sie meinen **Prachikatalog** gratis und franco. Couleante Zahlungsbedingungen. **Kein Ladengeschäft.**

Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gespanne. Gegr. 1889.

Rudolf Bartsch, Oranienstrasse 73, 4863*
zwischen Alexandrinenstrasse u. Moritzplatz.

Conrad Tack & Cie, Burg bei Mgd.

Deutschlands grösste und leistungsfähigste Schuhwaaren-Fabriken.

72 eigene Geschäfte unter voller Firma in allen Theilen Deutschlands, davon 15 in Berlin und Vororte.

O. Andreasstrasse 50,
NW. Beusselstrasse 29,
N. Danzigerstrasse 1, Ecke Schönhauser Allee,
SW. Friedrichstrasse 240—241,
O. Grosse Frankfurterstrasse 139,
N. Müllerstrasse 3,
S. Oranienstrasse 65,
W. Potsdamerstrasse 50,

C. Rosenthalerstrasse 14,
C. Spittelmarkt 15,
NW. Thurmstrasse 37,
NW. Wilsnackerstrasse 22,
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 122,
Rixdorf, Bergstrasse 30—31,
Potsdam, Brandenburgerstrasse 54.

Die Preise unserer Schuhwaaren sind streng fest und auffallend billig.

Unsere Qualitäten sind von anerkannt unübertroffener Haltbarkeit.

Unsere Passformen in ihren verschiedenen Façons sind unerreicht.

Engl. Lawn Tennis- u. Radfahrerschuhe mit starken Gummisohlen

für Damen 3,20 Mk., für Herren 3,60 Mk.

Wir verkaufen unsere Erzeugnisse ohne irgend welchen Zwischenhandel direkt an das Publikum.

Unsere Preise werden in unseren Fabriken auf jede Sohle aufgestemmt. Der Verkauf zurückgesetzter Waaren zu fabelhaft niedrigen Preisen findet bis auf Weiteres in unseren Filialen: Berlin C. Rosenthalerstrasse 14 und Berlin W. Potsdamerstrasse 50, statt.



Ab unseren Fabriken findet kein Versand statt, man wende sich daher stets an die nächstliegende Filiale.

Herren-Leder-Zug-Stiefel, mit Besatz, bequemer, dauerhafter Strassstiefel, von 4,50 Mk. an.

Herren-Leder-Schnallen-Stiefel, bequemster Stiefel d. Jetztzeit, von 9,80 Mk. an.

Herren-Leder-Schnür-Stiefel, dauerhaft, elegant, breite Form, von 7,00 Mk. an, von 8,20 Mk. an.

Farbiges Schuhwerk in den modernsten Farben für Damen, Herren und Kinder.

Goodyear Welt Schuhe u. Stiefel — nur eigene Fabrikat — Das beste Schuhzeug der Gegenwart.

Damen-Leder-Zug-Stiefel, angenehm und haltbar, von 3,40 Mk. an.

Damen-Leder-Schnür-Stiefel, bequem — solide, von 5,50 Mk. an.

Damen-Leder-Knopf-Stiefel, elegant — dauerhaft, von 6,00 Mk. an.

Mädchen-, Knaben- und Kinder-Schuhe.



Dauerhafter Mädchen-Schul-Stiefel Grösse 27/28 3,50 Mk.



Gediegene Leder-Mädchen-Spangenschuhe Grösse 25/26 2,30 Mk.



Saffianleder-Schuhe für Knaben u. Mädchen Grösse 25/27 1,40 Mk.



Haltbare Lederschnürschuhe für Knaben u. Mädchen Grösse 25/26 2,30 Mk.



Derber Knaben-Schul-Stiefel Grösse 27/28 3,90 Mk.

Kunst- und Handelsgärtnerei Rich. Engelke, Reichenbergerstrasse 164, Ecke Mariannenstrasse. Eigne Kranzbinderol. Spezialität: Vereinskranze.

Möbelfabrik.

Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen kaufen Sie bei

Julius Apelt, Tischlermeister, Stalikerstrasse 6, Berlin SO., am Rotbuser Thor.



J. Baer, BERLIN N. (44800*)

26, Badstrasse 26, Ecke Prinzen-Allee, u. 37 Schlemmerstrasse 37 empfiehlt, wie bekannt, in reellster Ausföhrung und streng festen Preisen: Herren- u. Knaben-Garderobe.

Arbeitsachen. Grosses Stofflager zur Anfertigung nach Mass.

Zur Einsegnung

empfehlen wir 50230*

Konfirmanden-Anzüge in sämtlichen existierenden Façons u. Qualitäten.

Und besonders vorteilhaft offerieren wir: Hochelegante Einsegnungs-Anzüge aus prima Kammgarn (feingewebt), ein- und zweifach verarbeitet, prima Ausföhrung und sauberste Näh-Arbeit zum Preise von Rf. 12,50 resp. 15,—.

Ferner: Einsegnungs-Anzüge aus Tuch-Kammgarn, edelstes Material (Kochener Fabrikat), prima Verarbeitung, beste Zuschnitten a 15, 18 u. 20 Rf.

Unsere Spezialmarke „Praktikus“, Einsegnungs-Anzüge aus Cheviot und Kammgarn Cheviot, auch für Nichtkonfirmanden geeignet.

Rf. 9,50.
Rf. 12,50.
Rf. 15,—.

Die Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen sichtbar und streng fest. Uebersichtlichkeit und geschlossener Garantie für tadelloser Sig. Höchste Leistungsfähigkeit durch Selbstfabrikation im grössten Massstabe.

Deutsche Compagnie, Heitinger & Co.

Herren- und Knabenbekleidungs-Fabrik. Gegründet 1887. Oranienstrasse 40/41.

Anhaltische Kohlenwerke MONOPOL Mariengrube

altberühmte Marke.

Die früheren

„Echten Hammer-Marie-Briketts“

aus der Mariengrube in Senftenberg N.-L. werden zum Schutze gegen Nachahmungen

nur mit obigem gesetzlich geschützten Stempel hergestellt.

Steppdecken

billiger wie im Warenhaus und billiger wie in jedem Laden kauft man direkt i. d. Steppdecken-Special-Fabrik, Gollnowstr. 44.

Steppdecken in allen Farben und Grössen in Wolle und Seide. Alte Decken werden neu bezogen. Wer Zuthaten hat, dem fertige ich Decken von 1,50 M. an. Auch einzelne Decken stets am Lager. Nahe Alexanderplatz. 3298L*

Möbel- und Polsterwaren-Fabrik

von Reichenbergerstr. 5 A. Schulz, Reichenbergerstr. 5 empfiehlt sein grosses Lager in Wohnungseinrichtungen in Nussbaum und Mahagoni, 250, 300, 400, 500, 600 bis 10 000 Mark. 5070L* Anerkannt gediegene Arbeit, billigste Preise, eleganteste Zahlungsbedingung.

Möbel

ganze Wohnungs-Einrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln, zu den billigsten Preisen, in guter, gediegener Arbeit, empfiehlt 4999L* Wilh. Lambrecht, Berlin SW., Eimerstrasse 19.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich 1 Mark. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomb. 1,50 M. Reparatur. sof. Umarbeitung schlecht sitz. Gebisse. Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130. (Haus Schaarwächter.) Sprechst. 9—7 Uhr. Tel. VI 4401. 35/11*

Partei-Nachrichten

Zu den Düsseldorf-Vorgängen erklärt das dortige Partei-Blatt, Redaktion und Wahlkommission hätten nach ihrer Ansicht ihr möglichstes gethan, um die Streitigkeiten im Interesse der Partei zu erledigen.

Politikliches, Gerichtliches usw.

Wegen Uebertretung der Polizeistunde verhandelte das Schöffengericht in Danzig gegen Frau Berger, die Inhaberin des dortigen Parteilokals. Bekanntlich hatte der Polizeipräsident die Polizeistunde für das Parteilokal auf 8 Uhr festgesetzt.

Sociales.

Koalitionsrecht und Erpressung.

Die „Märkische Volkszeitung“ behauptet, wir hätten den Abdruck eines Zivilurteils, das den vorläufigen Abschluß eines Verfahrens bedeutet, bei dem das Koalitionsrecht der Arbeiter geradezu beseitigt wird, abgelehnt.

Das Landgericht hatte Guymer wegen Erpressung verurteilt, das Reichsgericht hatte aber auch noch Verlegung des § 153 R.-G.-O. in idealer Konkurrenz mit Erpressung angenommen und Zurückverweisung beschlossen.

daß wir das größte Interesse daran haben, solche Urteile der breitesten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Zeigen sie doch deutlich, daß erstens das deutsche Koalitionsrecht eine große papierne Lüge ist und daß zweitens die deutsche Rechtsprechung keinen Anspruch auf das Vertrauen der Arbeiterklasse hat.

Aus der Frauenbewegung.

Die Regierung der Sozialpolitik.

Die Handelskammer in V a r m e n beschäftigte sich am Donnerstag mit der Umfrage der Regierung über die Arbeitszeit der Frauen. Dabei gab der Vorsitzende dieser Körperschaft, Herr Kommerzienrat Barthels, eine Erklärung ab, die man als eine böse Verleumdung der Regierung zu bezeichnen geneigt sein könnte.

Ob Herr Barthels auf Grund von Informationen geredet hat, oder ob er bloß aus den bisherigen Handlungen der sozialpolitischen Regierung entsprechende Schlüsse gezogen hat, ist und nicht bekannt. Das eine wie das andre ist gleich kennzeichnend für die Regierung.

Nixdorf. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins tagte am Dienstag bei Mercier, Stehmelstr. 118.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! In der Garwin-Maschinenfabrik, Drontheimerstraße, haben die Dreher wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt.

„Arbeitswillige“ im Spezialwagen. Die Firma V o r s i g legt eine wahrhaft rührende Sorgfalt für ihre Arbeitswilligen an den Tag. Jetzt läßt sie dieselben schon in einem Spezialwagen an den Straßenbahn befördern.

Achtung! Täschner, Galanterie-Sattler, Lederarbeiter. In der Lederwaren-Fabrik von Oscar Läger, Alexandrinenstr. 93/94, haben die Täschner wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt.

Reservisten als Streikbrecher gesucht. Die optische Firma R i t t e r u. G ü n t h e r in Rostow sucht unter den Reservisten, die jetzt zur Entlassung kommen, Ersatzkräfte für ihre streikenden Arbeiter anzuwerben.

Deutsches Reich.

Der Aussperrungsbeschluss, den die Glaclederbefabrikanten Deutschlands am 14. d. M. in Leipzig gefasst haben, war in dem Telegramm, welches uns darüber zuzug, nicht vollständig enthalten.

In mehreren Vereinen in Coesfeld (Westfalen) sind Arbeiter, die dem Arbeiterausschuss angehören, aus wichtigen Gründen gekündigt worden.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 21. September.

Freie Volkstheater. Retropolis Theater. 7 u. 8. Abteilung. John Gabriel Borkman. Anfang 7 1/2 Uhr.

Luffen. Robert und Bertram. Anfang 8 Uhr. Nachmittags 3 Uhr: Othello. Montag: Die Dame von Eon.

Trianon-Theater. Georgenstrasse, Bahnhof Friedrichstr. Sonnabend, 27. Septbr.: Die Liebesschaukel.

Thalia-Theater. Dresdenerstrasse 72-73. Novität! Anfang 7 1/2 Uhr. Novität! Er und seine Schwester.

Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Tausend Jahre deutscher Kultur.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr. Heute Sonntag 50 Pf. pro Person.

CASTANS Panoptikum. Friedrich-Strasse 165. Die sensationellen lebenden Bilder.

Passage-Theater. Auf das glänzendste renoviert. Anfang nur Unter den Linden 22.

Hella Collier. Deutschlands beste Vortrags-Soubrette. Savely Goré, neuer russischer Tenor.

Wilhelm-Theater. Friedrichstr. 236. Dorf und Stadt. Schauspiel in 5 Aufzügen von Carl Drey-Weiser.

Kleines Theater. (Schall und Rauch) Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr. Serenissimus-Zwischenspiele.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurterstr. 132. Nachmittags 3 Uhr: Paroli 60 Pf. Maria Stuart.

Steidl-Theater. Linienstr. 132 am Oranienburger Thor. Täglich humorist. Soiree u. a.

Studenten Lust u. Leid. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Vorverkauf 11-1 Uhr.

Cirkus Alb. Schumann. Cirkus Ronz-Gebäude, Karlstrasse. Sonntag, den 21. September 1902.

25 Gerettete Martinique. 12 Frauen, 10 Männer, 3 Kinder in ihren heimatischen Gewändern.

Alhambra. Wallnertheater-Strasse 15. Jeden Sonntag und Dienstag: Großer Extra-Ball.

Central-Theater. Sonntag, 21. Sept., 2 Vorstellungen. Nachmittags 3 Uhr: Vollständige Vorstellung.

Luisen-Theater. Nachm. 3 Uhr zu kleinen Preisen: Othello der Mohr von Venedig.

Robert und Bertram. Montag, zum 10. Mal: Die Dame von Honn.

Bernhard Rose-Theater. Gasandbrunnen, Badstr. 58. Sonntag, den 21. September: 20 000 Mark Belohnung.

Apollo-Theater. Zum 174. mal: Lysistrata. Operette in 2 Akten v. Paul Lincke.

Geellschaftshaus. Zwinnendammstr. 42. Tägl. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Casino-Theater. Voßtr. 37. Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr. Stella Zana.

Metropol-Theater. Heute: Berlin bleibt Berlin. Große Ausstattungssposse.

W. Noacks Theater. (Direktion Robert Dill) Braunnstraße 16. Der Walzerkönig.

Deutsche Konzerthallen. An der Spandauerbrücke 3. Größtes Vergnügungstheater.

Sanssouci. Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn. Donnerstag, Sonntag und Montag.

Wäpplinen, Wertzeuge etc. etc. (Konkursmassen-Ausverkauf) für Schloffer, Schmiede, Klempner.

Wintergarten

Robinson Baker, Springer.
„In den Alpen“, Tanzquartett.
Angelina von Loo, Sängerin vom
kgl. Theater, Brüssel.
Maud Griseida, Hande-Dressouse.
Josie de Witt, Sängerin u. Geigerin.
Die Vicentinas, Rollschuhläufer.
Rofix, athletische Produktionen.
Helene Gerard, „Hohe Schule“.
Die Kellino-Truppe, ital. Akrobaten.
Claudine Polaire, Pariser
Sängerin.
W. C. Fields, komischer Jongleur.

Cléo de Mérode

Tanzorin v. d. gross. Oper in Paris.
„Biograph“.

Palast-Theater

früher Fean-Palast, Burgstr. 22.
Durchaus renoviert.
Direktion: Richard Winkler.
Vollständig neu umgestaltet.

9 Uhr: **Riesenerfolg!** 9 Uhr:
Eine Nacht im Ballhause.

Schwank in 4 Akten von R. Kniefel.
Kühler Händling. Dir. R. Winkler.
Lotho Mandel, beste deutsche Souffleuse.
Les Premiers, Akrobat-Comotiers.
Fritz Brandt, Humorist, hoch aktuell.
The Cronays, Sport-Juggler.
Veritas, feistliches Damen-Quartett.
Entrée 30 Pf.
Anfang: Sonntag 7 Uhr.
Dienstag 8 Uhr.

Theater Marienbad

Badstr. 35/36, Gellandbrunnen.
Dir. R. Wagner.

Sonntag, den 21. September,
abends 7 Uhr:
I. Theater-Vorstellung
der Saison.

Der
Zornpeter von Saffingen.

Vollschonspiel in 4 Akten
von Hildebrandt und Keller.
Werner. Dir. Rich. Wagner.
Entrée 30 Pf.
Während u. nach der Vorstellung:
Ball.
Nachmittags: I. Kinder-Vorstellung.
Robinson Crusoe.

Königsbank

Or. Frankfurterstr. 117

Inhaber: **Fritz Walter**
Humoristische Soireen der beliebtesten
Original-Norddeutschen Sanger.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Anfang des Konzerts 7 Uhr, der
Vorstellung 8 1/2 Uhr. — Entrée frei.
Es ladet freundlich ein
60742* **Fr. Walter.**

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.

Anfang: Wochentags
8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.
Tageskasse 11—12 1/2 Uhr.
Grosche, Gitarre,
Saitenorgel, Klavier,
Klavier, Violine, Violon-
cell, Bass, Horn, Trompete,
Trommel, Schlagzeug.

Elysium.

Landsberger Allee 40-41.
Jeden Sonntag:

Frei-Konzert.

Zur Kienkaal:
Gr. Ball.

Anfang 3 Uhr. Entrée frei.
Jeden Dienstag: 60782*
Steinmetz-Sänger.

Schweizer Garten

Am Königsthor 50192*
Am Friedrichshain

Jeden Sonntag:
Ball.

Anfang 4 1/2 Uhr.
Ende 2 Uhr nachts.

Urania

Wrangelstrasse 10/11.
Jeden Sonntag:

Grosser Ball.

Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Versammlungen.
44962* **C. F. Walter.**

Berliner Uk-Trio.

Felix Scheer **Uk-Trio.**
Skalanderstr. 1.

Johannisthal.

Raus Park-Restaurant.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball**
Kaffeebüche. — Kegelschn.
Ausspannung. — Saal für Vereine
und Versammlungen. 44922*

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)
Sonntag nachmittag 3 Uhr:

Sappho.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von
Franz Grillparzer.

Sonntagabends 8 Uhr:
Einsame Menschen.

Drama
in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.

Montagabends 8 Uhr:
Moritur.

Dienstagabends 8 Uhr:
Doktor Klaus.

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelm-
Höfliches Theater)

Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Jugend.

Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von
Max Halbe.

Sonntagabends 8 Uhr:
Doktor Klaus.

Lustspiel in 5 Akten von Adolph
Höring.

Montagabends 8 Uhr:
Die Mottenburger.

Dienstagabends 8 Uhr:
Jugend.

Louis Kellers Festsäle,

Koppenstrasse 20.
Dienstag, den 23. September, wie jeden Dienstag:
Zur Eröffnung der Winter-Saison.

Große humoristisch-theatralische Soiree

des Walter-König Berliner Residenz-Ensembles, Personen.
Quartette, Operetten, Spezialitäten ersten Ranges.

**Signora Carmen, Palladino, prima Belletino,
Gymnastiker-Truppe Ballini.** 51263*

Nicht zu hoch hinaus
Genrebild aus dem Berliner Volksleben in 1 Akt.
Anfang 8 Uhr. Entrée 20 Pf., reserviert 40 Pf.

Nach der Vorstellung: **Familien-Tanzkränzchen.**

Wo amüsiert man sich grossartig?
In Schnegelsbergs Festsälen

Inhaber: **Max Schindler**
Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.

Heute: **Grosser Ball**
verbunden mit Cigaretten, Bonbon-Regen und diversen
Ueberraschungen.

Entrée: **Mittwochs frei, Sonntags 15 Pf.**
Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entrée frei.
45352*

Chaussee- Germania - Prachtsäle Chaussee-

Str. 103. Arnold Scholz. Str. 103.

Jeden Sonntag und Mittwoch:
Hamburger Sänger

Direktion: Otto Steid und Wih. Wolff.
Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Jeden Donnerstag:
BERGTER-KONZERT
und Familien-Kränzchen.

Jeden Sonntag von 5 Uhr ab:
Grosser Ball.

8 große u. kleine Säle unter konstanten Bedingungen zu vergeben.

Max Kliems Festsäle

Hasenheide 13-15.
In allen Gärten: **Sonntags grosser Ball.**

Montags und Donnerstags: **Familien-Kränzchen.**
Jeden Mittwoch die beliebtesten Kinderfeste.

Die Kaffeetische ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
Empfehle meine Säle, auch den großen renovierten, an Festlich-
keiten an Vereine und Versammlungen. Mehrere Sonntagsabende
noch frei. 49182*

Berliner Bock-Brauerei

Tempelhofer Berg. Jeden Sonntag: **Przywarski-Konzert.**
(Kapelle d. Königl. Auguste Garde-Grenadier-Reg. Nr. 4 in Uniform.)

Anfang 5 Uhr. Entrée 30 Pf. 50042*

Im **Hohenzollern-Saal: Grosser Ball.**
Empfehle den geputzten Vereinen Säle zur Abhaltung von
Festlichkeiten.

Schlampell!!!

Wir gratulieren zum Fünfzigsten!
Berlin O., 22. September 1902

MV. CK. LZ. FM. OZ. RB. WL. HS. FR.
FT. RK. CA. CV. OP. WL. LV. MB.
CL. OSch. EM. RB. PF. JL. HJ. RR.
OSch. PSch. GT. RL. AG. AB. usw.

A. Rosenberg,

Landsbergerstr. 82.
Anerkannt reell und billig.

Teppiche

haltbare Qualität, 100/100 3,10—12,50 Mk.,
Velour, beste Qualität 100/100 10,50 Mk.,
andere Größen auch in Smyrna und
andere haltbaren Qualitäten a.
Salongröße 17,50—73,00 Mk.,
sonstiger Preis 10 Proz. teurer.

Gardinen

weiss 2.— Mk.,
und crème
2,50—6,50 Mk.,
Stores a. l. Spacht u. Erdbel. 1,50—9,50 Mk.
Portieren in Tuch, Woll,
u. Wolle 1,75—8,50 Mk.
Pflanz-Tischdecken 5 Mk., best. 8,50 Mk.
Stoppdecken, Seide, Wolle u. Seiden.
Eatin 4,50, 6,00, 7,50 bis 12,50 Mk.
Ein grosser Posten Läuferstoffe, Reste
von 3, 4, 5 bis 10 Meter lang
für die Hälfte des Preises.

Dr. Schünemann,

Spezialarzt für Haut, Garm- und
Frauenleiden. Seydelstr. 9.
12—1/3, 1/6—1/8, Sonnt. 9-11.

Dr. Simmel, Prinxenstr. 41.

Spezialarzt für 35/10*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntag 10—12, 2—4.

Billardtuche

gut-fabrikpreisen. 20875
Alhert Marwitz, Neue Gröndstr. 27, I.

Eckdestillation,

viele Neubauten, großer Umsatz, billige
Werte, sofort billig zu verkaufen.
Näheres bei Schieffer, Tegethstr. 20.

Reichel's

Essig-Essenz
zur sofortigen Herstellung von H.
Speise- u. Einmache-Essig.
Viel besser u. billiger als anderer Essig.

Reichel's Gigg-Essenz aus
reinem Weizen, ergibt d. gefundestien
Essig. Man nehme keine andre.
Nur in bekannten Originalflaschen
mit Wachs für 12 Weizen Gigg
Mk. 1.—, * 1/2, Flasche 50 Pf.
1 Str. 2.—, 20 Str. Gigg-Essig
30 „ Weizen-Gigg
100 „ Speise-Essig.

Bei Entnahme grösserer Quanten
bedeutende Preisermäßigung.
Mit Citronen u. Rosinweinmaroma:
1/2 Fl. Mk. 1,25, * 1/2 Fl. 70 Pf.
Leere 1/2 Fl. werden a 10 Pf.
zurückgenommen.

Otto Reichel

Essenzen-Fabrik
Berlin 50., Eisenbahnstrasse 4.
Erhältlich auch
in den bekannten Niederlagern.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
**Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.**
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1-4-7.

Central-Kranken- u. Sterbe-

Kasse der Tischler
u. anderer gewerblicher Arbeiter.
Bemalung Berlin O. (Woodbit).
Den Mitgliedern zur Nachricht, das
unser Mitglied

August Ehfeld
am 17. September gestorben ist.

Die Beerdigung findet Sonntag,
den 21. September, nachmittags 3 Uhr
von der Leichenhalle des Oeländ-
Friedhofs (Bödenker) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
182/3 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und die reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters,
des Gerüstbauers **Hermann
Cordts** sagen wir allen Freunden
und Bekannten unsern aufrichtigen
Dank. 22585

Bertha Cordts
nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzspen-
den bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unsern guten Vaters
Max
Wolf sage ich allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den Herren
Ehrl. S. Schreiber, G. Wängler und
F. Schröder, dem Centralverband
der Handwerks, Handels- und Ber-
tehrs- Arbeiter Deutschlands, den
Kollegen der Central-Markthalle, dem
Kraft- und Arbeiter-Klub Germania 86,
dem Athleten- und Kräftigenverband
Berlins und Umgegend, dem Kauf-
mann zur Konsum- und dem Verein
selbständiger Arbeiter der Markthalle
von Berlin meinen innigsten Dank.
22556 **Anna Wolf** und Eltern.

Dankfagung.<

Achtung! Rummelsburg. Achtung!

Dienstag, den 23. September 1902, abends 8 1/2 Uhr,
im Café Bellevue, Hauptstr. 2:

Volkversammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **H. Peus** (Dessau): Fleischwucher und Grenzsperr.
2. Diskussion.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Einberufer.

Verband der Tapezierer.

Montag, 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Sanitätsrats **Dr. Henius** über: „Anforderungen an moderne Krankenhäuser.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Wir erlauben die Mitglieder um vollständigen Besuch, besonders auch der Frauen. Große Willkommen!
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Der Verbandsleitung.

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.

Samstag, den 28. September, vormittags präcise 11 Uhr in der Brauerei Friedrichshain

Hebungsstunde

Gesät werden: Gelübde, Menschheit Erwachen, Frühlingstürme und Der Garde. Es ist Pflicht eines jeden Sängers, zu erscheinen. Bundeskarte legitimiert.
Im Nebenraume vormittags 10 Uhr:

Ausschuss-Sitzung.

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme von Vereinen. 2. Bundesangelegenheiten.
NB. Die Vereine werden darauf hingewiesen, daß dieselben die Billets vom Sängerfest abzurechnen haben bis zu dieser Ausschusssitzung beim Kassierer **G. Raetebusch**, O. Graubensgr. 4.
Der Vorstand.

Centralverband der Maurer etc.

Bahnhalle Berlin.

Dienstag, den 23. September, abends 1/2 9 Uhr:

Ausserordentliche Mitglieder - Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Knoll** über: „Das Arbeitstier.“ 2. Aufstellung der Kandidaten zur Gewerbegerichts Wahl.
Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.
Die Verhandlung.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Schöneberg und Friedenau.

Bekanntmachung.
Am Dienstag, den 30. September cr., abends 8 Uhr, findet in der Schlossbrauerei, hier, Hauptstr. 112/114, eine

außerordentliche General-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:
1. Wahl eines Arbeitgebers und eines Arbeitnehmers in den Vorstand.
2. Ausschreiben der Rezeptur Friedenau.
3. Statutenänderungen.
4. Redaktionelle Änderung des Pension-Regulativs der Beamten.
5. Personallohn.
6. Berichtend. 275/5
Schöneberg, den 17. September 1902.
A. Wöller, Chr. Franks, Vorsitzender, Schriftführer.

Landparzellen

am Bahnhof Biesdorf, erste Station hinter Pichtenberg, Quadraträume von 12 Mark an.
Nieschalke, Rieger & Co.,
Gontardstr. 5. 74/5
Verkäufer auf dem Terrain.

Musikinstrumenten = Arbeiter Fachverein.

Montag, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr bei **Graumann**,
Rammyn-Strasse 27.

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Volkheim** über: „Das Erdinnere und die vulkanischen Ausbrüche.“ 2. Diskussion. 3. Der Streit bei der Firma Koch u. Co. 4. Vereinsangelegenheiten.
141/20
Größe willkommen.
Der Vorstand.

Maler und Anstreicher Berlins!

Donnerstag, den 25. September, abends 8 Uhr, in Kellers
Festsaal, Köpenickerstr. 29:

Gr. öffentliche Versammlung

in welcher die Wahl der Lohnkommission vorgenommen werden soll.
Tages-Ordnung:
1. Geben die im Berliner Malerberuf beschäftigten Gesellen und Anstreicher in eine Lohnbewegung einzutreten? 2. Wahl einer Lohnkommission.
Für Bedingung der Lohnen wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.
Der Einberufer.

Säle

große und kleine, zu Versammlungen etc. vergiebt
Baldwin Franke,
Sebastianstr. 39,
an der Alten Jakobstraße.
5004Q*

Extra billige Preise

für Braut-Ausstattungen



Jetzt nur Mk. 2.95

- Hemdentuche** in Resten, die etwas unsauber sind, in derb. Gewebe, jetzt p. Rest 12 Pf.
- Handtücher** in Resten, Dreifachgewebe jetzt Stück 5 Pf.
- Louisianatuch**, passend für Bett- und Leibwäsche, 60 cm breit, reinweiß jetzt Mtr. 24 Pf.
- Bettdamast** in schönen Mustern, passend zu Negligé und Bettwäsche, jetzt Mtr. 25 Pf.
- Bettdamast**, 120 cm breit, volle Bettbreite, in Strasson u. schönen Blumenmustern jetzt Mtr. 63 Pf.
- Inlet**, 80 cm breit, in glatt roth u. rosaroth, gestreift, Cöper-Gewebe jetzt Mtr. 29 Pf.
- Inlet**, 120 cm, volle Bettbreite, glatt roth u. rosaroth gestreift, Cöper-Gewebe jetzt Mtr. 55 Pf.
- Bettzeug** in verschiedenen Mustern jetzt Mtr. 19 Pf.

Sonntag geöffnet von 7-10 und 12-2.

zum Umzuge

Sonntag geöffnet von 7-10 und 12-2.

- Tüllgardinen**, schöne Blumenmuster, auf beiden Seiten mit Band eingefasst, in weiss und crème, jetzt Meter ohne Appretur, wunderbare Jugendstilmuster in weiss und crème, jetzt Meter 19 Pf.
- Tüllgardinen**, 29 Pf.
- Stores**, moderne Muster in verschiedenen Breiten, weiss und crème, jetzt Stück 85 Pf.
- Tüll-Bettdecken**, in weiss u. crème, weiches Gewebe, elegante neue Muster, jetzt 2,25
- Tischdecken** mit Schnur und Quaste, bordeaux und grün, jetzt 1,25
- Plüschdecken** in bordeaux und grün mit persischen Bordüren, jetzt 4,90
- Chaiselongue-Decken**, circa 3 Meter lang jetzt 4,75
- Gobelin-Tischdecken**, in geknüpft. Franz. in bord. u. grün jetzt 2,50

- Damen-Hemden** aus derbem Haustuch mit Spitze garnirt, die etwas unsauber sind 54 Pf.
- Damen-Hemden** mit elegant gestickter Passa, aus gutem Hemdentuch, jetzt 98 Pf.
- Nachtjacken** aus gutem Parchend, mit Spitze besetzt, etwas unsauber jetzt 48 Pf.
- Beinkleider** aus weissem Cöper-Parchend mit gestickter Languette jetzt 78 Pf.
- Unterröcke** aus weissem Parchend mit gestickter Languette jetzt 98 Pf.
- Herren-Hemden** aus gutem Hemdentuch, sauber gearbeitet jetzt 95 Pf.
- Bettlaken** aus gutem Stoff, volle Breite und richtige Länge jetzt 83 Pf.
- Parchend**, Reste, weisse und farbige, 2-6 m lang, die etwas nass gewesen sind jetzt Mtr. 19 Pf.



Jetzt nur Mk. 2.25

- Teppiche**, Axminster-Gewebe mit unbedeutenden Fehlern jetzt 4,50
- Teppiche**, Salon-Größe, in eleganten persischen Mustern jetzt 9,75
- Steppdecken**, bordeaux, grün, hellblau mit kleinem Fehlern, jetzt 2,90
- Portiären**, türkische, elegante Muster, mit feiner Bordüre, jetzt Meter 19 Pf.
- Schlafdecken**, sehr mollig und recht gross, jetzt 68 Pf.
- Läuferstoffe** in schönen Streifen, in Resten von 1-6 Mtr. jetzt Mtr. 15 Pf.
- Möbelstoffe**, 120 cm breit, in Resten bis 5 Mtr. schöne Blumen-Muster, jetzt Mtr. 78 Pf.
- Satin-Steppdecken**, Handarbeit mit prima Füllung, in bordeaux, grün, hellblau 5,90

für Kleiderstoffe und Tricotagen.

- Hauskleiderstoffe**, derbes Gewebe, in schönen dunklen Farben jetzt Mtr. 18 Pf.
- Blusenstoffe** in 300 verschiedenen Mustern, sehr haltbare Qualität jetzt Mtr. 19 Pf.
- Schwarze Stoffe**, doppeltbreit, in glatt und gemustert Alpaca, Cheviot und Crepe, jetzt Mtr. 48 Pf.
- Farbige Stoffe**, Homespun, 120 cm breit, in allen Farben, pass. für Costumes u. Strassenkleid jetzt Mtr. 68 Pf.
- Seidenstoffe** in verschiedenen Mustern u. Farben, haltbare Qualität jetzt Mtr. 47 Pf.
- Seidenstoffe** in schwarz, glatt und modernen Blumenmustern jetzt Mtr. 1,25
- Seidenstoffe** in weiss u. farbig mit wunderbaren Blumenmustern jetzt Mtr. 75 Pf.
- Unterrockstoffe**, eingetheilt in Reste, zum Aussuchen, durchschnitten, jed. Rest 95 Pf.

- Normal-Hemden** mit doppelter Brust, sehr lang jetzt nur 68 Pf.
- Normal-Hosen** mit Satin-Gürt in verschiedenen Größen 73 Pf.
- Kinder-Strümpfe** schwarz, extra lang, jetzt Paar 19 Pf.
- Herren-Socken** in schwerer Winterware jetzt Paar 23 Pf.
- Corsets**, neueste Façons, derb Dreifach-Gewebe, jetzt 68 Pf.
- Parchend-Damen-Beinkleider** mit Languette in allen Farben 68 Pf.
- Parchend-Damen-Unterröcke** mit Languette in allen Farben 85 Pf.
- Pelz-Colliers** mit Kopf und Schwelßen neuester Façon 98 Pf.



Jetzt nur Mk. 5.75

Waarenhaus P. Elend, Reinickendorferstr. 8a.

Ecke Gerichtstr. Fahrgeld für Strassenbahn wird vergütet. am Bahnhof Wedding.



Jetzt nur Mk. 4.95

Verkäufe.

Restaurations in Frankreich... Verkauf von Möbeln... Kleiderverkäufe... Teppichverkäufe... Möbelverkäufe...

Möbelverkäufe... Kleiderverkäufe... Schuheverkäufe... Accessoires... Schmuckverkäufe...

Wohlmöbel... Kleider... Schuhe... Accessoires... Schmuck... Möbel...

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge... Kleider... Schuhe... Accessoires... Schmuck...

Schlafstellen... Möblierte Schlafstellen... Zimmer... Vermietungen... Zimmer...

Arbeitsmarkt... Stellengesuche... Stellenangebote... Redacteur... Achtung, Slavierarbeiter! Achtung! Holzarbeiter! Achtung, Töpfer!

Vermischte Anzeigen.

Rechtsbureau... Anzeigen... Vermischte Anzeigen...